

Stenographisches Protokoll.

55. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 28. Oktober 1931.

Inhalt.

Verhandlungen: 1. Fortsetzung der 1. Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für 1932 (B. 217) — Dr. Hueber (1375), Dr. Straßner (1378), Dr. Danneberg (1384), Tauschitz (1385) — Finanz- und Budgetausschuß (1392).

2. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Regelung des Verkehrs mit Schlachttieren, Fleisch und Fleischwaren (B. 219) — Pölzer (1393), Jarboch (1395), Freundlich (1398), Blöchl (1402), Thoma (1406), Manhalter (1408), Witternigg (1410) — Sonderausschuß zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, betr. die Regelung des Verkehrs mit Schlachtieren, Fleisch und Fleischwaren (1412).

Anfragebeantwortung: Beantwortung der Anfrage Prodingen, Foppa (36/I) durch den Bundeskanzler Dr. Buresch (1392).

Ausschüsse: Wahl eines 21gliedrigen Sonderausschusses zur Vorberatung der Regierungsvorlage B. 219 (1411).

Wahl Hollersbacher als Mitglied und Wagner, Gierlinger, Winsauer und Streeruwitz als Ersatzmänner des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Dr. Weidenhoffer, beziehungsweise Hollersbacher, Streeruwitz, Brinnich und für Dr. Drexel, Ertl als Mitglied des Ausschusses für Erziehung und Unterricht für Hirsch, Bingl als Mitglied und Gierlinger und Klug als Ersatzmänner des Ausschusses für Handel an Stelle Dr. Weidenhoffer, beziehungsweise für Kern und an Stelle Bingl, Burgstaller als Ersatzmann des Justizausschusses für Hirsch, Blöchl als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft für Birbaumer, Bingl als Mitglied und Strohmaier als Ersatzmann des Rechnungshofausschusses an Stelle Dr. Weidenhoffer, beziehungsweise Bingl, Leutgeb und Klug als Mitglieder und Blöchl als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung für Birbaumer und an Stelle Dr. Weidenhoffer, beziehungsweise Markschläger, Burgstaller als Mitglied des Strafgesetzesausschusses für Kern, Leutgeb und Dr. Seipel als Mitglieder des Verfassungsausschusses für Hirsch und Dr. Drexel, Roth als Mitglied des Ausschusses für Verkehrsweisen an Stelle Dr. Weidenhoffer, Bingl als Mitglied und Roth als Ersatzmann des Vollausschusses an Stelle Dr. Weidenhoffer, beziehungsweise Bingl (1412).

Zuweisung der Anträge Nr. 186 und 188 an den Finanz- und Budgetausschuß, Nr. 187, 189 und 190 an den Justizausschuß (1412).

Eingebracht wurden:

Antrag: Striehnig, Thoma, Peter, Weigl, Manhalter, Strohmaier, betr. die Novellierung der Einkommensteuer (196/A).

Anfragen: 1. Demuth, Tauschitz, Kaser, Peter, Weigl, Finanzminister, betr. Herabsetzung der Bankrate der Österreichischen Nationalbank (34/I);

2. Kaser, Weigl, Finanzminister, betr. die Gefahr der Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Hainburg (35/I);

3. Prodingen, Foppa, Bundesregierung, ob die Zeitungsmeldung, daß dem Heimatblock 400.000 S angeboten worden sind, richtig ist oder nicht (36/I);

4. Demuth, Striehnig, Tauschitz, Thoma, Kaser, Peter, Finanzminister, betr. Einstellung von Exekutionen wegen rückständiger Steuern und Abgaben und betr. Einstellung grundbücherlicher Sicherstellung von Steuerrückständen (37/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 220, 221, 222 und 223.

Tagesordnung: 1. Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag 1932 (B. 217).

1. Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Regelung des Verkehrs mit Schlachtieren, Fleisch und Fleischwaren (B. 219).

Wahl eines 21gliedrigen Sonderausschusses zur Vorberatung der Regierungsvorlage B. 219.

Präsident **Tauschitz** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. vorm.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1932 (B. 217).

Dr. **Hueber:** Sehr geehrte Frauen und Herren! Die Regierung wünscht eine möglichst beschleunigte Behandlung des Budgets. Wir finden dieses Verlangen der Regierung um so begreiflicher, als wir ja vom Vorjahr wissen, daß auch die längsten Budgetdebatten im allgemeinen kein besonderes Ergebnis zeitigten außer druckfertigen Reden für die Parteipresse. Daher glauben auch wir, daß die Budgetdebatte füglich so sehr als möglich abgekürzt werden soll. Was bei diesem Verlangen nach Eile einigermaßen unangenehm berührt, ist das Bewußtsein, daß es hauptsächlich deswegen gestellt wurde, weil wieder einmal mit dem Auslande über Kredite verhandelt werden soll, weil also die 13jährige Praxis der Nachkriegszeit, sich immer nach Auslandgläubigern einzurichten, nunmehr ihre Fortsetzung finden soll. Bei diesem Verfahren, bei dieser Art der wirtschafts-

lichen Einstellung in der Nachkriegszeit von seiten unserer Regierung und von seiten des Parlaments ist es kein Wunder, wenn nun die Bevölkerung Österreichs allmählich unruhig zu werden beginnt, unruhig zu werden deshalb, weil diese endlose, uferlose Schuldenwirtschaft ohne Schaffung von Grundlagen für einen Aufstieg aus eigener Kraft jeden gesund Denkenden und Fühlenden in unserer Bevölkerung natürlich beunruhigen muß. Wir haben daher auch in der letzten Zeit ein Anschwellen des Mißtrauens unserer Bevölkerung gegenüber dem heutigen System zu beobachten, wie es in der Nachkriegszeit überhaupt noch nie da war. Es gibt Leute, die behaupten, dieses Mißtrauen sei bloß auf bestimmte Heizer zurückzuführen. Im Gegenteil, dieses Mißtrauen der Bevölkerung, dieser Unmut, diese Beunruhigung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ist die Auswirkung, ich möchte sagen, die Blutreaktion eines in seinem Kern gesunden Körpers auf Krankheitsercheinungen, die sich in den letzten 13 Jahren hier eingeschlichen haben. Nicht umsonst hat die Bauernschaft in unzähligen Versammlungen, die teilweise mit sehr verschiedener Regie aufgezaunt waren, in mehr oder minder echter Art zu den Fragen der Zeit Stellung genommen. Aber auch dort, wo die Regie in den Händen von Personen lag, die dem heutigen System anhängen, ist überall der elementare Wille nach Umbau, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des gesamten Staates zum Ausdruck gekommen, und als besonderes Symptom der heutigen Zeit muß wohl gelten, daß der ruhigste aller Bürgerstände, der Handels- und Gewerbebestand, nunmehr Töne anschlägt, die man bisher absolut nicht gewohnt war. Das mag nun für manche ein sehr beunruhigendes Moment sein. Die Leute, die da demonstrieren, die Leute, die sich zusammenfinden, um gegen das heutige System Front zu machen, die den Umbau von Staat und Wirtschaft wünschen, die wissen ja selbst vielfach gar nichts von den Zahlen, sagen wir, unserer Handelsbilanz oder von den Ziffern unserer Zahlungsbilanz; aber sie fühlen in ihrem eigenen wirtschaftlichen Erfolge, sie fühlen in dem Glend, in den Sorgen, die sie bedrücken, mit voller Deutlichkeit, um was es hier geht: daß eben das System falsch ist und daß man dazu übergehen muß, die bodenständige Erzeugung, die eigene Erzeugung im Lande, zur Grundlage unserer Wirtschaft zu machen.

Das ist für uns nichts Neues, wir predigen schon seit vielen Jahren tauben Ohren. Es gibt auch im Deutschen Reiche seit Jahrzehnten Leute, besonders in der Nachkriegszeit, seit 1920 und 1921, vaterländische Politiker, vaterländische Wirtschaftler, die diese Art von Wirtschaft, die wissenschaftlich den Namen „geschlossene vaterländische Wirtschaft“ trägt, die Pflege des Binnenmarktes gepredigt haben, allerdings im Deutschen Reiche mit ganz ähnlichem Er-

folg wie bei uns in Österreich. Man hat wohl vorübergehend davon gesprochen, man hat aber in der Richtung noch nichts Wesentliches unternommen, und es ist ein Triumph aller dieser vaterländischen Wirtschaftler, daß man nunmehr überall von diesen Gedankengängen zu reden beginnt, daß man sogar versucht, Gesetze zu schaffen, die diesen Gedankengängen entsprechen. Aber trotzdem ist damit das Mißtrauen der Bevölkerung noch lange nicht aus der Welt geschafft, im Gegenteil, man muß begreifen, wenn das Mißtrauen weiter gärt und sich weiter steigert, wenn man die Behandlung verschiedener wirtschaftlicher und anderer Dinge betrachtet, wenn man zum Beispiel auf der einen Seite liest, daß der Finanzminister eine Herabsetzung der Warenumsatzsteuer um ungefähr 57 Millionen Schilling verspricht und auf der andern Seite der Herr Landwirtschaftsminister Dollfuß in der Bauernversammlung in Ruffstein von einer Verdopplung der Warenumsatzsteuer spricht, damit den Bauern die Grundsteuer erlassen werden kann. Derartige Versprechungen zeigen einen solchen Unernst und eine solche Augenaußwischerei gegenüber der Bevölkerung, daß sie damit naturgemäß keine Freude haben kann. Das ist eben echt parlamentarisches System, daß man jedem ins Gesicht das verspricht, was er gern hat, und daß man dann sein Versprechen nicht halten kann. Daran franken wir seit 13 Jahren, und mit der Fortsetzung dieses Systems wird es natürlich nicht besser werden.

Mit weiterem schärfstem Mißtrauen muß unsere Bevölkerung, die die wirklich Schuldigen an unseren Wirtschaftskatastrophen zur Verantwortung gezogen sehen will, die Behandlung der ganzen Credit-Anstalt-Affäre beobachten. Es ist jetzt ungefähr ein halbes Jahr seit dem Beginn dieser Affäre vergangen, und wir haben gestern Erklärungen des Herrn Justizministers gerade über den Fall Ehrenfest vernommen, die keineswegs beruhigend, keineswegs vertrauenerweckend wirken können. Ich glaube, daß man hier Ehrenfest und Stammesgenossen ebensoviel zu zart anfaßt wie verschiedene andere Stammesgenossen dieser Herren, die allerdings keine Bankiers, dafür aber Proletariatsführer sind. Diese Affäre Ehrenfest charakterisiert sich doch in dem Telefongespräch dieses Herrn aus Paris, in dem er erklärte: „Ich habe mich ohnedies zur Verfügung der Behörden gestellt, man hat mich ja nicht einvernommen, aber wenn ich einvernommen werde, dann werde ich reden und dann wird jeder sein Teil bekommen!“ Es ist selbstverständlich, daß weite Kreise der Bevölkerung — und ich glaube, nicht gerade die Dünnsten und Kurzsichtigsten — solche Äußerungen mit Zusammenhängen hinter den Kulissen in Verbindung bringen, in die wir keinen Einblick haben. Aber das Vertrauen in das heutige System wird dadurch nicht gestärkt, daß jemand ungestraft derartige Äußerungen machen kann.

Man muß sich darüber seine Gedanken machen. Vielleicht gibt es Leute, die Genaueres über solche Zusammenhänge wissen und nur jetzt schweigen, weil es in Österreich üblich ist, sich Kompensationsobjekte solcher Art in der Politik zu schaffen, weil man nicht weiß, für welchen Zweck man sie brauchen kann. Wir können uns sehr gut vorstellen, wozu man sie recht gut brauchen kann, besonders dann, wenn Kameraden von uns in Hochverratsprozesse verwickelt sind. Wir werden uns erlauben, noch auf diese Fragen zurückzukommen.

Wir finden dieses System durchaus nicht schön. Dieses Verfahren ist eigentlich doch eines wirklichen Rechtsstaates unwürdig. Aber es scheint, daß man in Österreich eben zu solchen Mitteln greifen muß, um sich durchzusetzen, und daß jeder Betrüger und jeder Lump ungestraft zu solchen Mitteln greifen kann. Nachdem in Österreich die Maschen der Gesetze sogar für Kaliber wie Ehrenfest noch zu weit sind, darf man sich nicht wundern, wenn das Vertrauen in das ganze Nachkriegssystem, das wir seit 13 Jahren mitmachen, schwer erschüttert ist. Im Gegenteil: Immer weitere Kreise der Bevölkerung, nicht bloß die bösen Hahnschwänzler, schreien: Weg mit diesem System! Ersetzen wir es durch ein gesünderes System mit größerer Sachlichkeit, mit mehr Ernst und Verantwortungsbewußtsein!

Es können uns auch verschiedene Versuche, die in der letzten Zeit gemacht wurden, um die Wirtschaft zu retten, wie die Devisenverordnung, nicht über die wahre Lage hinwegtäuschen; es ist im Gegenteil ein trauriges Zeichen für die Einsicht unserer Wirtschaftsführer, daß man den letzten Augenblick abwartet, um diese Verordnung herauszugeben. Wir betrachten sie als eine kümmerliche Notmaßnahme, die unter keinen Umständen in dieser Form eine Dauererscheinung werden darf. Denn trotz der bekannten Kommission ist das Ganze nichts anderes als die Wirtschaftsdictatur einer Bank. Das ist bezeichnend für die Nachkriegszustände und für die Rolle, die die Banken in der Nachkriegszeit gespielt haben. Aber was als eine Notmaßnahme für kurze Zeit gerechtfertigt sein mag, kann nicht zu einer Dauer-einrichtung werden. Es ist ein Blickwerk, das keinen dauernden Bestand haben kann und haben darf.

Wenn nun ringsum in der Bevölkerung sich eine zunehmende Unruhe, eine zunehmende Sammlung und Entladung von Energien bemerkbar macht, so ist das für manche Leute sicher beunruhigend, besonders für solche Leute, die Ruhe und Ordnung eben nach falschen Richtlinien lieben. Wir sind auch für Ruhe und Ordnung, beziehungsweise richtiger für Ordnung und Ruhe. Ich glaube, daß als erste Voraussetzung der Ordnung und Ruhe — und das ist gerade in der heutigen Zeit mit großer Deutlichkeit bemerkbar — eben eine wirkliche Ordnung, ein rücksichtsloses Durchgreifen gegen solche Korrup-

tionisten, wie wir sie bei der Credit-Anstalt kennen-gelernt haben, notwendig ist. Vorher kann man von einer gesund fühlenden Bevölkerung nicht verlangen, daß sie ruhig wird. Im Gegenteil, es wäre ein sehr trauriges Zeichen für Deutschösterreich, wenn unsere Bevölkerung alle diese Erscheinungen mit Ruhe hinnehmen würde. Es ist ein Ausdruck des gesunden Lebenswillens — dessen Ausdruck unsere Nachkriegsregierungen leider viel zu wenig waren —, was sich hier zeigt, und ich möchte diese Lebensäußerungen um keinen Preis missen, im Gegenteil, sie sind das erfreulichste, das sich überhaupt in der Nachkriegszeit gezeigt hat.

In die Äußerungen dieses Lebenswillens fällt auch der 13. September, von dem gestern so viel geredet worden ist, und gerade von einer Seite, die es nicht notwendig hat, sich über „Hochverrat“ aufzuregen. Wir haben uns einmal schon darüber unterhalten, es scheint aber, daß es zu kurz war und daß es notwendig ist, diese Herrschaften, die die Legalität für sich gepachtet zu haben glauben, darauf hinzuweisen, daß sie es sind, die seit 30 Jahren in diesem Staate untergraben haben, was bisher zum Bestand des Staates gehört hat, was er an aufbauenden Elementen enthalten hat, daß sie gegen die staatliche Ordnung, gegen die verwaltenden Behörden, gegen die Justiz, gegen die Religion, gegen alles waren, was ein Staat zu seinem Leben braucht (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*) — nicht zu vergessen die Verhöhnung, die Verächtlichmachung des nationalen Gefühls. Nun ja, wenn man sich die Führer auf der Linken anschaut, dann darf man sich nicht wundern, daß man dort von nationalem Gefühl und Blutgemeinschaft nicht gern etwas hört.

Was aber die Frage des Hochverrats anbelangt — nun, wir haben nicht den Eindruck gehabt, daß sich die Sozialdemokraten in Österreich rein auf theoretischen, evolutionären Bahnen des Marxismus bewegen. Im Gegenteil, sie sind es ja, die dreimal im Jahre Revolutionsfeiern veranstalten, für die Märzgefallenen, am 1. Mai und am 12. November. Sie preisen noch die glorreiche Revolution von 1918, sie halten noch immer das Andenken ihrer Helden vom 15. Juli 1927 hoch. Und dann — ich habe eine Feier vergessen — die Feier am Grabe der Juligefallenen, die auch heuer mit besonderem Nachdruck und mit bedeutsamen politischen Erklärungen von seiten der Linken veranstaltet wurde.

Um nun auf den gestern mehrfach erwähnten Juli 1927 zurückzukommen, wo Herr Dr. Danneberg so nette Beispiele für die Strenge der Behörden angeführt hat, mit der damals gegen rote Beamte vorgegangen wurde usw., so muß ich doch daran erinnern, daß meines Wissens von den Leuten, die jene Revolte durch den allgemeinen Streik, durch den Verkehrsstreik unterstützt und damit die Sache der Mordbrenner vom Justizpalast zu ihrer eigenen

gemacht haben, kein einziger diszipliniert worden ist. Die Technische Union und die Gewerkschaften und Körperschaften, die sich daran beteiligt haben, haben das ganz ungestraft unternehmen dürfen, ohne im geringsten zur Verantwortung gezogen zu werden. Diese Leute schreien heute über „Hochverrat“. Damals allerdings waren es „unverantwortliche Elemente“, „Arbeitslose“, „Kommunisten“, mit denen die sozialdemokratische Partei nichts zu tun habe. Wir kennen ja diese Sprüchlein aus der damaligen Zeit. Ich möchte daran erinnern, daß, wenn man zugunsten dieser Revoluzzer den Verfehrsstreif ausruft und den Generalfstreif proklamiert und die Führer der Partei zum Bundeskanzler gehen, um die Übernahme der Regierung zu erzwingen, dies nicht minder Hochverrat war, im Gegenteil, ein viel deutlicherer, vielleicht nur ein etwas jüdisch krummerer Hochverrat als die Unternehmung vom 13. September 1931. Es ist damals bekanntlich nicht gelungen. Aber der gute Wille war deutlich genug und der Zusammenhang, die Unterstützung, die Sucht, die Revolte für sich selbst, für parteipolitische Zwecke, für die Übernahme der Macht im Staate, für den Umbau des Staates nach dem berühmten marxistischen Muster auszunutzen, der Wille war so deutlich in Erscheinung getreten, daß man die Herrschaften hätte damals packen sollen, wenn man sich gegen sie getraut hätte. Und wenn man den Regierungen der Nachkriegszeit Vorwürfe machen muß, so sind es die, daß sie eben gegen diese Seite zu lau waren, daß man eben gegenüber dieser Seite ein anderes Recht geübt hat, als man heute gegenüber uns und unseren Kameraden übt. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Das ist ja aber auch noch nicht alles an Hochverrat und Revolution. Wenn wir uns an das Jahr 1918 zurückerrinnern, an das, was sich damals abgespielt hat — war das kein Hochverrat? Ich will dabei gar nicht auf den Fahneide und andere formelle Dinge eingehen, die damals gebrochen wurden *(Zustimmung auf der äußersten Rechten)*, ich will mich gar nicht auf den Treubruch gegenüber dem Herrscherhaus, gegenüber der damaligen Staatsform usw. einlassen — das sind Dinge, die heute nicht aktuell sind. Aber eines: die Treue gegenüber unserem Volke, das ist ein Begriff, den wir alle miteinander im Reiche draußen und in Österreich in der Nachkriegszeit zu unserem eigenen — und ganz nüchtern gesprochen —, auch zu unserem eigenen materiellen Schaden vergessen haben. Man hat gemeint, Begriffe wie Volk und Vaterland über Bord werfen zu können, man hat gemeint, sie mit Hohn und Spott übergießen zu können, man hat gemeint, an ihre Stelle lächerliche Phrasen setzen zu können von der allgemeinen Völkerverständigung, davon, daß nur der deutsche Militarismus schuld ist an der langen Dauer des Krieges und seinem Ausgang,

davon, daß überhaupt nur wir selbst am Kriege schuld sind, davon, daß die internationale Solidarität des Proletariats uns schon vor allzu harter Behandlung beim Friedensschluß bewahren wird, und dergleichen stumpfsinnige Schlagworte mehr. Wenn wir uns heute fragen, was davon alles eingetreten ist, müssen wir sagen: das Gegenteil. Es hat das alles nicht funktioniert. Alles, was die roten Umstürzler damals versprochen haben, womit sie damals dem Volke die Freiheit und das Glück, das kommende Paradies auf Erden verheißen haben, ist nicht eingetreten, und wir sind für unsere Dummheit hart bestraft worden, weil wir diesen Schlagworten Folge geleistet haben, weil breiteste Kreise unserer Bevölkerung ihre gesunden nationalen und vaterländischen Instinkte durch diese Schlagworte haben übertölpeln lassen, weil sie gemeint haben, man müßte mit diesen Herrschaften noch zusammenarbeiten, und damit die Grundlage geschaffen haben für nichts anderes als unser heutiges Elend. Denn auf den Zusammenbruch, auf die Zermürbung der Front, auf dieses klägliche Versagen des Hinterlandes, auf diese Zersetzung der Front gleichmäßig — bezeichnenderweise — durch rote und durch Ententepropaganda sind der Waffenstillstand und letzten Endes die Friedensverträge zurückzuführen. Auch die Friedensverträge mit ihrer für uns unmöglichen Grenzziehung, mit dem Keim der wirtschaftlichen Unfähigkeit und Verarmung des Landes in sich haben auch schon den Grund gelegt für die zwangsweise Verschuldung des Landes. Und die Leute, die damals Hochverrat getrieben haben, aber nicht nur etwa nur einen formalen Hochverrat, sondern die Hochverrat getrieben haben an der Gesamtheit ihres Volkes, die das Volk dem Messer des Feindes und den goldenen Fesseln des internationalen Leihkapitals durch die Art des Zusammenbruches ausgeliefert haben, diese Leute wagen es, uns, diejenigen, die dieses Schicksal haben wenden wollen, des Hochverrates anzuklagen. Wir sagen Ihnen aber hier vor aller Öffentlichkeit: Dieses Land, dieser Staat wird keinen Wiederaufstieg finden, das ganze deutsche Volk wird keinem Wiederaufstieg entgegengehen können, solange der Hochverrat von 1918 nicht seine Sühne gefunden hat! *(Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Straßner: Hohes Haus! Der Herr Voredner hat zum Ausdruck gebracht, daß er und seine Fraktion für eine rasche Erledigung des Budgets seien. Ich habe für meine Fraktion zu erklären, daß auch wir nicht die Absicht haben, die Budgetverhandlungen sehr in die Länge zu ziehen. Derjenige, der ganz oberflächlich die Budgetvorlagen betrachtet, mag sich sagen, diesmal kommt dem Budget überhaupt nur mehr eine formelle und keine materielle Bedeutung zu, denn die materielle Seite des Budgets

wurde bereits im Budgetsanierungsgezet erledigt. Ich bin mit meinen Freunden anderer Meinung. Wir sind der Ansicht, daß wir uns jetzt das Budget erst recht ansehen müssen, ob nicht doch Änderungen innerhalb der Drosselungen möglich sind, die im Budget vorgesehen sind. Wir waren ja ursprünglich überhaupt anderer Ansicht. Wir standen bei der Beratung des Budgetsanierungsgezetes auf dem Standpunkt, daß man vorerst die Sanierung für 1931 durchführen und daß die Sanierung für die Jahre 1932 und 1933 erst im Zuge der Verhandlungen über das Budget erfolgen soll. Wir sind hierbei von der uns bereits zugestandenen Endziffer nicht abgewichen, aber wir waren der Meinung, es ließe sich bei einigem Suchen doch ein günstiger Ausgleich zwischen der Drosselung des Personal- und des Sachaufwandes finden. Wir haben diesen Standpunkt erst verlassen, als der Bundeskanzler dezidiert erklärte, daß das Finanzkomitee des Völkerbundes in Genf nicht allein die Endziffern, sondern über die Endziffern hinaus auch noch die Teilung innerhalb der Drosselung des Sachaufwandes und der Drosselung des Personalaufwandes festgelegt habe. Das war für uns das Zeichen zum Einlenken. Ich betone das hier deshalb, weil sich um diese Abstimmung und um dieses Zusammenfinden der großen Mehrheit im Parlament für das Budgetsanierungsgezet bereits Märchen spinnen. Dieser Märchenbildung möchte ich durch meine Erklärung einigermaßen begegnen.

Nach diesen einleitenden Worten möchte ich einiges zum Budget selbst sagen. Ich habe gesagt: Wir halten eine genaue Überprüfung des Budgets bei aller Bereitwilligkeit, die Arbeit schnell zu leisten, für unbedingt notwendig, weil wir der Meinung sind, daß auch bei den Drosselungen des Sachaufwandes noch Verschiebungen möglich sind, die der Gerechtigkeit vielleicht näherkommen als die jetzige Budgetvorlage.

Die ganze Budgetierung in all den Jahren seit dem Bestande der Republik war falsch. Ich betone das deshalb, weil wir uns vielleicht dann die Unzufriedenheit erklären können, die in der Bevölkerung zum Ausdruck kommt und von der hier im Hause gesprochen wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man in den ersten zwei Jahren des Bestandes der Republik kein richtiges Urteil haben konnte und infolgedessen auch keine richtige Budgetgrundlage hatte. Wien war damals zwar nicht mehr der politische Mittelpunkt des alten Österreich, es war aber noch das wirtschaftliche Zentrum des alten österreichischen Kaiserstaates. Es sind noch eine Menge tschechoslowakischer, polnischer und jugoslawischer Unternehmungen in Wien geblieben und waren Steuerträger. Diese wirtschaftlichen Unternehmungen sind in dem Augenblick abgewandert, in dem sich in den Nachfolgestaaten selbständige nationale Industrien gebildet haben. Zur politischen Emanzipation der Nachfolgestaaten ist dann auch die wirtschaftliche gekommen. In Öster-

reich hat man das aber nicht bemerkt. Das ist an uns vorübergegangen, und ich finde sogar eine Erklärung dafür. Wir sind in die Inflation hineingekommen, und in der Inflation hat man alles mögliche als wirtschaftliche Konjunktur angesehen, was nie als wirtschaftliche Konjunktur anzusehen war. Erinnern Sie sich, daß Kaffeehäuser mit Tradition damals für Banken freigemacht wurden, erinnern Sie sich, daß damals die Parterreräume eines Hauses nicht mehr für Geschäfte ausreichten, sondern daß man bis in den vierten Stock gedrungen ist, um neue Geschäfte aufmachen zu können. Erinnern Sie sich auch noch daran, daß man damals, ganz unbelastet von kaufmännischen Kenntnissen, ein erfolgreicher Kaufmann werden konnte. (*Zustimmung in der Mitte.*) Und das, hohes Haus, haben wir als wirtschaftliche Konjunktur in Österreich angesehen und mit uns auch die Finanzverwaltung. Die Finanzverwaltung hat das Budget auf dieser Grundlage aufgebaut, hat an einen Wohlstand geglaubt, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war.

Die nächste Phase der Entwicklung war die Inflation, die uns hart an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes, hart an den Rand des finanziellen Abgrundes geführt hat. Dann kam die sogenannte Rettung Österreichs durch die Genfer Pakte, durch die uns Geld zur Verfügung gestellt worden ist. Wir haben uns neuerdings über die wirkliche Lage hinwegtäuschen lassen und geglaubt, daß die Mittel, die uns der Völkerbund zur Verfügung stellte, Reichtum oder der Ausdruck der eigenen wirtschaftlichen Kraft wären. Das war in Wirklichkeit nicht der Fall, in Wirklichkeit sahen die Verhältnisse ganz anders aus.

Wir wollen uns kurz vergegenwärtigen, wie die finanzpolitische Entwicklung in jenen Tagen war. Ich glaube der Zustimmung des ganzen Hauses sicher zu sein, wenn ich sage, daß wir damals einen sehr energischen und zielbewußten Finanzminister hatten. Es war der Kollege Dr. Riesenböck, der damals die österreichischen Finanzen verwaltete, der, sagen wir, mit einem Zugriff bei den Steuerträgern ernst gemacht hat. Der Erfolg seines Regimes bedeutete volle Kassen, Kassen, die heute leer sind. Aber ich muß doch die Frage aufwerfen, ob sein System in allem richtig war. Bezüglich der vollen Kassen war es bestimmt richtig, aber nicht in bezug auf die Art und Weise, wie die Kassen gefüllt worden sind. In einer Zeit, in der unsere Währung längst stabilisiert war, haben wir — noch bis in die letzten Tage hinein — mit Inflationssteuern gearbeitet. Was war die Folge dieser Inflationssteuern, angewendet auf die jetzigen Verhältnisse? Daß die Steuern nicht mehr aus dem Ertrag der Wirtschaft, sondern von der Substanz gezahlt worden sind. Was war der Erfolg dieser Wirtschaft? Daß die öffentlichen Angestellten, die unter die Personalsteuer fallen, nur unter den allergrößten Entbehrungen, mit einer Verminderung

des Lebensstandards ihre Steuern zahlen konnten. Weil aber diese Steuern eingegangen sind, gleichgültig ob in dem einen Falle aus der Substanz genommen, in dem anderen Falle auf dem Elend weiter Bevölkerungskreise begründet, haben wir geglaubt, daß das das wirkliche Gesicht der österreichischen Volkswirtschaft ist. Das war ein ungeheurer Fehler.

Und jetzt sind wir so weit, daß man das wahre Bild unserer Wirtschaft erkennt. Ich habe vor Jahren hier in diesem hohen Haus, auch gelegentlich einer Budgetdebatte, gesagt, ich möchte den Finanzminister — den damaligen — daran erinnern, daß man unter Umständen, wenn man die Kuh, die man ständig melken will, zu hart ansaßt, überhaupt um die Milch kommt, die man dauernd von dieser Kuh haben will. Ich habe noch ein ähnliches Gleichnis verwendet, aber das alles hat nichts genutzt, und heute sind wir so weit, daß wir uns sagen müssen: Die Kuh wird bald keine Milch mehr geben. Ich möchte diese Tatsache nicht, wie es in den letzten Tagen vielfach der Fall war, zum Anlaß nehmen, um die jetzt herrschende Not für Propaganda zu benutzen. Diese Not bedarf keiner Propaganda mehr. Propaganda brauchen nur diejenigen, die auf Grund dieser Not emporkommen wollen. (*Rufe in der Mitte: Sehr richtig!*) Das, meine sehr Verehrten, wollte ich aussprechen.

Ich habe vor Jahren mich nicht allein gegen diesen Selbstbetrug gewendet, sondern auch ein Mittel angegeben, daß dazu dienen soll, diesen Selbstbetrug und diese Verschleierung der wirklichen Verhältnisse unserer Wirtschaft doch endlich einmal zu unterlassen. Ich habe vor Jahren vom Subventionswesen gesprochen, das in unser Budget eingebaut ist, und habe gesagt: Dadurch wird die wirkliche Lage der einzelnen Teile unserer Wirtschaft, nämlich der subventionierten Teile unserer Wirtschaft, vollständig verschleiert, und wir bekommen ein ganz falsches Bild. Meine sehr verehrten Frauen und Herren, ein Beispiel: Wo rumort es jetzt am meisten? Wo ist die größte Unzufriedenheit? In der Bauernschaft. Wir lesen fast täglich oder wenigstens einmal in der Woche jeweils nach dem Sonntag, daß da und dort eine große Bauernversammlung war. In diesen Bauernversammlungen wird der Not Ausdruck verliehen, die unter den Bauern herrscht, und gleichzeitig werden Forderungen aufgestellt. Ja, meine sehr Verehrten, welchem Stande hat das Parlament so große Subventionen gegeben wie den Bauern? Wir haben vor zwei Jahren 96 Millionen Subventionen für die Bauern beschlossen und darüber hinaus den Zuckerrübenbauern weitere Subventionen auf einem verschleierten Wege gegeben. Und wir sehen, daß durch diese Subventionen die Lage der breiten Massen der Bauernschaft nicht gebessert worden ist. (*Zustimmung in der Mitte*

und links). Es ist infolgedessen falsch, daß man Subventionen gibt und auf diese Art und Weise das wirkliche Bild der einzelnen Stände vollständig verschleiert.

Wir wenden uns daher gegen das Subventionswesen. Wir finden auch im Budget für das Jahr 1932 noch einige Bestimmungen über Subventionen innerhalb der Landwirtschaft. Es ist ja nicht in erster Linie Aufgabe des Bundes, für die Landwirtschaft zu sorgen, sondern die Sorge für die Landwirtschaft gehört eigentlich in den Pflichtenkreis der Länder. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß Unterstützungen, die vom Bunde selbst gegeben werden, die nicht im Wege der Organisationen hinausgehen, zum Beispiel hier für Förderung des Apfelsens oder für Förderung der Pferdezucht, insoweit berechtigt sind, als der Bund hier nicht ganz beiseitestehen soll. Aber die Verteilung dieser Subventionen muß auf einer anderen Grundlage erfolgen, als die Verteilung der früheren Subventionen erfolgt ist. Immerhin ist auch heuer noch ein Betrag von rund 16 Millionen für die Subventionierung der Landwirtschaft im Budget enthalten.

In den Ländern selber finden wir in den einzelnen Landesbudgets für das Jahr 1930 — eine jüngere Statistik steht mir nicht zur Verfügung — einen Aufwand von 35 Millionen. Trotz dieser Opfer — 96 Millionen in den zwei verfloßenen Jahren, jetzt wieder 16 Millionen vorgesehen, der Aufwand der Länder mit 35 Millionen — die große Unzufriedenheit. Sie ist auf die im Subventionswesen verankerte Verschleierung der wirklichen Dinge zurückzuführen. Die Bevorzugung eines einzelnen Standes schafft den Unwillen anderer Stände. Alle Stände sollen gleichmäßig betroffen werden, im Guten und im Schlechten, das heißt beim Nehmen und beim Geben.

Wir haben in den letzten Tagen beobachten können, daß nebst den Landwirten nunmehr auch die Handels- und Gewerbetreibenden unruhig werden und daß sie vielleicht mit Recht unruhig werden, denn sie leiden unter der Not nicht weniger als die Bauern. Ja, sie sind vielleicht direkt zum Hungern verurteilt, während das vielleicht beim Bauer nicht immer der Fall sein wird; er wird wenigstens selber mit seiner Familie, vielleicht unter den allergrößten Einschränkungen, leben können, aber er braucht nicht gerade zu hungern. Beim Gewerbetreibenden und beim Handelstreibenden ist das schon möglich, weil bei ihm für die Tage der Not gar nichts vorgesehen ist. Wenn diese Leute heute aufgeregt sind, wenn sie auch Forderungen stellen, so ist dies nicht allein auf die augenblickliche Not zurückzuführen, sondern auch auf den Umstand, daß man für ihren Stand weniger Verständnis hat als für die anderen Stände. Da gehen sie her und

vergleichen eben die Unterstützungen, die der Landwirtschaft und die ihnen selbst zuteil geworden sind. Im ganzen Budget der Länder ist für die Gewerbe- und Handelsförderung nebst dem Verkehr ein Betrag von 13 Millionen vorgesehen, also ein Drittel von dem, was für die Landwirtschaft vorgesehen ist. So spielt man einen Stand gegen den anderen aus, anstatt bestrebt zu sein, alle zu einer Zusammenarbeit zu bringen. Mit Worten wird das wahrscheinlich überhaupt nicht möglich sein, sondern es wird nur durch die ungeheure Not ermöglicht werden, die uns wirklich zur Zusammenarbeit bringt, nicht nur zur Zusammenarbeit der Parteien, sondern auch zur Zusammenarbeit der Stände.

In der jüngsten Zeit ist eine neue Quelle für Subventionen, für verschleierte Unterstützungen an einzelne Wirtschaftskreise entdeckt worden. Diese Quelle findet sich in der Credit-Anstalt. Der Bund, der doch heute der einzige Geldgeber der Credit-Anstalt ist, wird hier, sagen wir, auf einem umschriebenen Wege, herangezogen, Subventionen zu geben. Denn etwas anderes ist es ja nicht, wenn im Wege der Credit-Anstalt Kredite an Unternehmungen gewährt werden, von denen man weiß, daß sie niemals das Geld zurückzahlen werden, das ihnen gegeben wird, Unternehmungen, von denen man weiß, daß sie jahrelang nicht allein das Kapital nicht zurückgezahlt, sondern auch die Zinsen nicht geleistet haben. Es gibt bei der Credit-Anstalt Unternehmungen, die seit sieben, ja seit zehn Jahren nie dem Zinsendienst nachgekommen sind. Diese Unternehmungen werden jetzt dadurch, daß man ihnen Betriebskapital zur Verfügung stellt, auf diesem umschriebenen Wege subventioniert.

Weil ich gerade bei der Credit-Anstalt bin, möchte ich sagen: Mir erscheint die Herstellung der Ordnung bei der Credit-Anstalt viel wichtiger als eine rasche Erledigung des Budgets. (Werner: Schon seit einem halben Jahr!) Herr Kollege Werner! Sie sind vielleicht einer derjenigen, den ich doch einmal in meiner Rede erwähnen muß, wenn ich daran erinnern will, daß auch ihre Fraktion bei der Beratung im Hauptausschuß, und zwar bezüglich des ersten, des zweiten und der weiteren Credit-Anstaltsgesetze, die Zustimmung gegeben hat, mit allen Parteien. Beim ersten Credit-Anstaltsgesetz . . . (Oho!-Rufe auf der äußersten Rechten. — Hört!-Hört!-Rufe in der Mitte.) Beim ersten Credit-Anstaltsgesetz hat die sozialdemokratische Fraktion nicht mitgetan, beim zweiten Credit-Anstaltsgesetz war Übereinstimmung aller Parteien vorhanden. (Neustädter-Stürmer: Wo?) Im Hauptausschuß! (Neustädter-Stürmer: Was erzählen Sie da?) Ja, ja, im Hauptausschuß, und weil Sie es nicht glauben wollen, rufe ich den damaligen Bundeskanzler Dr. Ender als Zeugen an. (Hört!-Hört!-Rufe in der Mitte. — Neustädter-

Stürmer: Das kann nicht richtig sein!) Ja, das ist richtig. Sie können es sich vergegenwärtigen, und wenn Sie es nicht glauben, möchte ich Sie daran erinnern, daß erst vor wenigen Tagen der damalige Bundeskanzler und jetzige Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Ender . . . (Neustädter-Stürmer: Das habe ich richtiggestellt! Das ist unrichtig!) Ich war selber Mitglied des Hauptausschusses und war zugegen, wie auch Ihr Vertreter im Hauptausschuß . . . (Neustädter-Stürmer: Wer war das?) Das war damals der Abg. Werner. Das erstemal war der Herr Kollege Neustädter-Stürmer dabei (Rufe in der Mitte: Das ist unangenehm! — Werner: Was war im Hauptausschuß vor zwei Wochen?) Ich habe diese Feststellung machen müssen und hätte sie vielleicht nicht gemacht, wenn nicht der Herr Kollege Werner einen Zwischenruf gemacht hätte. Wir unterscheiden uns vom Heimatblock in bezug auf die Forderung, rasch Ordnung zu machen, gar nicht!

Ich habe in einer der ersten Sitzungen als Vertreter meiner Fraktion die Forderung aufgestellt, man solle doch trachten, die ausländischen Unternehmungen der Credit-Anstalt möglichst rasch abzustößen, denn sonst bestehe die Gefahr, daß sie vielleicht entwertet werden. Es ist mir damals von den sogenannten Sachmännern gesagt worden, das würde ein Unglück bedeuten. Ich habe damals die Forderung aufgestellt, man solle den Betrieb der Credit-Anstalt um die passiven Betriebe verringern. Wir haben damals alle zusammen beim zweiten Credit-Anstaltsgesetz die Forderungen unterstützt, an die gestern hier der sozialdemokratische Redner erinnert hat. Wir haben in der Credit-Anstalts-Frage gewiß das getan, was in dieser Lage zu tun war. Ja, wir können jetzt rückschauend sagen: Hätten wir uns überhaupt nie der ganzen Credit-Anstalts-Frage angenommen, hätten wir die Credit-Anstalt in Konkurs gehen lassen, hätten wir die Männer ihrem Schicksal überlassen, die an der Credit-Anstalt beteiligt waren. Ja, wenn es nur auf die angekommen wäre — ohne weiteres. Aber es ist gestern im hohen Hause ausgesprochen worden, daß 70 Prozent der österreichischen Industrie auf Gedeih und Verderb mit der Credit-Anstalt verbunden waren, nicht allein 70 Prozent der Industrie, sondern damit tausende Arbeiter und tausende viele Angestellte. Aus diesem Grunde sind wir für die Credit-Anstalt eingetreten.

Es ist gestern im Zusammenhang mit der Credit-Anstalt von einem Versagen des Kapitalismus gesprochen worden. Es sind gestern auch noch andere Ursachen angegeben worden. Es ist aber gestern auch von einem Versagen der Moral gesprochen worden. Und gerade das möchte ich am meisten unterstreichen. Ich weiß nicht, wie es Menschen, die die Schuld an der Affäre der Credit-Anstalt zu

tragen haben, über sich bringen, sich heute noch unter diesen Menschen zu bewegen, ohne freiwillig irgendein Opfer gebracht zu haben. Während Hunderte und Tausende von Menschen hungern, fahren die noch bequem in ihren Luxusautomobilen! Es ist unverständlich, daß die Moral so weit sinken kann, daß man sich nicht schämt, vor der Öffentlichkeit noch zu erscheinen. Ich habe es wenig begreiflich gefunden, daß man diesen Herren noch zu redete, sie mögen vielleicht weiter in der Credit-Anstalt eine Funktion übernehmen. Wenn sie schon nicht in den Kerker gehören, hohes Haus, so gehören sie ganz bestimmt nicht mehr unter eine ehrliche, anständige Bevölkerung.

Ich habe gesagt, eine Verschleierung des wahren Gesichtes unserer Wirtschaft findet durch das Subventionswesen statt, und habe hier auch die Credit-Anstalt angezogen. Nun kommt aber noch etwas Weiteres hinzu. Seit die Republik Österreich besteht, gibt es in Österreich Parteien und Bewegungen, die uns glauben machen wollen, daß, wenn ihr Wirtschaftssystem in die Tat umgesetzt würde, Österreich eine Insel der Seligen werden könnte. Wir haben im Anfange des Bestandes der Republik jede Woche oder alle Monate hören können, wenn in Österreich dieses große Wirtschaftssystem der Sozialisierung durchgeführt würde, dann würde alles anders werden und Österreich könnte über sein sonstiges schweres Schicksal hinwegkommen. Nach einiger Zeit hat man dann auf der Linken des Hauses selbst eingesehen, daß in einem Staate der nicht vollständig lebensfähig ist, auch die Sozialisierung überflüssig ist, weil man in einem solchen Staatswesen nur die Schulden sozialisieren könnte, wie der gewesene Staatskanzler Dr. Renner einmal sagte. Nun, die Herren der sozialdemokratischen Partei haben mit ihrem Glauben an die Möglichkeit, aus der Kraft der Sozialisierung Österreich als Kulturstaat zu erhalten, Nachfolge gefunden. Es wird nicht mehr mit dem Kapitel Sozialisierung hausieren gegangen, sondern mit den Träumen von einem Dritten Reich. Ich muß sagen, daß auch dieses Programm eine grobe, allergrößte Fälschung unser selbst bedeutet, also einen Selbstbetrug, aber darüber hinaus auch eine schwere und grobe Fälschung des Auslandes. *(Sehr richtig! in der Mitte.)* Denn wenn immer und immer wieder behauptet wird, wenn in Österreich dies oder jenes geschehe, dann könnte man die Wunden des Friedensvertrages von Saint-Germain heilen und man könnte Österreich zu einem gesunden Wirtschaftskörper machen, so ist das eine bewußte Fälschung. *(Zustimmung in der Mitte.)* Wir müssen mit dieser Fälschung endlich einmal ein Ende machen, denn sonst wird uns das Ausland, auch wenn wir in den dringendsten Fällen bitten und betteln kommen, wie es bei uns jetzt gang und gäbe ist, nicht mehr glauben. Wir sehen

jetzt schon, daß uns das Ausland diktiert und sagt, du Österreich mußt das und jenes machen, ja es ist sogar gesagt worden, das Ausland kenne sich im österreichischen Budget bald besser aus als das Inland selbst. Infolgedessen werden vom Auslande auch diese und jene Forderungen gestellt. Und das Ausland nimmt das an, wenn es in Österreich noch immer Vertreter gibt, die sagen: Ja wir sind in Österreich schon in der Lage, wenn unser System, unser wirtschaftliches, unser politisches System angewendet wird, daß Österreich gesunde. Es gibt über diese offiziellen Kreise hinaus, glaube ich, auch noch andere, die dem Auslande von einer, sagen wir, Lebensfähigkeit Österreichs als Kulturstaat zu erzählen wissen — natürlich auch nur bei einer Systemänderung. Ich habe hier und da das Empfinden, als ob zwischen diesen Kreisen, die so sehr die Anhänger dieser Lebensfähigkeit Österreichs sind, die wahrscheinlich durch die Schließung von Burgtheater und Oper zum Ausdruck kommen soll, ein gewisser Zusammenhang besteht.

Gewiß kann in Österreich die Lage erleichtert werden, aber man entschließt sich scheinbar sehr schwer dazu. Ich kann mir schon vorstellen, daß man in Österreich Gelder für notwendigere Dinge zur Verfügung hätte, wenn man am rechten Ort sparen würde. Dagegen erheben sich aber große und allergrößte Widerstände. Namentlich erheben sich Widerstände gegen die Durchführung der Verwaltungsreform. Ich weiß, daß in Österreich seit Kaiser Josef II. schon immer an Verwaltungsreformen gearbeitet wird und daß der selige Kaiser Josef II. nie eine Verwaltungsreform in seinem Sinne durchgeführt hat und daß alle seine Nachfolger aus dem Hause Habsburg keine Verwaltungsreformen zustande gebracht haben, weil keiner der früheren Herrscher den Mut hatte, sich entweder zu einem rein zentralistischen oder rein föderalistischen System in Österreich zu bekennen. Wir haben immer hin und her geschwankt, und auch als Österreich zur Republik ausgerufen wurde, sind wir in dasselbe Geleise gekommen: Ein Schwanken zwischen dem Gedanken des Zentralismus und des Föderalismus. Wir hatten ja ursprünglich starke Bundesgenossen auf der Linken dieses hohen Hauses. Aber in dem Augenblick, da die Linke dieses Hauses selbst dazu bestimmt war, einen Teil der Föderation für sich in Anspruch zu nehmen, haben wir diese Bundesgenossen verloren. *(Zustimmung in der Mitte.)* Heute sind wir so weit, daß wir eigentlich eine geschlossene Front gegen die Zentralisierung vor uns sehen. Und doch, hohes Haus, wird die Not uns dazu zwingen, mit dem überspitzten Föderalismus ein Ende zu machen. Und ich kann schon den Zorn der Bauern, den Zorn der Gewerbetreibenden, ich kann die Aufregung aller dieser Leute verstehen, wenn sie sehen, wieviel uns dieser Föderalismus kostet. Wenn ich recht unter-

richtet hin, kostet die Landesverwaltung und die Landesgesetzgebung etwa 119 Millionen Schilling nach den Vorschlägen des Jahres 1930. Wenn ich dazu noch die Budgets der Gemeinden über 5000 Einwohner rechne, so habe ich diesen 119 Millionen Schilling noch 25 Millionen Schilling dazuzuschlagen. Ja, welcher Kampf entspinnt sich hier in diesem hohen Hause, wie wir beim Budgetsanierungs-gesetz gesehen haben, um 10 Millionen! Halbe Nächte wird beraten, in welcher Weise diese 10 Millionen hereingebracht werden könnten, und hier könnten wir auf einen Schlag einen bedeutend, einen zehn-, einen fünfzehnfach größeren Posten ins Ersparen bringen, wenn wir nur wollten. (*Zustimmung in der Mitte.*) Ich muß deshalb schon im eigenen und im Namen meiner Freunde die Forderung aufstellen, die Regierung möge sich ganz ernstlich mit einer Änderung des jetzigen Systems beschäftigen. Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß wir zwar in Tirol, in Vorarlberg, vielleicht auch in Salzburg und überall in den jetzigen Bundesländern einen Landeshauptmann haben, daß aber dieser Landeshauptmann mit seinen beamteten Angestellten und nicht mehr auf dem Umweg über den Landesrat arbeitet. Denn das bedeutet nur eine Verzögerung, und ich kann Ihnen verraten, daß das laufende Band in der Verwaltung, zu dem uns vielleicht eine Verwaltungsreform führen könnte, durch die Art, wie heute in den Ländern verwaltet wird, immer zum Stehen gebracht wird.

Außerdem haben wir auch in den Zentralen eine Menge Möglichkeiten, eine wirkliche Verwaltungsreform durchzuführen. In den Jahren 1922 und 1923 hat man geglaubt, das durch einen schematischen Beamtenabbau erreichen zu können. Ganz widersinnig! Wir haben damals sehen können, daß man die besten Kräfte außer Dienst gestellt hat und daß zum Großteil minderwertige Leute übriggeblieben sind. Man hat ja damals den Abbau so nach dem Parteienproporz und nicht nach der Tüchtigkeit der betreffenden Leute gemacht. Ein ungeheurer Fehler. Und wenn man im Zuge der jetzigen Verwaltungsreform dieses Verfahren wiederholen wollte, wäre das der allergrößte Fehler, den man begehen könnte.

Man hat ja auch zu anderen Mitteln gegriffen. Man hat gesagt, wenn wir die staatlichen Betriebe kommerzialisieren, dann kommen wir zu einer rationellen Führung unserer Wirtschaft. Ich kann Ihnen verraten, daß ich kürzlich einmal einen Akt eines kommerzialisierten Betriebes, und zwar der Bundesbahnen, in Händen hatte. Auf diesem Akt, in dem es sich um einen Gehaltsvorschuß von 600 S gehandelt hat, waren nicht mehr und nicht weniger als 41 Chiffren (*Rufe in der Mitte: Unerhört!*), das heißt also, durch 41 Hände ist dieser Akt gelaufen, ein Akt, den man zu anderen Zeiten durch

zwei Personen erledigt hat, eine, die bewilligt, und eine, die gegengezeichnet hat. Ja, wenn das der Erfolg der Kommerzialisierung ist, dann können wir uns für diese Kommerzialisierung bestens bedanken. Wir haben sehen können, daß man bei dieser Art kommerzialisierter Betriebe, wie wir sie hier in Österreich haben, versucht, die Privatwirtschaft nachzuahmen. Gewiß, dort, wo es sich um die reine Arbeit handelt, rationalisiert man, aber dort, wo es sich um die Verwaltung handelt, kommt man zu einer Hypertrophie genau so wie in der Privatwirtschaft. Unsere Bundesbahnen gleichen — sagen wir — einem großen Konzern, der ein ganzes Ministerium haben muß, um die Rationalisierung im reinen Arbeitsprozeß in die richtigen Wege zu leiten, und dabei wird Geld für einen Apparat hinausgeworfen, der viel zu groß ist, der mit viel kleineren Mitteln geführt werden könnte.

Ich habe früher von den einzelnen Gruppen gesprochen, die hier scheinbar bewußt oder unbewußt zusammenarbeiten und uns dem Ausland gegenüber einen sehr schädlichen Dienst erweisen, Gruppen, die nachweisen wollen, daß Österreich aus eigener Kraft als Kulturstaat bestehen könne, daß es Österreich viel besser ginge, wenn das eine oder andere wirtschaftliche oder politische System verwirklicht würde.

Ich bin in den letzten Tagen wiederholt mit Leuten zusammengekommen, die mir gesagt haben: Ihr seid auf einem ganz falschen Wege! Ihr, die ihr immer an einen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche denkt, überseht ganz, daß das gerade der entgegengesetzte Weg ist, den wir in Österreich zu beschreiten haben! Unser Weg und unsere Heilung endet in einer Donauföderation!

Über diesen Plan einer Donauföderation erlauben Sie mir, einige wenige Worte zu sagen. Die alte österreichisch-ungarische Monarchie hat etwas Eigentümliches gezeigt, daß nämlich die Deutschen in diesem Staate die Hauptsteuerträger waren. Ich kann mich erinnern, daß von der Personaleinkommensteuer die Deutschen in Österreich, obwohl sie nur 10 Prozent der Bevölkerung ausgemacht haben, 72 oder 73 Prozent gezahlt haben. In allen anderen Steuergattungen war es ähnlich. Die Deutschen zahlten überall mehr als ihrer Bevölkerungszahl, ja sogar mehr als ihrer wirtschaftlichen Kraft entprochen hätte. Gegeben aber wurden diese Beträge für die Nichtdeutschen. Wir konnten sehen, daß unser Schulwesen in den deutschen Gebieten vollständig vernachlässigt und das Geld wo anders hingegeben wurde. Wir konnten sehen und sehen es jetzt, daß unser ganzes Straßenwesen vollständig vernachlässigt wurde. Das Geld wurde nach Galizien oder in die Tschechei gegeben, mit einem Worte, in nichtdeutschen Gebieten verwendet. Wir haben sehen können, daß bei uns die Eisenbahnen rückständig waren, und Verkehrslinien, die notwendig gewesen wären, nicht gebaut wurden.

Dagegen wurden die Gelder in nichtdeutschen Gebieten verwendet.

So sah es aus in einer Zeit, in der über diesen Ländern, die als Donaupföderation zusammengeschlossen werden sollen, der Kaiser gestanden ist, der ausgleichend zu wirken hatte. Diese ausgleichende Kraft ist weggefallen, und nunmehr sollen wir uns zusammenschließen und sollen unsere Rettung darin erblicken, daß wir in einer Donaupföderation aufgehen, in einer Pöföderation mit Staaten, die sich seit dem Zusammenbruch nicht bloß politisch, sondern auch wirtschaftlich vollständig selbständig gemacht haben.

Die Herren aus dem Bauernstande sollen sich einmal vorstellen, wie es mit ihrer Vieh- und Getreidewirtschaft aussehen würde, wenn wir mit Ungarn zusammengekoppelt würden! (*Zustimmung in der Mitte.*) Stellen Sie sich dagegen vor, welchen Nutzen es für die Bauern bedeuten wird und bedeuten kann, wenn wir die österreichische Frage im deutschen Sinne lösen. (*Erneute Zustimmung in der Mitte und rechts.*) Stellen Sie sich einmal vor, wie es in der Industrie aussehen würde, wenn wir mit der stark emporgeblühten Industrie der Tschechoslowakei, mit der früher jungfräulichen Industrie Ungarns, die jetzt auch schon das Mannesalter erreicht hat, zusammenkommen würden. Ganz ähnlich würde es noch auf einer Reihe anderer Wirtschaftsgebiete aussehen. Ich muß sagen, es ist eine bewußte Zurechtweisung der österreichischen Bevölkerung, jetzt in der Zeit der Not mit diesem Gedanken haushieren zu gehen (*Zustimmung in der Mitte*), und es kann nicht genug verurteilt werden, daß sich immer und immer wieder Agenten finden, die einen derartigen Gedanken propagieren.

Wir sind anderer Meinung, wir sind für die Lösung der österreichischen Frage im deutschen Sinne und wir sind den Männern dankbar, die uns diesen Weg gezeigt haben.

Wenn der Erfolg nicht augenblicklich gekommen ist, so wollen wir doch in dem Sinne weiterarbeiten. Ich glaube, die Welt wird sehr bald einsehen, daß die erste Begrüßung des Gedankens der Schaffung von regionalen Wirtschaftskörperschaften eine Wiederholung erfahren wird. Wenn die Not in Europa und in der Welt immer größer werden wird, dann wird man auf den Gedanken zurückgreifen und wird sich dankbar jener Menschen erinnern, die uns diesen Weg gewiesen haben, zum Unterschiede von jetzt, wo man glaubt, auf diese Leute Steine werfen zu können. Ich schließe meine Ausführungen mit den Worten: Auch der Undank hört in dieser Welt einmal auf! (*Beifall in der Mitte.*)

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Ich habe nur ein paar Bemerkungen zu machen, mit denen ich auf die gestrige Debatte zurückkommen muß. Die Regierungspresse macht heute einen etwas sonderbaren Eindruck. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“

loben den Herrn Justizminister Dr. Schürff wegen seines glorreichen Kampfes um den Kopf des Herrn Ehrenfest, während die „Reichspost“ wieder findet, daß nach wie vor ungelöste Widersprüche und Rätsel in dieser Affäre vorhanden seien, denn sie wirft die Frage auf, welche wunderbare Tarnkappe den Zielgesuchten jüngst in Wien geschützt habe. Diese Frage hält die „Reichspost“ auch heute trotz der Erklärungen für gerechtfertigt, die der Herr Justizminister der Regierung Buresch gestern hier im Hause abgegeben hat. Ja, die „Reichspost“ ist sogar so mißtrauisch, daß sie zum Schlusse noch eine weitere Frage aufwirft, nämlich die Frage, welchen Zufällen man in dem unerforschlichen Dschungel dieser Affäre künftighin noch begegnen werde. Wenn schon das Zentralorgan der Regierungspartei so mißtrauisch ist, so ist es, glaube ich, gar kein Wunder, daß auch ich in dieser Frage mißtrauisch bin. (*Heiterkeit links.*) Dennoch ereignet sich das Sonderbare, daß die zwei Regierungsblätter, die ganz verschiedene Anschauungen darüber haben, ob die Regierung im Falle Ehrenfest ihre Pflicht getan hat oder nicht, darin ein Herz und eine Seele sind, daß sie über mich herfallen und so in versteckten Anspielungen anzudeuten versuchen, als ob ich oder meine Partei irgendein Interesse daran hätte, diesen Herrn Ehrenfest irgendwie zu schonen. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ drücken das so aus, daß sie schreiben, es hätte einen starken Eindruck gemacht, daß ich den Herrn Ehrenfest gestern mit Samthandschuhen hier angefaßt habe. (*Heiterkeit links.*) Ich weiß nicht, was die „Wiener Neuesten Nachrichten“ unter Samthandschuhen verstehen. Wenn sie eine solche Art der Behandlung, wie ich sie dem Herrn Ehrenfest angedeihen ließ, für eine mit Samthandschuhen halten —, na bitte, dann mag das keine böse Anspielung sein, denn ich habe über diesen Herrn Ehrenfest gesagt, daß er ein Inflationschieber ist und daß man ihn einsperren soll. Wenn das also Samthandschuhe sind — bitte, dann mag das sein Bewenden haben. Wenn aber die Herren der „Wiener Neuesten Nachrichten“ damit etwas anderes sagen wollten, dann allerdings muß ich sagen, daß das eine Verleumdung ist, die hier ausgesprochen worden ist. (*Rufe links: So ist es!*)

Die „Reichspost“ wieder wirft die Frage auf, ob nicht die „Dreipunktebrüderschaft“ eine Rolle spiele bei der Art, wie ich den Herrn Ehrenfest behandelt habe. Ich muß gestehen, wie ich das gelesen habe, habe ich nicht gewußt, was das ist, die Dreipunktebrüderschaft. (*Dr. Hueber: Das ist nicht ganz glaubwürdig!*) Ja das kommt Ihnen unglaublich vor, aber es ist wirklich so, ich kann Ihnen das versichern! Dann hat mir jemand erzählt, das sollte bedeuten, daß Herr Ehrenfest und ich Freimaurer sind. Ob Herr Ehrenfest außerdem, daß er Schieber ist, auch Freimaurer ist, das weiß ich

nicht (*Heiterkeit links*), darüber ist mir nichts bekannt. Ich habe diesen Herrn im Leben nie gesehen, ich weiß von ihm nur das, was in den letzten Tagen in den Zeitungen zu lesen war, ich kenne ihn nicht und kann also nicht sagen, ob er ein Freimaurer ist. Von mir kann ich nur sagen, daß ich in meinem Leben nie ein Freimaurer war und auch keiner bin, daß ich keinen Freimaurerverein kenne und daß ich auch nicht einmal den Namen eines Freimaurervereines kenne, daß ich mich für die ganze Freimaurerei in meinem Leben so wenig interessiert habe, daß ich nicht einmal so informiert darüber bin wie die „Reichspost“ (*Heiterkeit links*) und daß ich zu meiner Schande gestehen muß, daß ich nicht wußte, was eine „Dreipunktebrüderschaft“ ist. Nun, jetzt bin ich also eines Besseren belehrt worden.

Meine Herren, ich möchte aber daran doch noch einige Worte knüpfen, eben weil alle diese Fragen doch in Wirklichkeit offenbar so eine Art Verdächtigung bedeuten sollen, als ob wir Sozialdemokraten ein Interesse daran hätten, daß dem Herrn Ehrenfest nichts geschieht. Meine Herren, ich kann nur sagen: Wenn ich Justizminister wäre, dann säße dieser Herr Ehrenfest schon hinter Schloß und Riegel (*Zustimmung links*), dann würde dieses Fingerspiel der Justiz nicht gespielt worden sein, die so lange zu der Überlegung braucht, ob sie Herrn Ehrenfest einsperren soll oder nicht, bis er nicht mehr da ist und man ihn im Ausland suchen muß.

Das aber, meine Herren, was ich gestern sagen wollte und was den Anlaß zu diesen verleumderischen Anspielungen hier gegeben hat, das wiederhole ich heute noch einmal, nämlich die Tatsache, daß Sie von der Hauptsache dadurch nicht wegkommen werden, daß Sie eine Affäre Ehrenfest in Österreich veranstalten. (*Beifall links.*) Der Herr Ehrenfest ist ein Schieber, der alle möglichen Delikte begangen haben mag. Man sperre ihn ein! Aber damit ist die Frage der Credit-Anstalt in gar keiner Weise geklärt und erledigt. Denn neben diesem Herrn Ehrenfest gibt es eine ganze Reihe von anderen Schulbigen, und zwar von solchen, die nicht in Paris oder sonst irgendwo sitzen, sondern die immer noch in Wien sind (*Rufe links: So ist es!*) und die selbst für die österreichische Justiz greifbar sind, jeden Tag greifbar sind, die man längst hätte einsperren können und die man heute noch einsperren sollte, wenn man wirklich dort Ernst machen will. Von dieser Tatsache, meine Herren, wird weder die Regierung noch die Regierungspresse die Aufmerksamkeit der breiten Massen der Bevölkerung ablenken können. (*Beifall links.*) Ich verstehe ja, daß der „Reichspost“ dieser ganze Zusammenhang nicht sympathisch ist. Sie hält das für einen Zwang und einen Umweg, daß man sich da an alle halten will. Natürlich, da kämen ja auch die Schütz-

linge von der Boden-Credit-Anstalt daran (*Beifall links*), und der „Reichspost“ ist es natürlich lieber, wenn nur der Herr Ehrenfest eingesperrt wird und nicht auch der Herr Sieghart, obwohl er es wahrscheinlich ebenso verdienen würde, wie der Herr Ehrenfest. Und darum dreht es sich, meine Herren: Die Frage der Credit-Anstalt macht beim Herrn Ehrenfest nicht halt, sondern die geht über den Herrn Ehrenfest zu anderen viel wichtigeren Herren weiter, bis zu den Herren Sieghart und Rothschild. (*Beifall links.*) Und wenn die Regierung ihre Pflicht erfüllt, dann müßte sie zugreifen. Ich habe konkrete Fragen an die Regierung in diesem Punkte gestern gestellt, sie sind nicht beantwortet worden. Wenn diese Äußerungen der Regierungspresse vielleicht die Antwort auf meine Fragen sein soll — nun, dann, meine Herren, kann ich Ihnen nur sagen, diese Antwort geht ganz daneben um die Fragen, die ich gestern hier aufgeworfen habe. Sie werden die Raisonanz in der ganzen anständigen Bevölkerung Österreichs (*lebhafter Beifall links*) ohne Unterschied der parteipolitischen Gesinnung finden und diese Fragen werden der Regierung so laut in die Ohren dröhnen, daß sie um die Antwort für diese Fragen nicht herumkommen wird. (*Lebhafter Beifall links.*)

Zusatz: Hohes Haus! Wenn ich in die Besprechung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1932 eingehe, muß ich vorerst auf meine Ausführungen in der Debatte über das Budget für das laufende Jahr zurückgreifen. Diese Debatte hat in diesem hohen Haus vor etwa acht Monaten stattgefunden. Gelegentlich dieser Debatte habe ich den Satz geprägt, daß sich die österreichische Finanzwirtschaft an einem historischen Wendepunkt befindet und daß die sieben fetten Jahre des Finanzministers nunmehr vorbei seien. Ich habe diese Behauptung wohl begründet, denn ich konnte nachweisen, daß die Ausgabenseite im österreichischen Bundeshaushalt in den Jahren 1924 bis 1931 um etwa 101 Prozent gestiegen ist, was eine durchschnittliche Steigerung von 14 Prozent jährlich ausmacht, daß auch automatische Einnahmensteigerungen im gleichen Ausmaß feststellbar waren, daß aber diese automatischen Ausgabensteigerungen schon im letzten Viertel des Jahres 1930 infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage aufgehört haben und daß daher für das Jahr 1931, nachdem man für dieses Jahr genau so wie in den Vorjahren budgetiert hat, ein namhafter Abgang aufscheinen muß. Aus diesen Erwägungen heraus hat mich meine Fraktion beauftragt, einen Ersparungsantrag einzubringen, um die Ausgaben den nunmehr verminderten Einnahmeverhältnissen — und die Einnahmeverhältnisse des Staates stehen natürlich doch in einem, ich möchte sagen, organischen Zusammenhang mit der Wirtschaftslage des Bundesgebietes — anzupassen. Der

wesentlichste Inhalt meines Antrages war die Anforderung an die Regierung, Maßnahmen sowohl administrativer als auch legislativer Natur zu treffen, um die Herabsetzung des Ausgabenetats im Bundesvoranschlag für das Jahr 1931 in personeller und in sachlicher Hinsicht zu erreichen und auf diese Weise die voraussichtlichen Mindereinnahmen und sich zwangsläufig ergebende Mehrausgaben, wie beispielsweise Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, Zuschüsse zu den immer mehr und mehr passiv werdenden Bundesbetrieben, Bundesbahn, Bundesforste usw., ohne Steuern- und Abgabenerhöhungen zu decken und eventuell sogar durch solche Kürzungen Mittel für eine Steuer- und Abgabenerleichterung zu erübrigen. Dieser Ersparungsantrag, der also, wenn ich einiges über den Inhalt sagen soll, nichts anderes bezweckt hat, als das Doppelverdienertum abzuschaffen, eine Forderung, die gestern in Form eines Entschließungsantrages von diesem Hause einstimmig angenommen wurde, der die Spitzengehälter in den verschiedenen Bundesbetrieben bekämpft hat, der gefordert hat, daß man mit dem Sparen oben beginnen soll, daß man aber die mittleren und unteren Beamten vorläufig schonen muß, um ihnen dann später, wenn sich die Ausgabenverhältnisse des Bundes bessern, in erster Linie zu helfen; dieser Antrag, der nichts anderes beinhaltet hat als die Angleichung der Bezüge der Landes- und Gemeindeangestellten an die der Bundesangestellten, der beinhaltet hat, daß bei denjenigen Gebietskörperschaften, die ihre Einnahmegerbarung auf gesetzliche Beitragsleistung begründen, Ordnung gemacht und dort mit der Senkung der Personalausgaben begonnen wird, dieser Ersparungsantrag löste auf allen Seiten des Hauses Widerstand aus und wurde von mehreren Rednern bekämpft. Die Regierung Ender hat sich gegen die Annahme des Antrages ausgesprochen. Daher hat sich der Landbund entschlossen, diesen Antrag zurückzuziehen, nachdem der Bundeskanzler die Erklärung abgegeben hatte, daß es die Regierung für ihre unbedingte Pflicht hält, durch administrative Rückstellungen von finanzgesetzlichen Ausgaben eine aktive Gebarung auch für den Fall zu sichern, daß die Einnahmenansätze des Bundesvoranschlages nicht erreicht werden sollten und sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Der Herr Bundeskanzler Ender hat uns damals ferner mitgeteilt, daß der Bundeshaushalt auch auf legislativem Wege eine entsprechende Entlastung erfahren wird. Das gleiche erklärte er in bezug auf die Steuerermäßigungen und Steuerseinkünfte. Er gab diesbezüglich die Erklärung ab, daß es die Absicht der Regierung sei, diese Steuerseinkünfte durchzuführen, sobald es die finanzielle Lage gestatten wird.

Da nun infolge des Widerstandes der Parteien eine Mehrheit für unseren Antrag kaum zu erwarten,

die Regierungserklärung aber vollkommen befriedigend war, habe ich mich entschlossen, den Antrag zurückzuziehen, weil in dem Falle, als der Antrag hier keine Mehrheit gefunden hätte, es die Demagogen in den Versammlungen leicht gehabt hätten, für das, was später gekommen ist, daß man nämlich nicht sofort mit dem Sparen eingesetzt hat, so wie ich es beantragt habe, uns die Schuld zuzuschreiben und zu erklären, daß durch die Ablehnung dieses Antrages die Regierung in ihren guten Absichten gehindert worden sei.

Die Regierung Ender hat wohl gleich in einem dieser Debatten folgenden Ministerrate die Bindung von 48 Millionen Sachausgaben an den Eingang der zu ihrer Bedeckung erforderlichen Einnahmen ausgesprochen, aber mit dem sonstigen Sparprogramm ist der Herr Finanzminister Dr. Such nur sehr zögernd hervorgetreten. Erst im Mai, also in etwa drei Monaten, wurden die ersten Verhandlungen mit den Parteien darüber eingeleitet, auf welche Weise man Ersparungen im Bundeshaushalt erreichen könnte. Zu meinem größten Bedauern hat der Herr Finanzminister Dr. Such sofort zu ganz falschen Methoden gegriffen. Während wir der Ansicht waren, daß der Bundeshaushalt durch Ersparungen ins Gleichgewicht zu bringen sei, ist der Herr Finanzminister Dr. Such wieder an die Erschließung neuer Steuerquellen, beziehungsweise an die Erhöhung von solchen Einnahmequellen gegangen. Ich erinnere daran, daß er die von uns viel bekämpfte Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, die Erhöhung der Tabakpreise, der Salzpreise usw. dem Hause vorgelegt hat. Meines Erachtens sind das falsche Wege, weil wir uns die letzte Möglichkeit von Einnahmeerhöhungen überhaupt verschüttet, weil die letzte Reserve damit ausgeschöpft ist. Denn eines schönen Tages wird der Finanzminister keine Steuererhöhungen, keine Erhöhung von Monopolpreisen, keine Zollerhöhungen usw. mehr vornehmen können, weil die Kaufkraft der Bevölkerung und weil ihre Steuerkraft am Ende der Leistungsfähigkeit angelangt sein wird.

Mit dieser Verzögerung hat man den Beamten Österreichs einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Denn wäre Finanzminister Dr. Such rechtzeitig, so wie ich es beantragt und wie ich es ihm geraten habe, an die Sparmaßnahmen herangegangen, dann wäre uns das Genfer Diktat mit seinen unangenehmen Begleiterscheinungen erspart geblieben, dann wären die Bezugs Kürzungen, die man am 1. Oktober unter dem Drucke Genfs durchführen mußte, für das Jahr 1931 vermeidbar gewesen.

Man hat den Landbund als beamtenfeindlich hingestellt oder zumindest hinzustellen versucht. Ich kann heute konstatieren, daß mir die Entwicklung der Bundeseinnahmen des heurigen Budgets in jeder Hinsicht recht gegeben hat und daß wir absolut nicht aus Aversion gegen die Beamtschaft oder gar zu

agitorischen Zwecken den Ersparungsantrag gestellt haben, sondern lediglich aus Sorge um das Gleichgewicht im Staatshaushalt und weil wir die Wirtschaft vor zu schweren Lasten bewahren wollten. *(Zustimmung in der Mitte.)* Die Gefahr wäre leichter und schmerzloser abzuwenden gewesen, wenn man rechtzeitig an Ersparungsmaßnahmen gedacht hätte.

Ich beschwöre die Erinnerungen an diese Zeit, an den Kampf des Landbundes um rechtzeitige Sparmaßnahmen nicht herauf, um mich in die Pose eines Mannes zu werfen, der da sagen kann, ich habe das alles vorausgesehen. Ich bringe diese Erinnerungen nur vor, um damit zu sagen, daß man doch aus den Vorgängen der Vergangenheit für die Zukunft unbedingt lernen und zwangsläufige Schlüsse aus ihr ziehen muß, das heißt also, rechtzeitig vorzusorgen. Wenn man rechtzeitig vorsorgt, dann kann man eine Gefahr viel leichter und schmerzloser abwenden als in zwölfter Stunde.

Ich sage dies aber auch, um mit einem System abzurechnen, das leider in den letzten Jahren bei unserer Budgetierung eingerissen ist, das ist das System des Sichbequemmachens, des Auf-die-lange-Bank-Schiebens, der Vogelstraußpolitik, die bei uns betrieben wird. Ich habe die Ernennung eines Finanzministers, von dem ich weiß, daß er unser Budget kennt und daß er auch die Tragfähigkeit der Wirtschaft abzuschätzen vermag, gutgeheißen. Das Erstellen des Budgets nach den alten, ausgetretenen Geleisen ist für die Wirtschaft ruinös. Denn nicht die Bilanz, der Überschuf auf dem Papier ist das Wichtigste, sondern das Entscheidende ist die Frage, ob es möglich sein wird, bei äußerster Schonung der Wirtschaft aus ihr Einnahmen zu erhalten, die diese Ausgaben bedecken. Wir brauchen einen Finanzminister, der den Mut zur Unpopularität hat. Wir brauchen aber auch vor allem leitende Männer in der Finanzverwaltung, die den Finanzminister in dem Bestreben, den Bundeshaushalt rechtzeitig in Ordnung zu bringen, widerstandslos unterstützen, die Verständnis für die außerordentlich schwierige Lage unserer Wirtschaft aufbringen und dem hohen Hause nicht Voranschläge vorlegen, die mit der Wirklichkeit und den Möglichkeiten der Wirtschaft im Widerspruch stehen. Ich habe wiederholt nachweisen können, speziell in meinen Ausführungen im Finanzausschuß, daß das Budget für das Jahr 1931, das uns Finanzminister Dr. Such vorgelegt hat, mit der Lage der Wirtschaft sich im ärgsten Widerspruch befunden hat. Ich will nicht leugnen, daß der Bundesvoranschlag der Regierung Buresch, der leider unter dem Druck des Genfer Diktats und schließlich auf Grund des im Oktober dieses Jahres beschlossenen Budgetsanierungsgesetzes, also letzten Endes dank der Arbeit der Regierung, zustande gekommen ist, ein wesentlich wirklichkeitsnäheres Bild als der

Budgetentwurf des Vorjahres darstellt. Die Ausgaben sind um 300 Millionen Schilling gekürzt, aber trotzdem ist es mehr als fraglich, ob die Einnahmenentwicklung des Jahres 1932 sich den Ziffern anpassen wird, auf Grund deren der Voranschlag mit einem Aktivsaldo von 2,352.500 S abschließt. Wir müssen schon heute damit rechnen, verehrter Herr Finanzminister, daß bei der erschreckenden Schrumpfung der Wirtschaft die Einnahmen weit hinter den Ansätzen zurückbleiben werden, und wir müssen schon heute, und nicht wieder erst bis die Katastrophe schon da ist, unsere Vorsichtsmaßnahmen treffen.

Ich muß daher namens meiner Fraktion den Standpunkt vertreten, daß ein weiteres Sparprogramm, sozusagen ein Sparprogramm der zweiten Linie, aufzustellen ist, auf das wir uns dann zurückziehen müßten, sobald wir sehen, daß ein weiterer Rückzug vor dem furchtbaren Angriff der Weltwirtschaftskrise auf unsere Wirtschaft notwendig ist.

Wir müssen damit rechnen, daß wir gezwungen sein werden, weitere Sparmaßnahmen zu treffen, daß wir unsere Ausgaben um weitere 200 bis 300 Millionen Schilling werden kürzen müssen, wenn eben die Einnahmen nicht vorhanden sind. Denn glauben Sie ja nicht, Herr Finanzminister, daß irgendwelche Erhöhung, sei es von Steuern, sei es von Preisen auf Monopolartikeln, Ihnen irgendwelche Erfolge bringen wird! Es gibt keine andere Möglichkeit als eine Senkung der Ausgaben Seite. Dieser Gedanke, daß wir die Ausgaben Seite weiter werden senken müssen, hat nur für denjenigen etwas Erschreckendes, der unsere Einnahmen- und Ausgabenbearbeitung der letzten Jahre nicht kennt. Ich habe früher gesagt, daß unsere Ausgaben vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1931 um 101 Prozent gestiegen sind und daß wir noch im Jahre 1925 nicht mehr als 1600 Millionen Schilling an Ausgaben aufgewendet haben. Meine Fraktion und ich sind der Überzeugung, daß ein so kleiner und unzulänglicher Staat wie der unserige auf die Dauer einen Ausgabenetat über diesen Betrag von etwa 1600 Millionen Schilling nicht vertragen wird, wenn man nicht unsere Wirtschaft um jede Entwicklungsfähigkeit bringen will. Ich ersuche daher den Herrn Finanzminister, damit mir nicht wieder der Vorwurf gemacht wird, ich hätte das zu spät und überfallsartig getan, schon anläßlich der ersten Lesung — ich glaube, früher kann man es wohl nicht tun — einen Vorschlag zur weiteren Senkung der Ausgaben vorzubereiten. Ich will in diesem Zusammenhang nur an das Beispiel Deutschlands erinnern. Der Bundesvoranschlag ist ja nichts Unabänderliches. Er wird ja gewöhnlich in der Mitte desjenigen Jahres erstellt, das dem, für das er bestimmt ist, vorangeht, zu einer Zeit also, in der die Wirtschaftslage gewöhnlich eine andere und in

unserem Falle, die wir ja gewiß noch nicht am tiefsten Punkte der Wirtschaftsdepression angelangt sind, eine bessere ist. Wenn sich nun mittlerweile die Wirtschaftsverhältnisse ändern, dann soll, womöglich schon am Beginn des neuen Budgetjahres, das Budget dieser Veränderung angepaßt werden. Deutschland macht das. In mehr als einem halben Duzend Notverordnungen wurde bereits das Budget an die immer wieder von neuem sich verändernde und verschlechternde Wirtschaftslage des Deutschen Reiches durch Kürzung von Ausgaben angeglichen.

Eine besonders greifbare Möglichkeit für eine weitere Ausgaben senkung und für weitere Sparmaßnahmen liegt selbstverständlich in der raschesten Durchführung der Verwaltungsreform, die meines Erachtens sofort in Angriff zu nehmen wäre. Die Regierung Ender hat mit der Verwaltungsreform begonnen, ist aber über die Einsetzung eines Generalkommissärs und über Studien über die Verwaltungsreform nicht hinausgekommen. Ich fürchte, daß weitere Kürzungen im Personalaufwand notwendig sein werden, aber wir werden niemals dafür zu haben sein, daß man unseren Beamten weitere Opfer zumutet, solange die Ersparungsmöglichkeiten einer sachlichen Verwaltungsreform, die nicht den einzelnen Beamten in seinen Bezügen trifft, nicht geprüft, realisiert und voll ausgeschöpft sind. Es ist dringend notwendig, daß wir endlich aus dem Stadium der Vorbereitung herauskommen und vom Studium zur Inangriffnahme und Durchführung der Verwaltungsreform übergehen. Die Verwaltungsreform wird überdies Hand in Hand mit einem Abbau der pensionsreifen Beamten gehen müssen, nicht nur weil wir auf diese Weise Ersparungen aus der Differenz von rund 20 Prozent zwischen den Aktivitäts- und Pensionsbezügen machen, sondern weil wir dadurch auch zu einer Verkleinerung unseres hypertrophischen Verwaltungsapparates gelangen können und unsere jungen Beamten so die Möglichkeit haben, nicht zu höheren Bezügen, aber doch zu einem erweiterten Wirkungskreis zu gelangen. Wir müssen also vorausschauende und vorhandene Budgetpolitik treiben und dürfen nicht die Ereignisse an uns herankommen lassen oder gar ihnen nachhinken, so daß wir dann zu überstürzten Maßnahmen gezwungen sind.

Wir brauchen zu diesem Zweck ein neues System, neue führende Männer in der Verwaltung. Wir bedürfen dieser neuen führenden Männer um so mehr, als es auch notwendig sein wird, unser ganzes Steuersystem von Grund auf zu reorganisieren. Die Zahl der Steuern muß endlich verringert, die Steuerveranlagung vereinfacht werden, speziell bei jenen Steuern, wo der Aufwand für die Veranlagung und Einhebung schon in keinem Verhältnis zum Erfolg der Steuer mehr steht. An eine Erleichterung der steuerlichen Belastung der Bevölkerung muß sofort geschritten werden, sobald es die finan-

zielle Lage des Staates irgendwie erlaubt. Wir müssen uns vor allem darüber klar sein, daß die Rückstände an Steuern, die nach dem Berichte eines Montagblattes etwa 250 Millionen Schilling betragen sollen, nicht etwa auf den mangelnden Zahlungswillen der Steuerträger, sondern einfach auf die Unfähigkeit zurückzuführen ist, der Steuer-schuldigkeit gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere vom Bauernstand und vor allem von unseren armen Gebirgsbauern, die bei der jetzigen Wirtschafts- und Abzuckerung immer mehr verschulden — nicht um zu leben, sondern um Steuern zu bezahlen.

Bei der Landbevölkerung spielen nicht die Bundessteuern, sondern vor allem die Realsteuern, die Gemeinde- und Bezirksumlagen — in Niederösterreich zum Beispiel die Bezirksfürsorgeabgaben — eine überragendere Rolle als die Bundessteuern, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß die Warenumsatzsteuer als eine neue direkte Steuer für die Landwirtschaft sehr drückend empfunden wird und daß der falsche Bemessungsschlüssel bei der Einkommensteuer zu beseitigen wäre. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Finanzminister appellieren, daß er hier gerade den vollkommen unrichtigen Bemessungsschlüssel für das Bundesland Kärnten einer gründlichen Revision unterzieht, daß aber auch die Einkommensteuerbemessung für das Jahr 1931 den geänderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßt und gesenkt werden muß. Wir dürfen nicht vergessen, daß im Jahre 1931 die Einnahmen gegenüber jenen der Vorjahre um mindestens 50 Prozent zurückgegangen sind, während die Ausgaben gleichgeblieben sind. Es ist nur selbstverständlich, daß die Forderung nach einer Senkung der Bemessungseinheit der Einkommensteuer für die Landwirtschaft vollauf gerechtfertigt ist.

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch daran erinnern, daß die Schikanen und die Verständnislosigkeit, mit der vielfach untergeordnete Steuerbeamte der Landbevölkerung gegenüber auftreten, viel böses Blut machen. Es ergeben sich draußen auf dem Lande vielfach Fälle, daß beispielsweise Gerichtsvollzieher, wenn sie zur Exekution auf den Hof kommen, Händler, und zwar gewissenlose Händler, mitbringen, die dann dem Bauern, da sich sonstige Käufer nicht einfänden, die gepfändete Ware um die Hälfte, vielfach um ein Drittel abknöpfen. Ich möchte an den Herrn Finanzminister appellieren, daß er dieses unmoralische und eines Staates in jeder Hinsicht unwürdige Vorgehen — da handelt es sich nicht nur um Bundessteuern, sondern auch um Landes- und Gemeindesteuern, die in den meisten Ländern auch die Organe des Staates einheben — aber schon energisch abstellt. Es muß aber auch mit den Steuerezekutionen selbst Schluß gemacht werden, die unseren Bauern das letzte Vieh nehmen und sie von Haus und Hof ver-

treiben. Statt die geschwächte Wirtschaftskraft des Bauern mit der größten Schonung zu behandeln, wird der Bauer vielfach von der Scholle getrieben, obwohl man wissen muß, daß von diesem Bauerntum die ganze Kraft des Volkes und die weitere Entwicklung des Staates abhängen.

Es ist selbstverständlich, daß versiegende Steuerquellen durch andere Einnahmen ersetzt werden müssen, damit der Staat, wenn auch mit aller gebotenen Sparsamkeit, seinen großen Aufgaben gerecht werden kann. Deshalb müssen wir uns in Form von Monopolen neue Einnahmen verschaffen, und deshalb fordert der Landbund die rascheste Einführung eines Monopols für Erdöl, Erdölprodukte und Benzin. Ich verweise bei dieser Gelegenheit auf meinen diesbezüglichen Antrag, den ich gelegentlich der Verabschiedung des Budgetsanierungs-gesetzes gestellt habe und der die einstimmige Annahme des Hauses gefunden hat. Die Monopole müssen jedoch so organisiert sein, daß aus ihnen keine neue Belastung für die Wirtschaft und für die Bevölkerung entsteht. Der Gewinn, den ich mir bei Einführung dieser Monopole für den Staat verspreche, muß vielmehr durch eine rationellere und billigere Organisation des Verkaufs- und Vertriebsapparates, nicht aber etwa in einer Verteuerung des Produktes gesucht und gefunden werden. Auch die Behandlung dieser Finanzfrage haben sich die Herren des Finanzministeriums leider etwas zu leicht gemacht. Wir sind nicht so sehr auf Einwände neugierig, sondern verlangen positive Vorschläge, nicht Negation. Zweifellos gilt auch hier der Satz: Wo ein Wille ist, wird auch ein Weg gefunden werden.

Aber das alles würde wirkungslos bleiben und selbst die größte Sparsamkeit im Bundeshaushalte würde ihren Sinn verlieren, wenn wir nicht unser gesamtes Wirtschaftssystem den geänderten Verhältnissen anzupassen und dem entsetzlichen Schrumpfungsprozeß Einhalt zu tun vermögen. Wenn wir das Trümmersfeld unserer Industrie überblicken, wenn man bedenkt, daß unsere gesamte Forstwirtschaft daniederliegt, und wenn man schließlich sieht, wie der Grundpfeiler des Staates, die österreichische Bauernschaft, schwer um ihre Existenz ringt, ja umzustürzen droht, dann muß es wohl jedem Ein-sichtigen klar sein, daß in erster Linie Maßnahmen zur Erhaltung unserer Wirtschaft notwendig sind. Es gibt keinen geregelten Staatshaushalt ohne eine prosperierende Wirtschaft, denn beide stehen miteinander in einem innigen Zusammenhang. Von allen Parteien dieses Hauses sind hier Anträge zur Belebung und Befruchtung unserer Wirtschaft gestellt worden. Es gibt also niemanden hier im Hause, der nicht die drohende Gefahr begreifen würde. Es ist aber dringende Notwendigkeit, daß in diese Hilfsmaßnahmen ein System gebracht wird. Der Herr Abg. Dr. Bauer hat dieses System Planwirtschaft

genannt. Nun, der Gedanke der Planwirtschaft bedeutet für uns keineswegs etwas Erschreckendes. Auch wir sind der Meinung, daß nach allem, was geschehen ist, das künftige System unserer Wirtschaft auf weiten Gebieten, zumindest während der Zeit der Krise, ein planwirtschaftliches sein wird und daß wir unsere Wirtschaft, vor allem unsere Landwirtschaft, planmäßig auf- und ausbauen müssen. Was uns aber von den Sozialdemokraten trennt, das ist, daß unsere Planwirtschaft einen absolut privatwirtschaftlichen Charakter trägt, während die Planwirtschaft des Herrn Dr. Bauer das bekannte sozialistische Vorzeichen besitzt. Aber das ist gewiß noch kein Anlaß, uns heute in theoretische Erörterungen darüber einzulassen, ob die gegenwärtige Krise nur eine der periodischen Krisen des kapitalistischen Systems oder aber der Anfang vom Ende des Kapitalismus selbst ist. Diese Frage will ich nicht erörtern; über dieses Problem wird ja die Zukunft selbst entscheiden. Wir als Landwirte und Männer von der Scholle lieben Gedanken, die aus dem praktischen Leben der Erfahrung kommen, und wenn wir für die Planwirtschaft etwas übrig haben, so wollen wir zuerst damit anfangen, unsere eigene Arbeit nach einem gewissen Plan einzurichten.

Ich vertrete die Ansicht, daß der Finanzausschuß sofort einen Unterausschuß einzusetzen hätte, der sich mit den Fragen einer Reorganisation unserer Wirtschaft zu befassen und die Anträge, die zu diesem Zweck hier eingebracht worden sind, zu sammeln und zu behandeln hätte. Dieser Ausschuß hätte alle Vorschläge zu prüfen, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, sie eventuell in zweckdienlicher Weise zu ergänzen und das Ergebnis der Arbeit vor das Haus zu bringen. Wenn nun das Ergebnis dieser Arbeit den Charakter einer Planwirtschaft trägt, so kann ich dies nur begrüßen, jedenfalls mehr begrüßen als jene heute chaotische freie Wirtschaft, deren Ergebnis bisher war, daß ihre Führer jahrelang Gewinne ihrer freien Wirtschaft eingesteckt haben, aber dann, als sie vor dem Zusammenbruch standen, zum Staate gelaufen kamen, er solle ihre Verluste tragen.

Damit bin ich bei einer unserer wunden Stellen angelangt, bei der Credit-Anstalt. Hohes Haus, ich muß feststellen, daß die Beschlüsse, mit denen oder auf Grund deren die Rekonstruktion der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Angriff genommen worden ist, unter ganz falschen Voraussetzungen zustande gekommen sind. Ich kann wohl die Behauptung aufstellen, daß das österreichische Parlament vielleicht seit seinem Bestande nicht so mangelhaft informiert war wie in den Tagen des Mai, als das erste Credit-Anstaltsgesetz beschlossen wurde. Wenn man sich die Begründung und die Erläuterung zum ersten Credit-Anstaltsgesetz durchliest, so muß man unbedingt zu der Auffassung

kommen, daß hier Pflichtverletzungen vorliegen. Diese Erläuterungen in B. 126 auf Seite 2 führen eine sehr berebte Sprache. Aus diesen Erläuterungen geht nämlich hervor, daß die Credit-Anstalt dann, wenn der Staat ihr unter die Arme greift, indem er ihr 100 Millionen Schilling an Aktien zur Verfügung stellt, nicht nur die Verluste voll gedeckt hat, sondern daß sie dann gestärkt als eine sozusagen neu belebte Bank, neu belebte Anstalt dastehen wird. Es heißt hier ausdrücklich auf Seite 2 (liest): „Die in den letzten drei Tagen ununterbrochen geführten Verhandlungen der Regierung mit allen in Betracht kommenden Faktoren haben zu einem vollen Erfolg geführt. Unter gleichzeitiger Herabsetzung des Aktienkapitals der Credit-Anstalt um einen der Credit-Anstalt von ihrem Präsidenten zur Verfügung gestellten Aktienposten und des restlichen Aktienkapitals um 25 vom Hundert sollen der Anstalt neue Mittel in einem solchen Ausmaß zugeführt werden, daß der eingetretene Verlust zur Gänze gedeckt und das bisherige Eigenvermögen von 165 Millionen Schilling nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar auf einen zwischen 170 und 180 Millionen Schilling liegenden Betrag erhöht wird.“

Das waren die Informationen, auf Grund deren das erste Credit-Anstaltsgesetz beschlossen wurde. Nun, die damaligen Führer unserer Finanz- und Notenbankpolitik hätten die ressortmäßige Verpflichtung gehabt, Regierung und Parlament vor diesem Abenteuer der Credit-Anstalt zu warnen. Statt dessen haben sie aber mit einer ihnen sonst nicht eigenen Zähigkeit und Entschiedenheit für die Rettung der Credit-Anstalt gekämpft. Wir haben Bedenken geäußert, wir haben gewarnt, wir haben, als wir uns schließlich nach schweren Kämpfen für die Stützung entschlossen haben, energische Maßnahmen von der Regierung in bezug auf die Verschuldensfrage, in bezug auf die Haftung der leitenden Faktoren in der Credit-Anstalt mit ihrem Vermögen gefordert. Wir haben eine Verminderung des Verwaltungsapparates, der heute noch täglich einen Aufwand von 100.000 S. beträgt, verlangt. Ich kann mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß die Regierung Buresch schon weitgehende Besserungen eingeleitet, teilweise auch durchgeführt hat, aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Wir erwarten, daß die Regierung und insbesondere der Herr Finanzminister hier in dieser Richtung seine Pflicht voll und ganz tun werden, daß insbesondere die Regiekosten sofort möglichst abgebaut werden, daß die Verschuldensfrage überprüft und daß das Vermögen der wirklich Schuldigen sichergestellt wird für die Wiederaufrichtung, beziehungsweise für die Gutmachung der Verpflichtungen, die der Bund übernommen hat. Der Herr Finanzminister hat vor einigen Tagen Pressevertretern gegenüber die Bitte

ausgesprochen, sie mögen ihm einige Tage Zeit lassen. Ich bitte Sie vielmals, Herr Finanzminister, wir haben keine Zeit mehr, zu warten. Da ist ein sofortiger Schnitt notwendig. Bei der Credit-Anstalt muß unbedingt Ordnung gemacht werden, denn wir dürfen uns über den Umfang der Belastung des Staates durch die unglückselige Übernahme, für deren Ermächtigung wir zwar gestimmt haben, deren Durchführung aber unser Minister abgelehnt und dies auch durch seine Demission befundet hat, keiner Täuschung hingeben.

Ich bin daher der Meinung, daß die bereits beschlossenen Credit-Anstaltsgesetze keine vollkommen ausreichende legislative Grundlage für die weitere Behandlung dieses Problems sind. Es wird notwendig sein, sie nicht nur zu vereinheitlichen, sondern auch zu ergänzen, vor allem in der Richtung, daß die Möglichkeit geschaffen wird, bei den Konzernindustrien im Sinne einer Verkleinerung und Verrückung des Leitungsapparates einzugreifen. Wir müssen aber auch eine Form finden, durch die die Notenbank die Möglichkeit erhält, die riesige Last der Wechsel der Credit-Anstalt abzuwälzen. Ich glaube daher, daß der Gedanke der Schaffung einer Industriebank, die die Aufgabe der Erhaltung der lebensfähigen Industrien zu übernehmen hätte — natürlich auf kaufmännischer Grundlage —, ernstlich zu erwägen ist. Daß es dabei zur Liquidierung fauler Unternehmungen kommen muß, ist selbstverständlich, aber auch dieser schmerzliche Schnitt kann nicht schnell genug gemacht werden, denn jeder Tag der Verzögerung kostet den Staat unnützes Geld.

Wenn man nun schon über die Credit-Anstalt spricht und die Schuldsfrage aufwirft, so muß man sich bei dieser Gelegenheit unbedingt auch mit der Leitung der Nationalbank beschäftigen. Die Führung unserer Nationalbank in den letzten Jahren, insbesondere aber im Jahre 1931, ist gewiß kein Ruhmesblatt der österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Ich bin mir der Bedeutung meiner Erklärung voll bewußt, wenn ich sage, daß die Notenbankleitung hier vielfach versagt hat, denn sie ist schuld daran — und da nenne ich in erster Linie den Präsidenten der Nationalbank Dr. Reisch selbst —, daß unsere Großbanken in der Nachkriegszeit statt einer einfachen, realen Geschäftspolitik die Politik des Prestiges und des Größenwahns getrieben haben. Diese verfehlte Kreditpolitik, diese verfehlte Bankpolitik versucht man nun heute dadurch wettzumachen, daß man eine schablonenhafte Zinsfußpolitik betreibt, daß man den Zinsfuß fortwährend erhöht und ihn nahezu in einem Jahre auf das Doppelte hinaufgetrieben hat. Die Notenbank nimmt dabei absolut keine Rücksicht auf die Wirtschaft, sie überieht vollkommen, daß sie bei weiterer Verfolgung dieser Politik auch noch das, was von der österreichischen Wirtschaft übriggeblieben ist, zugrunde richten wird.

Nicht nur ist der hohe Zinsfuß für uns vollkommen unerträglich — denn ich frage: Wie soll denn heute ein Gewerbetreibender, ja selbst ein Industrieller oder gar ein Bauer Zinsen bezahlen können, die auf einer Bankrate von zehn und mehr Prozent basieren? Aber nicht nur der Zinsfuß ist unerträglich, sondern die Notenbank richtet durch ihre Politik auch den ganzen Anlagemarkt zugrunde. Wer kauft heute noch Pfandbriefe, 6prozentige oder 7prozentige Pfandbriefe, wenn er durch den Zinsfuß der Nationalbank bei den Kreditinstituten viel höhere Zinsen bekommt? Also nicht nur der unerträgliche Zinsfuß, sondern auch eine vollkommene Unterminierung des Anlagemarktes, des Pfandbriefmarktes, ist mit dieser Zinsfußpolitik verbunden. Die Hypothekenanstalten werden auf diese Weise um jede Möglichkeit, den Leuten Hypotheken gegen 100prozentige Sicherheit zu geben, gebracht. Wenn die Hypothekenanstalten, wie zum Beispiel die neugegründete Steiermärkische Hypothekenanstalt, keine Pfandbriefe verkaufen können — und sie können sie eben nicht verkaufen, weil heute niemand Pfandbriefe kaufen will, weil er anderswo mehr Zinsen bekommt —, wie sollen sie dann den bedürftigen Bauern und Gewerbetreibenden selbst auf Grund der besten Unterlagen Hypotheken geben können? Ich bitte Sie daher, Herr Finanzminister — und das ist meine Kardinalforderung —, alles daran zu setzen, daß die Nationalbank den Zinsfuß endlich ermäßigt, daß sie nicht gegen die Wirtschaft arbeitet, sondern für unsere Wirtschaft, daß also die Bankrate auf ein für die Wirtschaft erträgliches Maß heruntergesetzt wird.

Die genannten Kreditinstitute, die Hypothekenanstalten, denen man gewiß durch Sondermaßnahmen, die dem Herrn Finanzminister zu Gebote stehen, helfen kann, empfehle ich Ihrer besonderen Fürsorge.

In bezug auf die Verringerung der Spanne zwischen dem Einlagezinsfuß und dem Kreditzinsfuß habe ich im Hause einen Antrag eingebracht, dessen dringende Erledigung wir verlangen. Ich habe in diesem Antrag ausgeführt, daß gewiß Gründe vorhanden sind, die in der Nachkriegszeit eine größere Spannung zwischen dem Einlagezinsfuß und dem Kreditzinsfuß rechtfertigen, daß aber diese Spannung trotzdem viel zu hoch ist, daß daher die Regierung die Pflicht hat, alle Mittel zu ergreifen, um diese Spannung zu verringern. Selbstverständlich ist das Primäre die Herabsetzung der Bankrate, und noch einmal möchte ich diese Forderung in der allerentschiedensten Weise an den Herrn Finanzminister richten, alles zu versuchen, um diese Bankrate endlich wieder zum Abwärts gleiten zu bringen.

Nach den Meldungen eines Montagblattes sollen die Bankguthaben der Österreicher in der Schweiz die phantastische Summe von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling betragen. Ich bin nicht in der Lage, diese

sensationelle Meldung auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Das eine ist aber sicher, daß doch sehr namhafte Beträge österreichischer Staatsbürger im Auslande angelegt sind. Es ist Pflicht der Regierung, alles zu versuchen, damit dieses Kapital zurückgebracht und der österreichischen Wirtschaft dienstbar gemacht werde. Wenn auch diese für mich jedenfalls phantastische Summe nicht stimmen dürfte, so ist doch mit Sicherheit anzunehmen, daß ganz beträchtliche Mittel im Auslande eloziert sind und daß mit diesen Mitteln die österreichische Wirtschaft, wenn sie uns zur Verfügung stünden, dauernd belebt werden kann.

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch ein Wort über die Möglichkeit einer inneren Anleihe sprechen. Die Verpflichtungen, die wir dem Ausland gegenüber auf Grund von Verschuldungen nur des Bundes allein jährlich haben, betragen, was Zinsenzahlung und Amortisation anlangt, für das Jahr 1932 rund 306 Millionen Schilling. 100 Millionen Schilling sind allerdings als Tilgung für die Schatzscheinanleihe vorgesehen. Wir haben also 206 Millionen Schilling jährlich an Zinsen an das Ausland zu zahlen, nur soweit es sich um die Bundesschulden handelt; ich lasse dabei die vielen Länderschulden, ja selbst die Gemeindeschulden unbeachtet. Wenn nun unsere Verschuldung an das Ausland bleibt, beziehungsweise gar fortschreitet, so ist damit natürlich eine weitere Auslandsverschaffung verbunden, und es ist sehr naheliegend, daß man trachten soll, diese Auslandsverpflichtungen abzuwälzen. Es hat daher der Gedanke einer inneren Anleihe sehr viel für sich. Aber ich verspreche mir von einer inneren Anleihe nur dann einen Erfolg, wenn eben das im Ausland elozierte Kapital wieder nach Österreich zurückfließt. In Österreich selbst wird nicht so viel Kapital, das man dem Staat zur Verfügung stellen könnte, vorhanden sein. Die meisten, die über überflüssiges Kapital verfügten, sind leider damit ins Ausland geflüchtet. Es wäre höchst an der Zeit, daß sich die Besitzer dieser Kapitalien im Auslande ihrer patriotischen Pflicht erinnern und in der Zeit der Not dem Staate dadurch unter die Arme greifen würden, daß sie der österreichischen Wirtschaft dieses Kapital zur Verfügung stellen. Wie bekannt, bekommen diese Leute im Auslande ja nahezu gar keine Zinsen; vielfach wird sogar behauptet, daß sie Depotgebühren für solche Kapitalien, die beispielsweise in der Schweiz eloziert sind, zahlen müssen. Was ist der Grund, warum die Leute trotzdem ihr Geld draußen belassen? Es scheint dies das mangelnde Vertrauen zum Staate selbst zu sein. Daran ist auch vielfach die Presse schuld. Denn immer wieder hat man in den letzten Tagen die aussehenerregendsten Artikel in den Zeitungen gelesen: Sturz des Schillings! Ein Wunder, daß man nicht schon vom Staatsbankrott usw. geschrieben hat. Daß dann solche Leute, die

über Kapitalien verfügen, nervös werden, darüber darf man sich nicht wundern. Ich will sie aber nicht etwa mit dieser Feststellung verteidigen, ich will vielmehr an sie appellieren — wobei man sie versichern kann, daß von einer Gefahr, daß etwa der Schilling stürzt oder daß sie ihr Geld hier verlieren, keine Rede sein kann —, daß sie ihr Geld wieder der österreichischen Wirtschaft dienstbar machen sollen. Es könnte dann der Zinsfuß bei größerem Angebot sofort wieder gesenkt werden. Dies würde eine dauernde Belebung der österreichischen Wirtschaft bedeuten.

In engerem Zusammenhang damit steht natürlich auch die Devisenbewirtschaftung, die für unsere Wirtschaft, aber auch für die Währung von entscheidender Bedeutung ist. Wir müssen uns klarwerden, daß unser Devisenverbrauch in keinem Verhältnis steht zum Eingang an Devisen. Wir müssen daher rechtzeitig Vorsorge treffen, wenn wir nicht etwa auch hier eines schönen Tages vis-à-vis de rien stehen wollen. Wir verlangen, daß auch für die Devisenbeschaffung ein Plan aufgestellt wird, daß also auch im Devisenverbrauch gespart werden muß, indem vor allem jede überflüssige Einfuhr gedrosselt und die Devisenbewirtschaftung in den Dienst einer aktiven Handelsbilanz gestellt und dadurch auch der Absatz der lebensnotwendigen Artikel, die wir im Inlande massenhaft erzeugen, aber nicht absetzen können, gefördert wird. Wir dürfen vom Ausland nicht mehr einführen, nicht mehr beziehen, als wir wieder durch Ausfuhr bezahlen können. Unsere unsichtbare Zahlungsbilanz, die der Fremdenverkehr sehr günstig beeinflusst — der daher vom Staate und allen seinen Betriebsunternehmungen mit allen Mitteln zu fördern ist —, wird ohnedies kaum ausreichen, um die Auslandsverpflichtungen des Bundes, die Schuldverpflichtungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden zu amortisieren und zu verzinsen.

Ich habe schon früher gesagt, daß ich mir ein aktives Staatsbudget für das Jahr 1932 nur vorstellen kann, wenn es gelingt, die österreichische Wirtschaft und vor allem die österreichische Produktion zu beleben, und ich habe in diesem Zusammenhang die Landwirtschaft als einen Traggpfeiler der österreichischen Wirtschaft bezeichnet und auch kurz über die verzweifelte Lage des Bauernstandes gesprochen. Ich berufe mich in diesem Zusammenhang auch auf die anschauliche Schilderung meines Freundes Striebnig über die Lage der Landwirtschaft gelegentlich seiner letzten Rede in diesem Hause. Es erübrigt sich mir daher, noch einmal festzustellen, daß die Verhältnisse bei uns dadurch unhaltbar geworden sind, daß der Bauer, insbesondere der Alpenbauer seine Viehprodukte nicht mehr an den Mann bringen kann, während anderseits unverantwortliche Leute immer noch Vieh aus dem Ausland beziehen und auf diese Weise unsere Handelsbilanz untergraben. Unsere Forderung,

an der wir unverrückbar festhalten, ist daher, den Viehverkehr auf den bedeutendsten österreichischen Märkten unverzüglich zu regeln, mit dem Endziel, dem österreichischen Bauer eine Absatzmöglichkeit zu auskömmlichen Preisen zu geben. Diesen Zweck erreicht voll und ganz die auf Grund unserer un-nachgiebigen Forderung an die Regierung vom Landwirtschaftsminister eingebrachte Vorlage, betr. die Errichtung einer Viehverkehrsstelle. Wir verlangen die sofortige Verabschiedung und Gesetzwerdung dieser Vorlage und verweisen bei dieser Gelegenheit darauf, daß, wenn es möglich ist, Stützungsgeetze für verkrachtene Banken in einem Tage einzubringen und in zweiter und dritter Lesung zu erledigen, es auch einmal in diesem Hause möglich sein muß, eine Vorlage, die der Landwirtschaft Hilfe und Rettung bringen soll, beschleunigt zu verabschieden.

Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild über die dringenden Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu geben, die meines Erachtens unerlässlich sind, wenn dieses erste Budget der Spar-samkeit kein Torso bleiben und in dieser Zeit der Krise irgendwie seinen Zweck erfüllen soll. Niemand von uns kann dem Volk in Aussicht stellen, daß es an einem bestimmten Tage reich und glücklich sein werde. Wohl aber darf die Bevölkerung, darf vor allem das Landvolk, das heute nicht die Fürsorge des Staates genießt und unter der Not der Zeit am allermeisten leidet, überzeugt sein, daß wir nicht nur den Haushalt des Staates in Ordnung bringen wollen, sondern daß auch der Wirtschaft gegeben werden muß, was sie braucht. Ich appelliere an das hohe Haus; denn wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Von Woche zu Woche steigt die Erbitterung draußen, steigt die Not. Wir stehen vor einem Winter von nie geahnter Schärfe. Gehen wir an die Arbeit! Gehen wir über vom Wort zur Tat! *(Beifall in der Mitte.)*

Damit ist die erste Lesung des Bundesfinanzgesetzes beendet. Die Regierungsvorlage B. 217 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Bundeskanzler Dr. Buresch: Die Herren Abg. Probing, Dr. Foppa u. Gen. haben in der heutigen Sitzung des Nationalrates an die Bundesregierung die Anfrage gerichtet, ob die Zeitungsmeldung, daß dem Heimatblock 400.000 S angeboten worden sind, richtig sei oder nicht. Ich beantworte diese Anfrage sofort wie folgt:

Bei den Verhandlungen, die anlässlich der parlamentarischen Behandlung des Budgetsanierungsgesetzes mit dem Heimatblock geführt worden sind, wurde dem Heimatblock nie irgendein Betrag angeboten. Ich habe die parlamentarische Führung des Heimatblocks auf die Unrichtigkeit der diesbezüglichen Behauptung aufmerksam gemacht und eine Berichtigung verlangt. Die Behauptung, daß das Bundeskanzleramt um die Feststellung ersucht habe, daß dem Heimat-

block vor der Abstimmung über die Sanierungsgesetze von anderer Seite, die an der Abstimmung interessiert sei, Geld angeboten worden sei, ist unrichtig.

Ich gestatte mir, weiter zu bemerken, daß die Bundesregierung Gelegenheit nehmen wird, auf die Anfragen, die in der gestrigen Sitzung des Hauses der Herr Abg. Dr. Danneberg gestellt hat, während der Verhandlungen im Budgetausschuß Antwort zu geben. *(Beifall rechts.)*

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Regelung des Verkehrs mit Schlachttieren, Fleisch und Fleischwaren (B. 219).

Bölzer: Hohes Haus! Der Landwirtschaft und dem einzelnen Bauern, vor allem den Gebirgsbauern, die von der Viehwirtschaft leben müssen, geht es sicherlich sehr schlecht. Der Herr Abg. Tauschitz hat soeben die rasche Verabschiedung des Viehverkehrsgesetzes verlangt. Wir kennen die Not der Gebirgsbauern, wir wissen, daß die Preise auf den Märkten heute 50 bis 90 g für Weinvieh betragen und daß eine riesige Absatzstockung besteht. Ich und meine Partei haben für die Not der Bauern immer Verständnis gehabt und immer zugestimmt — nicht kleinen Beträgen, sondern ziemlich großen Beträgen —, ich erinnere an die 96 Millionen. Es war für uns wirklich keine leichte Sache, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß man solche Summen für die Bauernschaft bewilligen sollte. Aber ich habe noch keinen Bauernvertreter gefunden, der für die Not der Arbeiter Verständnis gehabt hätte *(Widerspruch rechts. — Manhalter: Mit welcher Majorität hätten Sie die sozialen Gesetze durchgebracht?)*, Verständnis gehabt hätte für die Not der Kurzarbeiter, für die Not der Ausgesteuerten. Eine Verlängerung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für einige Monate muß immer bitter erkämpft werden, es müssen der Bauernschaft, den besitzenden Klassen immer Konzessionen gemacht werden, um zu erreichen, daß für die ärmsten Teufel die karge Notstandsunterstützung bewilligt wird.

Wir lesen heute in den Zeitungen, daß in dem berühmten Matrei eine Bürgermeistertagung getagt hat, die beschlossen hat, neben anderen Ausgaben die Ausgaben für die Sozialversicherung, also für die Krankenkassen und für die Unfallversicherungsanstalt, nicht mehr zu bezahlen. Das ist wahrscheinlich auch ein freundlicher Akt gegenüber den Arbeitern? *(Dr. Kneußl: Sie haben kein Geld!)* Das ist in den Zeitungen zu lesen, und wahrscheinlich ist es richtig, weil es in den meisten Zeitungen gestanden ist. Ich muß schon sagen, daß da von einem freundlichen Akt gegenüber den Arbeitern keine Rede sein kann, das ist das Gegenteil davon.

Die Regierung hat eine Gesetzesvorlage über die Schaffung einer Viehverkehrsstelle eingebracht, die

den Zweck haben soll, die Zufuhr von Vieh auf dem Wiener Markt und den größeren Provinzmärkten zu regeln. Meine Herren! Sie brauchen nur unseren Antrag, der gestern angenommen wurde, durchzuführen und Sie sind sofort ein Stück Weges weitergekommen. In diesem Antrag wird verlangt, man solle trachten, eine Viehmästung auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage durchzuführen, weil es nur so möglich und denkbar ist. Das wird der erste Schritt sein, denn es kann sich gegenwärtig nur um den ersten Schritt handeln. Ich bin überzeugt, das Gesetz bliebe auf dem Papier, wenn wir nicht die Devisenbewirtschaftung hätten. Die Devisenbewirtschaftung, der Mangel an Devisen wird Ihnen wahrscheinlich helfen — weil man Auslandsvieh nur sehr schwer bekommen dürfte —, das Weinvieh auf den Wiener Markt bringen zu können. Aber dieser Zustand kann nur kurz andauern, weshalb ich sage, das Gesetz kann nur als erster Schritt gelten.

Es wurde uns in der vorigen Woche hier geschildert, wie die einzelnen Märkte aussehen; daß in Matrei 4000 Stück Vieh aufgetrieben, aber nur 800 Stück verkauft wurden, also 3200 Stück unverkäuflich blieben; in Ruffstein von 290 aufgetriebenen Rindern nur 71 verkauft wurden; daß in Landeck 2550 Stück Vieh aufgetrieben und nur 471 verkauft wurden; in Imst von 2200 Stück nur 397; daß also vier Fünftel unverkäuflich blieben. Ich gebe zu, daß das eine äußerst traurige Erscheinung ist, aber wir würden uns täuschen, wenn wir glaubten, daß sich diese Erscheinung heuer zum erstenmal zeigt. Diese Erscheinung ist — nicht so kraß wie heuer — aber immer zu verzeichnen gewesen. Wenn der Abtrieb von den Almen erfolgt, ist der Auftrieb auf die Märkte größer. Das ist jedes Jahr so, und auch heuer war es der Fall, heuer in verstärktem Maße, was wegen des Futtermangels begreiflich ist. Es ist ganz klar, daß heuer die Bauern viel mehr Vieh auf den Markt bringen, als es sonst, wenn ein gutes Futterjahr war, geschehen ist. Ich gebe zu, daß der Preis 40 bis 50 Prozent des vorjährigen Preises ist, wiederum eine traurige Erscheinung. Aber man würde sich täuschen, wenn man meinen würde, daß das Vieh von den anderen Märkten auf dem Wiener Markt verkauft werden könnte. Der größte Teil davon ist Weinvieh, ein großer Teil ist abgemolfenes Vieh. Ich habe mir erst vorige Woche auf dem Wiener Markt einige Dutzend Exemplare angesehen, und ich kann nur sagen: Gott erbarm, wie das Vieh ausgesehen hat. Ich sage ausdrücklich, nicht alles Vieh, aber ein großer Teil ist so, daß es auf dem Wiener Markt einfach unverkäuflich ist. Das, meine Herren, werden Sie auf einen Schlag nicht ändern können. Es handelt sich hier um eine alte Gewohnheit von Jahrzehnten. Ich will nicht übertreiben und sagen, von Jahrhunderten, aber ich kann ruhig sagen, von Jahrzehnten, seit eben der Mastochs aus Ungarn,

aus Böhmen, aus Rumänien, aus Jugoslawien auf dem Wiener Markt aufgetrieben wird, der wirkliche Mastochs, der so schwer ist, wie in der Regel zwei österreichische Bauernochsen sind, wenn ich auch zugebe, daß die Dualität der österreichischen Bauernochsen sicherlich ausgezeichnet ist; aber das Vieh, das da auf den Märkten aufgetrieben wird, ist zum Großteil Viehvieh, und daher verstehe ich auch, daß es nicht abzusehen ist. Ich gebe auch zu, daß der gegenwärtige Preis kein sonderlich günstiger ist. Vorige Woche hat man mir erzählt, daß Extrem auf 150 S pro Kilogramm Lebendgewicht kommt, Viehvieh Sekunda auf 35 bis 60 g, und daß ist sicherlich nur für Selcher zum Werwurften geeignet, weil es ein Fleisqhauer wirklich nicht brauchen kann.

Sie haben ja, meine Herren, im Vorjahr einen guten Anfang mit den Schweinen gemacht, und ich muß sagen, daß dieser Versuch nicht mißglückt ist. Wenn ich Ihnen die Ausfuhrziffern von 1929 und 1930 vorführen werde, wird sich ja zeigen, daß die Sache wirklich, wenn auch nicht ganz, eingeschlagen hat. Es ist doch eine wesentliche Steigerung von 1929 auf 1930 erzielt worden. Nun geht es bei den Schweinen rascher. Was bei Schweinen in einem halben Jahr zu erzielen ist, kann bei Rindern kaum in drei Jahren erzielt werden, und daher fürchte ich, daß der Weg bei den Rindern etwas langsamer sein wird als bei den Schweinen, obwohl natürlich bei der Schweineinfuhr auch noch viel zu viel für das Ausland übrigbleibt. Wenn ich Ihnen die Ziffern vorführen werde, werden Sie sich sicherlich wundern.

Sie wollen also jetzt, daß die Einfuhr vom Ausland beschränkt wird und die heimische Zufuhr steigt. Ich fürchte nur das eine, daß das Kontingent aus Jugoslawien und aus Ungarn wegen der begünstigten Zollsätze in den Handelsverträgen schwer abzuändern sein wird, wenn wir nicht die ganzen Verträge zerschlagen wollen, was unsere Industrie wahrlich nicht verträgt. Es gibt allerdings angeblich Herren, die sagen: Was haben wir schon von der Ausfuhr? Wenn die Herren um einige hunderttausend Arbeitslose mehr haben wollen, können sie das riskieren. Ich halte es für unmöglich, daß man an den Kontingent etwas ändert. Auch der Herr Minister Dollfuß hat in der vorigen Woche in seiner Rede zugegeben, daß an dem Kontingent sehr schwer etwas zu ändern sein wird, sondern daß man hier nur langsam, tropfenweise Änderungen vornehmen kann.

Der Herr Abg. Kneußl hat heute in der „Reichspost“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er sagt, er fürchte, daß die Maßnahmen überhaupt zu spät kommen. Sie haben ja die Vorlage nur eingebracht, um die Bauernrevolten auf dem Lande zu beschwören. Sie haben Angst, sie werden ungemein von den Heimatschützern bedrängt, aber den Bauern wird das zu langsam gehen. Obwohl ich also die

Sache als ersten Schritt begrüße und für möglich halte, fürchte ich sehr, daß wir damit zu spät kommen. Sie werden damit die Konkurrenz in der Demagogie nicht ausschalten, diese Demagogie — auch die Vorlage ist ein Stück Demagogie — wird Ihnen über die Schwierigkeiten schwer hinweghelfen. Wir müssen verlangen — das stelle ich ausdrücklich fest —, daß an dem Kontingent so lange nichts geändert wird, solange nicht eine entsprechende Zufuhr von Mastvieh aus dem Inland möglich ist.

Des weiteren müssen wir fordern, daß bei Fetteschweinen die Grenze von 150 Kilogramm nicht verschoben wird. Sie wissen, wir sind von 120 auf 150 Kilogramm hinaufgegangen, und es liegt sogar ein Antrag Tauschig vor, der von 300 Kilogramm redet. Wahrscheinlich wird er da ein paar Karitäts-schweine ausstellen. Sie wissen doch selber als Bauern, wieviel Schweine es mit 300 Kilogramm gibt. Wir müssen daher darauf beharren, daß an dieser Grenze nichts geändert wird. Das ist schon wegen der Fettpreise ein billiges Verlangen.

Nun muß ich auf die ungeheure Einfuhr vom Ausland verweisen, die wir beim Rindvieh, und auch bei Schweinen immer noch haben. Ich muß auch feststellen, wie ungeheuer der Konsum speziell in Wien und in den Industrieorten zurückgeht. Dieser Konsumrückgang ist auch mit eine Ursache, daß auf den Märkten so schlecht verkauft wird. Wir haben in allen Industrieorten festgestellt, daß der Konsum zurückgeht. Die Genossenschaft der Fleisqhauer hat festgestellt, daß in Wien der Fleisqhkonsum in den Arbeiterbezirken am stärksten zurückgegangen ist. Selbstverständlich, denn wieviel Arbeiter können sich heute noch ein Fleisqh kaufen? Bei den Kurzarbeitern, bei den Arbeitslosen, bei den Ausgesteuerten gibt es heute überhaupt kein Fleisqh mehr. Das Fleisqh ist auf dem Tisch des Arbeiters heute eine Karität geworden, und es ist daher nur begreiflich, wenn die Genossenschaft der Fleisqhauer feststellt, daß in den Arbeiterbezirken der Konsum an Fleisqh und Fleisqhwaren erschreckend zurückgeht.

Meine Herren! Wir haben an Mastvieh im Jahre 1929 auf den Markt gebracht aus dem Inland 31.050 Stück, aus dem Ausland 87.329 Stück. Sie sehen also: noch immer dreimal soviel ausländisches als inländisches. An Viehvieh wurden im Jahre 1929 auf den Markt gebracht: aus dem Inland 21.082, aus dem Ausland 32.294 Stück, also immer noch um die Hälfte mehr. Im Jahre 1930 haben wir auf den Markt gebracht aus dem Inland 19.703 Stück Mastvieh, aus dem Ausland 74.498. Beim Viehvieh ist es ein bißchen besser: an inländischem wurden aufgebracht 21.228, an ausländischem 16.913 Stück.

Es ergibt sich also, daß im Jahre 1930 gegenüber dem Jahre 1929 8000 Stück ausländisches und 12.000 Stück inländisches Vieh, also im ganzen

20.000 Stück, weniger verbraucht wurden als im Jahre 1929. Das ist also ein ganz exorbitanter Rückgang. Für das heurige Jahr habe ich keine Ziffern, aber ich höre, daß sich die Verhältnisse etwas gebessert haben. Es würde mich nur freuen, wenn das der Fall wäre.

Bei den Fetteschweinen haben wir aus dem Inland — und ich halte das für sehr wichtig, weil ich daraus deduziere, daß es besser werden kann, aber nur langsam — im Jahre 1929 12.000 Stück aufgebracht, im Jahre 1930 47.000 Stück. Wir haben also im Jahre 1930 um 35.000 Schweine mehr produziert als im Jahre 1929. Sicherlich ist das für die Landwirtschaft ein schöner Erfolg, aber in Anbetracht der ungeheuren Einfuhr, die im Jahre 1929 494.370 Stück betragen hat, im Jahre 1930 456.743 Stück — im Jahre 1930 natürlich weniger, weil wir im Inland mehr erzeugt haben —, ist festzustellen, daß wir noch immer das Zehnfache dessen einführen, was wir selber erzeugen. Sicherlich besteht noch die Möglichkeit, die Schweinezucht zu fördern, und ich weiß ja, daß da sehr viele Herren am Werke sind, damit das geschieht; das freut uns, aber deswegen ist das noch kein Grund zu meinen, daß man den Markt jetzt abschnüren kann, denn die Abschnürung des Marktes bedeutet, dem Arbeiter sein Stück Fleisch verteuern. Darüber ist nichts zu reden. Ich bin überzeugt, wenn das Gesetz, das wir heute in erster Lesung behandeln und von dem Sie wollen, daß wir es schnell verabschieden, in Kraft tritt, wird es eine Vertenerung für die Bevölkerung bringen.

Wir werden uns allerdings bemühen, die Giftzähne aus dieser Vorlage so weit als möglich zu entfernen. Ob es ganz gelingen wird, kann ich nicht sagen, weil ihnen das Devisengesetz da leider zu Hilfe kommt. Aber ich muß schon sagen, daß die Landwirtschaft alle Ursache hat, auf die Geschäftswelt, auf die Arbeiter und die Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen. Den Bauern geht es schlecht — den Arbeitern und den Arbeitslosen geht es noch schlechter! Darüber kommen Sie nicht hinweg. (*Lebhafter Beifall links.* — *Pick: Das sind die Konsumenten!*) Ja, das sind die Konsumenten.

Ich habe noch einen Wunsch. Dieses Gesetz beinhaltet schwerwiegende Maßnahmen für den einzelnen Besitzer. Dieser kann nicht mehr über sein Vieh verfügen, wie er es früher konnte, sondern er muß einen Marktschein haben, um das Vieh auf den Markt zu bringen. Es heißt im Gesetz: In- und Ausland. Wie es beim Ausland gehen wird, weiß ich nicht; daß es im Inland geht, weiß ich schon. Ich muß namens meiner Partei hier geltend machen, daß nicht unnütze Schikanen geübt werden und daß die Marktscheine nicht dazu ausgenutzt werden, um manches Parteistückchen zu kochen, um einen mißliebigen Parteigegner . . . (*Thaler macht eine ver-*

neinende Bewegung.) Nun, in der Einfuhrstelle werden schon Ihre Leute dabei sein, schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Minister, als wenn so etwas noch nicht dagewesen wäre, solche Korruptionsgeschichten! Daher fordern wir, daß mit den Marktscheinen so verfahren wird, wie es sich gehört, daß jeder gleich behandelt wird, ob er nun ein Schwarzer oder ein Roter ist; er ist Landwirt und muß sein Vieh auf den Markt bringen. Daher fordern wir Gerechtigkeit in jeder Richtung von Ihnen, von der herrschenden Partei. Wir wissen schon, daß es sich da um ein Amt handelt, aber die herrschende Partei hat das Amt immer in der Hand, und wir haben so manches gehört, daß auch in den Ämtern hin und her geschoben wird. Wenn man aus der Sache etwas machen will, dann müssen Sie Menschen hineinsetzen, die der Sache sympathisch gegenüberstehen, und dürfen nicht durch unnütze Protektion abstoßen.

Ich möchte Ihnen nur noch zeigen, wie ungeheuer der Fleischkonsum nicht nur an Rindfleisch, sondern an Schweinefleisch, Wild, Hühnern usw. in Wien zurückgegangen ist. Es ist einfach erschreckend. Wir haben zum Beispiel im Jahre 1929 einen Gesamtverbrauch an allen Gattungen — es sind etwa 20 — von 135,861.907 Kilogramm gehabt, das ist auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr 73.266 Kilogramm oder pro Tag 20.4 Dekagramm. Im Jahre 1930 war der Gesamtkonsum nur noch 123,154.325 Kilogramm, also um mehr als 12 Millionen Kilogramm weniger, und pro Kopf und Jahr waren es nur 66.856 Kilogramm, pro Kopf und Tag 18.5 Dekagramm, also um 2 Dekagramm pro Kopf und Tag weniger. Wir haben also für Wien Ziffern, die erschreckend sind, nicht nur für uns als Konsumenten, sondern für Sie als Produzenten. Sie haben also gar keine Ursache, über allzu hohe Löhne der Arbeiter zu klagen. Denn ist der Arbeiter konsumfähig, dann kommt dies nur dem Bauern zugute und niemand anderem.

Meine Herren! Wir werden im Ausschusse unsere Abänderungsanträge stellen und werden sicherlich die Interessen der Konsumenten wahrnehmen. (*Lebhafter Beifall links.*)

Zarboch: Hohes Haus! Ich habe heute wieder dieselbe Bemängelung vorzubringen wie bei der Behandlung verschiedener anderer vorausgegangener Gesetze. Ich verweise darauf, daß dieses Gesetz ins Haus gebracht wurde, ohne daß man die Meinung der Kammern eingeholt hätte. Ich stehe unter dem Eindruck, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die den Kammern das Recht zubilligen, sich zu dergartigen Gesetzen zu äußern, einzuhalten sind und daß es nicht angeht, hier im Hause Besprechungen nur mit einem Teil der Interessenten abzuhalten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es neben

diesen Interessenten auch andere Gruppen gibt, die an solchen Gesetzen außerordentlich interessiert sind. Vor allem jene nicht kleine Gruppe, die als Konsumenten bezeichnet wird. Man hätte bei solchen Dingen neben den Handelskammern, die Arbeiter- und die Angestelltenkammern hören müssen.

Das Gesetz, das uns heute beschäftigt, ist, das kann man wohl behaupten, unter dem Druck von Versammlungen zustande gekommen, die in den letzten Tagen in allen Zeitungen geschildert wurden, Bauernversammlungen, in denen die Bauern mit Recht über ihre Not geklagt, in denen sie ihr Schicksal geschildert haben, in denen zum Teil berechtigte Beschwerden vorgebracht wurden, Versammlungen, die wirklich der Not entsprangen, die aber zum Teil — und auch das möchte ich hier feststellen — auf eine planmäßige Verheuzung zurückzuführen sind. Denn es wurde dort manche Forderung aufgestellt, die durchzuführen unmöglich ist, und manche Forderung, von der man deutlich erkennen konnte, welchen Köpfen sie entsprungen ist.

Diese Bauernversammlungen sind gewiß Flammenzeichen, die wir zu beobachten haben. Ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß eine größere Gefahr in den Städten entstehen könnte, wenn die gequälte Bevölkerung in den Städten sich überzeugen müßte, daß hier im Parlament nur Gehaltskürzungen und Maßnahmen getroffen werden, die als Folgeerscheinung eine Verteuerung nach sich ziehen.

Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß dieses Viehverkehrs-gesetz notwendigerweise eine Verteuerung des Fleisches nach sich ziehen müsse. Man hat dieselben Befürchtungen seinerzeit ausgesprochen, als wir den Milchausgleichsfonds machten. Man hat dieselben Befürchtungen bei verschiedenen Zollmaßnahmen, die wir durchzuführen hatten, ausgesprochen. Bisher haben sich die Behauptungen der Agrarier bewahrheitet — das muß objektiv zugegeben werden —, Verteuerungen als Folgen dieser Gesetze sind nicht eingetreten. Es wird uns von den Agrariern jetzt wieder versichert, daß es auch diesmal nicht der Fall sein werde. Hoffen wir, daß sich diese Zusicherungen auch diesmal bewahrheiten.

Nun möchte ich ganz kurz untersuchen, welche Erfolge sich die Bauern von diesem nun vorliegenden Gesetz versprechen. Zunächst haben sie das begreifliche Interesse an der Sicherung des Absatzes und haben den begreiflichen Wunsch nach einer Erhöhung und Stabilisierung des Preises. Und das nächste höhere und wichtige Ziel ist, daß sie sich davon eine Verhinderung der allzu großen Einfuhr erhoffen. *(Zustimmung in der Mitte.)*

Wenn ich gleich mit der Preisfrage beginne, so möchte ich doch darauf verweisen, daß ich bei allen agrarischen Gesetzen, die hier behandelt wurden, immer darauf aufmerksam gemacht habe, daß die

Bevölkerung nicht das Verständnis dafür aufbringt, daß zwischen dem Preise, den der Produzent erhält, und dem, den der Konsument zahlen muß, eine Differenz klafft, die uns bisher nicht verständlich gemacht wurde. Es besteht also die Befürchtung, daß, falls eine Teuerung eintreten sollte, diese Differenz vergrößert wird und daß der Produzent nur jenen Teil bekommt, um den sich die Differenz vergrößert, der Konsument aber vor der Tatsache steht, daß die Differenz zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen wieder vergrößert wurde, ohne daß man ihm erklärt hätte, wodurch diese Differenz überhaupt entsteht. Ich glaube, es ist ganz falsch, wenn sich unsere maßgebenden Stellen in Schweigen hüllen über die Beschwerde, die nunmehr über das Parlament hinaus auch schon in Bauernversammlungen ertönt, daß diese Differenzen zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen unerklärlich hoch sind. Ich habe mit allergrößtem Interesse gestern die Ausführungen der Fleischhauer angehört, die hier ihre Bedenken gegen das Gesetz vorgebracht haben. Die Fleischer verweisen darauf, daß bei Besprechung der erwähnten Differenz von sehr vielen der Vergleich gezogen wird zwischen dem Preis, der für eine alte Kuh, und zwischen dem Preis, der für Mastochsen bezahlt wird. Das Argument stimmt; es ist aber wohl noch festzustellen, daß es heute in manchen Gebieten vorkommt, daß, wenn der Bauer durch irgendeinen Umstand — zum Beispiel im Falle einer ihm drohenden Exekution — in die Zwangslage versetzt wird, ein Stück Vieh zu verkaufen, diese Zwangslage sehr häufig ausgenutzt wird. Da stimmt das Argument von der alten Kuh und dem Mastochsen oft nicht ganz, weil dem Bauer in solchen Fällen tatsächlich sein Vieh abgedrückt wird. Es wird weiter behauptet, daß die Qualität sehr stark zurückgegangen sei. Es war interessant, daß unwidersprochen die Behauptung aufgestellt werden konnte, daß die Mästereien behaupten, daß die Qualität jenes Einstellviehs, das sie zu Mastzwecken übernehmen, nicht mehr jene sei, in der sie es in früheren Jahren, besonders vor dem Krieg, bekommen haben. Diese Dinge müssen wir unter allen Umständen festhalten, weil wir glauben, daß die Versorgung mit Qualitätsvieh doch neben den Maßnahmen, die man zum Schutz und zur Hebung der Landwirtschaft ins Auge faßt, auch im Interesse der Konsumenten liegt.

Es ist weiter eine Tatsache, daß sich bei manchen Bauern die Meinung herausgebildet hat, daß sie, wenn sie — sagen wir — ein Paar Ochsen, die sie durch Jahre zum Zuge verwendet haben, dann, wenn sie vollständig ausgemergelt zum Verkaufe kommen, denselben Preis erzielen können, um den man ein neues Stück Vieh erhält. Das ist natürlich eine ganz falsche Rechnung, und die Leute müssen sich daran zurückerrinnern, daß es früher so war,

daß der Bauer noch etwas draufgeben mußte, um wieder ein gleiches Arbeitstier zu bekommen.

Es wurde gestern auch — ich glaube mit Recht — darauf verwiesen, daß die Fleischhauer und Händler seit jeher darauf aufmerksam machen, daß der Verkauf, insbesondere von Rindvieh, immer zu jenen Zeiten erfolgt, in denen der Markt wenig aufnahmefähig ist. Wir haben gestern Leute aus dem Burgenlande gehört, die gesagt haben, daß insbesondere knapp vor dem Einsetzen der Sommerzeit, wo also die Städter ihre Wohnstätten verlassen, um aufs Land zu gehen, der Verkauf im Burgenland einsetzt, und wir haben gehört, daß gerade im Herbst, wo in den Städten Obst, Geflügel und Wild in größeren Mengen zum Verkaufe gelangen, wo also die Konsumenten einen geringeren Bedarf an Rindfleisch haben, ein Überangebot an Vieh herrscht. Wenn diese Behauptungen Wahrheit sind — und sie wurden gestern nicht widerlegt —, dann ist es allerdings eine Frage der Organisation und es ist klar, daß für diesen Mangel an Organisation nicht andere Kreise auskommen können.

Fest steht auch, daß die Differenz zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis sofort etwas gesenkt werden könnte, wenn die Nebenprodukte bei der Viehschlachtung eine bessere Verwertung fänden. Für Haut und Fett werden so geringe Preise erzielt, daß sie in einem großen Mißverhältnis zu den feinerzeitigen Preisen stehen. Es wäre also schon möglich, eine Senkung dieser Differenz herbeizuführen und zu erzwingen, wenn man von dem Gesichtspunkte ausginge: Kauft österreichische Waren! Das heißt, wenn man den Absatz der inländischen Abfallprodukte so fördern könnte, daß die Fleischhauer dann gezwungen werden könnten, mit dem Preis etwas herunterzugehen.

Sicher ist auch, daß der Fleischkonsum — was mein Herr Vorredner stark unterstrichen hat — zurückgegangen ist. Ich glaube, daß wir dabei folgendes ins Auge fassen müssen: Wenn schon jetzt der Fleischkonsum durch die mißlichen Wirtschaftsverhältnisse zurückgegangen ist, was müßte erst dann eintreten, wenn die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, eine Fleischvertéuerung nach sich ziehen würden? Es könnte dann sein, daß neben der Antialkoholbewegung die vegetarische Bewegung einen so großen Umfang annimmt, daß der Fleischkonsum derart zurückgeht, daß die Folgen dieser Propaganda dann nicht nur in den Fleischbänken, sondern natürlich auch in den Bauernhöfen zu spüren wären. Man soll also auf diesem Gebiete in einer Zeit, wie wir sie jetzt durchmachen, den Bogen nicht überspannen und in dieser wirtschaftlichen Notzeit mit Preissteigerungen unbedingt vorsichtig sein.

Der zweite Punkt, von dem ich früher sprach, ist der Wunsch nach Stabilisierung der Preise. Diesen Wunsch können wohl alle, ob sie Konsumenten oder

Verarbeiter des Produktes sind, in gleicher Weise unterstützen. Wir sind alle an der Stabilisierung des Preises interessiert. Ich möchte sagen, daß die ganze Bevölkerung auch für eine Erhöhung der Preise des Rohproduktes, also in diesem Falle des Viehes ist. Wir wünschen, daß der Bauer aus seiner wirtschaftlichen Not befreit werde, aber Sie werden begreifen, daß der Konsument den Wunsch hat, daß das nicht nur auf seine Kosten erfolge, sondern daß man trachten muß, jene Differenz, die ich heute schon mehrmals angeführt habe, zugunsten des Bauern zu vermindern.

Das Gesetz, das uns heute beschäftigt, ist ein Gesetz, das uns an die Kriegszentralenwirtschaft erinnert, also eine Art monopolistischer Lösung. Wenn wir nicht die Not der Bauernschaft sehen würden, wenn wir nicht die Hoffnung hätten, daß vielleicht dieser Versuch — ich kann es nicht anders bezeichnen als wieder einen Versuch — zu einem günstigen Ergebnis im Interesse der Landwirtschaft führt, dann müßten wir schon aus programmatistischen Gründen diesen Versuch einer monopolistischen Lösung ablehnen. Wir sind keine Anhänger jener Kriegszentralenwirtschaft, deren Auswirkungen wir alle noch lebhaft im Gedächtnis haben. Wir müssen aber zugeben, daß die freie Wirtschaft sich manche Erzeße erlaubt hat und daß in Zeiten der Not, wie wir sie jetzt durchmachen, derartigen Erzeßen ein Riegel vorgeschoben werden muß. Allerdings, wenn es sich — und das muß wohl zugegeben werden — um eine Notmaßnahme handelt, dann müssen und können wir verlangen, daß diese Notmaßnahme zeitlich beschränkt werde. (*Prodinger: Das unbedingt!*) Wir haben eine zweite Notmaßnahme vor ganz kurzer Zeit getroffen, nämlich die Devisenbewirtschaftung, die sehr einschneidend in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eingegriffen hat. Das Gesetz, das uns jetzt beschäftigt, ist eine ähnliche Maßnahme, wir werden insofern verlangen, daß ähnlich wie beim Devisenbewirtschaftungsgesetz auch dieses Gesetz in seiner Wirkung zeitlich begrenzt werde.

Das erste, was sich die Agrarier von diesem Gesetz versprechen, ist eine Verhinderung der allzu großen Einfuhr. Da erinnere ich mich an eine Konferenz, die am 3. September d. J. in der sogenannten „Agrarischen Vereinigung“ in diesem Hause stattgefunden hat. Damals wurde uns geschildert, daß sich die erwarteten Auswirkungen der Zölle nicht einstellen. Wir haben damals insbesondere gehört, daß Polen, Ungarn und auch Jugoslawien die Kontingente, die mit ihnen vereinbart wurden, weit überschreiten. Der Herr Minister hat uns damals mitgeteilt, daß es seinen Versuchen gelungen sei, die Rumänen, Jugoslawen und Polen dazu zu bringen, die Kontingente einzuhalten und so zu verteilen, daß eine Überschwemmung des Wiener Marktes und damit eine Schädigung der Marktpreise in Wien

nicht eintrete. Wenn diese Überfüllung des Wiener und des österreichischen Marktes überhaupt durch Zufuhren aus Ländern, mit denen wir Kontingentverträge haben, andauert, dann müßte es, glaube ich, Mittel und Wege geben, um den Herren klarzumachen, daß solche Kontingentüberschreitungen nicht geduldet werden. Wir haben ein zweites Mittel durch die früher erwähnte zentrale Devisenbewirtschaftung in der Hand, um diesen Überschuß an ausländischem Vieh etwas einzuschränken. Nun wurde mir auf diese Argumente gestern gesagt, daß die Herren aus dem Auslande von uns gar keine Devisen verlangen, sondern sich mit der Schillingzahlung begnügen, ja daß sie sogar so weit gehen, die Güter auf Kredit zu liefern. Ich meine, der Landwirt in Österreich hat an diesem Vorgange keinerlei Interesse. Ob die Herren Rumänen oder Jugoslawen das Vieh nach Österreich auf Kredit oder um Schilling liefern oder ob dafür Devisen beschafft werden müssen, ist für den geschädigten Bauern ganz gleichgültig. Ich meine, daß die österreichischen Landwirte mit aller Energie verlangen müssen, daß unter gar keinen Umständen die Kontingente überschritten werden dürfen.

Ich habe gestern die Frage aufgeworfen, ob denn nicht der bestehende deutschösterreichische Wirtschaftsverband in der Lage wäre, diese Bewirtschaftung ohne ein Gesetz zu übernehmen. Da wurde mir gesagt, der Wirtschaftsverband sei ja nichts anderes als ein Händler, beziehungsweise Kommissionär, und man würde sich auf manchen Seiten höchstens bedanken, wenn er allein die ganze Bewirtschaftung übernehmen sollte. Tatsache ist nun, daß die Verhältnisse heute so stehen, und ich würde dringendst wünschen, daß zu den in der letzten Zeit in verschiedenen Zeitungen aufgetauchten Beschuldigungen im Hause Stellung genommen werde. Man behauptet, daß dieser Wirtschaftsverband an die Stelle der seinerzeitigen Kriegszentrale getreten sei, daß deren Direktoren nun als gewöhnliche Beamte mit ganz hübschen Bezügen bei diesem Wirtschaftsverband tätig seien und eigentlich das Geschäft führen. Das wird behauptet. Weiters wird auch in öffentlichen Versammlungen — das wird natürlich aus den Zeitungen übernommen — heute schon davon gesprochen, daß die n. ö. Landwirtschaftskammer und die Gemeinde Wien in dieser Aktiengesellschaft, die der Wirtschaftsverband darstellt, zu gleichen Teilen vertreten seien, daß also — das ist jetzt die auffallende Schlussfolgerung — eigentlich mit dem Gelde, das zum Teil der Staat für die Bauernkammer in Form von Subventionen und anderen Zuwendungen zur Verfügung stellt, zum Teil die Bauern durch ihre Kammerbeiträge leisten, nicht nur inländisches Vieh eingekauft wird, sondern daß eben dieser Wirtschaftsverband als Kommissionär und Händler auch große Mengen ausländischen Viehes nach Österreich bringe. Diese in den Zeitungen

behaupteten Dinge müssen unter allen Umständen geklärt werden.

Und da taucht in mir eine andere Frage auf: Wozu ist diese Zentrale, die wir jetzt schaffen sollen, notwendig, wenn wir einen solchen Wirtschaftsverband haben? Ist der nicht imstande, so viel aufzubringen, als notwendig ist? Wenn diese Frage bejaht wird, kommt die zweite Frage: Warum ist er dazu nicht imstande? Und wenn er dazu imstande ist, dann ist die selbstverständliche Folgerung, daß wir diese Zentrale, die wir nunmehr schaffen wollen, nicht in die Wege zu leiten brauchen. Es ist notwendig, daß diese Fragen beantwortet werden.

Nun, wir fürchten, daß der Zweck, den dieses Gesetz verfolgt, nicht erreicht werden wird. Wie viele solche Versuche sind schon fehlgeschlagen! Es ist ein grober Fehler, daß jeder solche Versuch, der in der besten Absicht unternommen wird, draußen immer schon als die Rettung des österreichischen Viehzüchters, des österreichischen Landwirtes hingestellt wird. Weil wir ein Mißlingen fürchten oder mindestens nicht sicher sind, daß das Gesetz von Erfolg begleitet sein wird, verlangen wir die Terminisierung. Wir fürchten weiter, daß die Körperschaften, die in dieser Zentrale vertreten sein sollen, nicht im Interesse der Konsumenten jenen Grad von Mitbestimmung und Kontrolle aufbringen werden, den wir im Interesse der Konsumenten verlangen können. Wir haben infolgedessen der Regierung bereits zur Kenntnis gebracht, daß wir verlangen, daß die Konsumenten mitzureden in die Lage versetzt werden. Es kann uns niemand die Gewähr bieten, daß ein Gesetz dieser Art nicht zum Schaden mancher ausschlagen kann. Wir befürchten, daß der Gewerbestand sehr bald Ursache zu klagen haben wird. Um diesen Umständen vorzubeugen, wollen wir die Mitverantwortung jenes Ministeriums, das für die Gewerbetreibenden und für den Handel zuständig ist, und verlangen also, daß neben dem Landwirtschaftsminister auch der Handelsminister bei der Sache mitzureden hat.

Ich habe mich über die Wirkungen des Gesetzes pessimistisch geäußert. Wir wünschen, daß der Erfolg, den sich unsere Bauern von diesem Gesetz versprechen, eintrete, daß er eintrete, ohne eine Schädigung der Konsumenten zur Folge zu haben. Wir werden für das Gesetz stimmen, wenn man jene berechtigten Forderungen, die ich bereits in drei Punkten angeführt habe, zu erfüllen in der Lage ist. *(Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Tauschitz den Vorsitz übernommen.)*

Frau Freundlich: Hohes Haus! Wir befinden uns jetzt in unserer ganzen Volkswirtschaft in einer schweren wirtschaftlichen Not und in einer von Tag zu Tag steigenden Krise. Wenn wir jetzt irgendeine

Maßnahme durchführen, so dürfen wir die Wirkungen eines solchen Gesetzes, das wir hier beschließen, nicht nur beurteilen nach dem Vorteil, den es einem Teil der Bevölkerung bringt, sondern wir müssen es beurteilen nach jenen Wirkungen, die es auf die gesamte Bevölkerung ausüben wird. Wir haben niemals geleugnet, und wir haben sowohl bei den Verhandlungen über die Zolltarife wie bei den verschiedenen Gesetzen — ich erinnere nur an das Gesetz über den Milchausgleichsfonds — immer den Standpunkt vertreten, der landwirtschaftlichen Bevölkerung soll geholfen werden. Wir werden nicht leugnen, daß heute in einem großen Teil der Bauernschaft die wirtschaftlichen Verhältnisse unerträglich und schwierig sind. Wenn wir aber auf dem Standpunkt stehen, den Bauern soll geholfen werden, so wollen wir diese Hilfe für die Bauernschaft nicht in einer Weise durchgeführt wissen, die eine weitere Belastung der konsumierenden und der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen muß. Wir haben zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß nach unserer Überzeugung Mittel und Wege gefunden werden können und müssen, die den Interessen der beiden Bevölkerungsgruppen, der industriellen arbeitenden Bevölkerung und der bäuerlichen Bevölkerung, in gleicher Weise zu dienen imstande sind. Ich weise auf das Programm hin, das unsere Partei vor einigen Wochen veröffentlicht hat. Wir sind die erste Partei gewesen, die zu der Frage, wie man unsere desorganisierte und in schwerer Krise ringende Volkswirtschaft sanieren könnte, Stellung genommen hat. Wir haben konkrete Vorschläge unterbreitet, und an einer der ersten Stellen dieses Programms steht die Frage, in welcher Weise wir eine Vermehrung und Verbesserung und eine größere Leistungsfähigkeit der heimischen Viehwirtschaft erzielen könnten. Wir haben kein Monopol vorgeschlagen, und wenn jetzt vielfach erklärt wird, daß unser Programm abgelehnt werden müsse, weil wir alles monopolisieren wollen, so beweist das nur, daß ein Teil derjenigen, die gegen uns polemisieren, das Programm nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit durchgelesen hat. Wir verlangen kein Monopol für die Bewirtschaftung des Viehs, wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir eine systematische Hebung unserer Viehzucht brauchen, denn die bäuerliche Bevölkerung hat das Recht, von Staat und Wirtschaft und auch von der konsumierenden Bevölkerung zu verlangen, daß sie mithelfen, damit die bäuerliche Bevölkerung die Viehzucht so entwickeln kann und wir einmal imstande sind, den österreichischen Markt in einem hohen Maße selber zu versorgen. Aber, meine Herren, heute sind wir dazu nicht in der Lage. Es hat Ihnen schon mein Kollege Pölzer mitgeteilt, welche Mengen an ausländischem Vieh wir immer noch einführen müssen, obwohl sich, was wir immer anerkennen, der Auftrieb von heimischen Vieh wesentlich gebessert hat. Man kann

eben die Vermehrung des Viehs nicht in einem so raschen Tempo durchführen, als man es vielleicht bei Industrieartikeln kann, bei denen die Aufstellung einer einzigen Maschine schon eine Versorgung der heimischen Bevölkerung mit ungeheuren Warenmengen herbeizuführen imstande ist. Wir brauchen zuerst eine Entwicklung der heimischen Viehzucht, und wenn wir diese Entwicklung erreicht haben, werden wir imstande sein, eine Organisation zu schaffen, die die Einfuhr so regelt, wie es den Bedürfnissen der konsumierenden Bevölkerung entspricht.

Wir haben daher vorgeschlagen, es solle eine gemeinwirtschaftliche Anstalt errichtet werden. Man hat zwar gestern das Wort „gemeinwirtschaftlich“ aus unserem Antrag gestrichen, aber ich glaube nicht, daß die bäuerliche Bevölkerung ein Interesse daran hat, daß die Anstalt keine gemeinnützige Institution ist, denn auch die bäuerliche Bevölkerung hat ein Interesse daran, daß eine solche Institution der Bauernschaft dient und nicht privaten Interessen, und der Unterschied zwischen gemeinwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen liegt ja darin, daß die gemeinwirtschaftliche Organisation den gemeinnützigen und die privatwirtschaftliche Organisation den privaten Interessen, das heißt den privaten Interessen einzelner Menschen, zu dienen hat. Wir glauben nicht, daß sich die Bauernschaft dagegen wehren wird, wenn wir vorschlagen, wir wollen eine gemeinnützige, eine gemeinwirtschaftliche Anstalt errichten, die mithelfen soll, den Aufbau unserer Viehwirtschaft systematisch zu fördern.

Wir stellen uns nun vor, es soll die Aufgabe dieser gemeinwirtschaftlichen Anstalt sein, den Bauern das Vieh, das sie mästen können, zu einem möglichst stabilen Preise abzunehmen, der in einer Relation zu den Preisen der Futtermittel steht, damit der Bauer imstande ist, für sein Mastvieh jederzeit einen geregelten und sicheren Absatz zu finden und auf diese Weise auch immer die Möglichkeit hat, jene Geldbeträge auf die Hand zu bekommen, die er zur Mastung von neu eingestelltem Vieh zu verwenden hat. Sie sehen: das ist keine Monopolwirtschaft, das ist keine Wirtschaft, die mit irgendwelchen Zwangsmaßnahmen arbeiten will, sondern das ist gar nichts anderes als eine Institution, die mithelfen soll, den heimischen Markt aus der heimischen Produktion zu versorgen und die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Meine Herren! Es ist aber etwas wesentlich anderes, was Sie in diesem Gesetze vorschlagen. Sie schlagen vor, diese Einfuhrstelle soll die Einfuhr so regeln, daß nicht mehr Vieh auf den Markt kommt, als Ihren Preiswünschen und Ihren Preisinteressen entspricht. Man wird gewiß, wenn man unsere Regelung durchführt, wenn man also auf dem Wege der gemeinwirtschaftlichen Anstalt und der Hebung der Viehwirtschaft eine Verbesserung der

Versorgung unseres heimischen Marktes herbeiführen will, den Konsumenten ein gewisses Maß von Opfern auferlegen müssen. Das wird nicht immer im gleichen Maße notwendig sein, das wird mit den Schwankungen der Futtermittelpreise zusammenhängen, und bekanntlich schwanken mit den Futtermittelpreisen auch die Gesteungskosten für das Vieh und damit auch die Marktpreise. Wenn wir deshalb die Relation zwischen Futtermittelpreisen und Marktpreisen herstellen, so wird manchmal der Konsument etwas höhere Preise bezahlen müssen, als er bezahlen müßte, wenn die Grenzen vollständig offen wären, das Vieh also ungehindert hereinkönnte und die heimische Zucht nicht Berücksichtigung finden würde, aber er wird niemals zuviel zahlen, denn Angebot und Nachfrage sind geregelt. Deshalb sind wir überzeugt, die Methode, die Sie jetzt vorschlagen, die Einfuhrstelle, die das Recht hat, Zufuhren nur so weit zuzulassen, als sie den Preiswünschen der landwirtschaftlichen Bevölkerung entsprechen, würde eine viel größere Verteuerung herbeiführen als die, die wir vorschlagen. Denn wenn Sie einen Erfolg für die landwirtschaftliche Bevölkerung herbeiführen wollen, dann wird es sich ja nicht nur darum handeln, daß das heimische Vieh gekauft wird, sondern dann werden Sie ja auch ein Interesse daran haben, das heimische Vieh zu möglichst guten Preisen zu verkaufen. Sie werden die Einfuhr nicht nur regeln nach den Bedürfnissen des Marktes, sondern auch nach den Bedürfnissen der Preisbildung, und da wir ja wissen, daß jetzt die bäuerliche Bevölkerung in manchen Teilen Österreichs sehr erregt ist, so werden Sie natürlich versuchen, diese Belieferung so einzurichten, damit eine möglichst unmittelbare Wirkung auf die bäuerliche Bevölkerung ausgeübt wird, das heißt die bäuerliche Bevölkerung soll möglichst schnell von den Wirkungen dieses Gesetzes durch die Preisgestaltung befriedigt werden. Da Sie ja eine außerordentliche Eile haben — Herr Präsident Tauschitz hat sogar gesagt, man habe schon ein Gesetz in 24 Stunden gemacht, warum könne man dieses nicht auch in 24 Stunden machen —, so glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, daß Sie dieses Gesetz weniger aus wirtschaftlichen als aus politischen Gründen so schnell notwendig haben, um nicht nur zu beweisen, daß Sie alles für die bäuerliche Bevölkerung tun wollen, sondern auch durchsetzen können.

Wir möchten da nun auf folgende Tatsachen aufmerksam machen. Schon mein Kollege Pölzer hat darauf hingewiesen, der Konsum an Fleisch und Wurstwaren geht in Wien ständig zurück. Wenn wir die Marktstatistiken anderer Städte zur Verfügung hätten, würden wir dasselbe sehen. Es kann eben eine Bevölkerung, deren Einkommen ständig sinkt — der überwiegende Teil der städtischen Bevölkerung hat ja heute schon ein Einkommen, das unter dem

Existenzminimum liegt —, es kann eine so verelendete Bevölkerung sich eben den Genuß von Fleisch auch dann nicht gestatten, wenn der Preis für Fleisch niedrig ist. Wir geben ohne weiteres zu, daß die Fleischpreise jetzt wesentlich niedriger sind als noch vor eineinhalb oder einem Jahre. Wenn nun eine Teuerung eintritt, so wird das natürlich die Folge haben, daß die städtische Bevölkerung überhaupt nicht mehr imstande ist, Fleisch zu essen, und es wird der Konsumrückgang einen gesteigerten Absatz der heimischen Produktion, der heimischen Viehzucht nicht ermöglichen.

Der Herr Abg. Pölzer hat auch auf die Verpflichtungen hingewiesen, die uns die Handelsverträge auferlegen, bestimmte Kontingente von Jugoslawien und Ungarn nach Österreich einzuführen. Wir werden bei der Behandlung des Gesetzes Wert darauf legen, daß darin ausdrücklich erklärt wird, an diesen Kontingenten soll nicht gerüttelt werden, wir sind entschlossen, die Verpflichtungen, die die Handelsverträge uns auferlegen, restlos durchzuführen. Denn wenn die landwirtschaftliche Bevölkerung jetzt manchmal sagt, unsere Industrie ist ja ohnedies zugrunde gegangen, warum sollen wir Rücksicht auf die Exportinteressen der städtischen Unternehmungen üben, so ist das natürlich ein Fehlschluß. Denn die Not der Bauern kommt ja zum großen Teil daher, daß die städtische Bevölkerung keine Arbeit hat, daß die Arbeitslosigkeit in den Städten steigt. *(Födermayr: Auch umgekehrt! Viele Arbeiter haben keine Arbeit, weil der Bauer nicht mehr kaufen kann!)* Das ist nur für einzelne Industrien richtig. Wenn Sie zum Beispiel die österreichische Metallindustrie nehmen, so kann der Bauer natürlich keine Lokomotiven kaufen. Der Bauer kann auch nicht alle Automobile verwenden, die wir in Österreich erzeugen. Wir haben eine bestimmte Summe von Industrieprodukten, die der Bauer nicht verwenden kann, und für diese Produkte brauchen wir den Export. Wir könnten zum Beispiel heute die landwirtschaftlichen Maschinen für die österreichische Bauernbevölkerung wesentlich billiger herstellen, wenn wir imstande wären, im größeren Umfange zu exportieren. Wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt, so ist das für die landwirtschaftliche Bevölkerung keine Hilfe, sondern eine weitere Verschärfung der Not. Wir müssen daher Wert darauf legen, daß an unseren Handelsbeziehungen nichts geändert wird, daß jeder Gedanke, hier eine Erschwerung bei der Einfuhr der Kontingente herbeizuführen, von vornherein ausgeschlossen sein muß.

Ich möchte aber auch darauf verweisen, wir haben auch Verträge, die nicht in Handelsverträgen gesichert sind. Ich verweise da auf den Vertrag wegen der Einfuhr der polnischen Schweine. Bei solchen Verträgen besteht natürlich die große Gefahr, daß diese Einfuhrstelle mit Unterstützung der bäuer-

lichen Abgeordneten einen Druck auf die Regierung ausübt, damit solche Kontingentverträge gelöst werden. Wir werden deshalb im Ausschuß Wert darauf legen, daß eine Sicherung geschaffen wird, damit an den Kontingenten nichts geändert wird, solange die Handelsverträge und die alten Kontingentverträge bestehen.

Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, daß, wenn wir zu einer Preissteigerung kommen und die Kontingente dann zu höheren Preisen einführen müssen — denn die Preissteigerung auf dem Wiener Markt wird ja nicht nur dem heimischen Auftrieb zugute kommen, sondern wird auch den Kontingenten zugute kommen —, wir dann viel größere Beträge an österreichischen Zahlungsmitteln ins Ausland schicken müssen als bisher. Man hat berechnet, eine ganz geringe Preissteigerung des Viehs würde die Ausgaben für die Einfuhr der verschiedenen Kontingente um einige hunderttausend Schilling steigern. Das würde unsere Zahlungsbilanz und unsere handelspolitische Situation wesentlich verschlechtern, und Sie würden dann nur mithelfen, Ihren Konkurrenten im Auslande einen besseren Preis zu ermöglichen, und Sie würden vielleicht nicht erreichen, was sie erreichen wollen, man wird doch nicht mehr heimisches Vieh in Österreich verzehren als bisher. Man muß bei diesen Maßnahmen wie bei allen Maßnahmen sehr vorsichtig sein.

Außerdem aber halten wir es für absolut notwendig, daß in dieses Gesetz eine Bestimmung eingefügt wird, wann die Lizenzen, die die Einfuhrstelle erteilt, aufzuheben haben. Wir denken uns dabei einen ähnlichen Vorgang wie bei den Bestimmungen, die wir in die Handelsverträge eingebaut haben. Wir müssen gewiß zugeben, daß diese Bestimmungen sich vielfach als außerordentlich nützlich erwiesen haben. Es ist ein großer Vorteil auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung, die wir Konsumentenvertreter bei den Verhandlungen über den Zollsatz durchgesetzt haben. Wenn zum Beispiel der Schweinefettzoll jetzt von 30 auf 10 Goldkronen auf Grund dieser Bestimmungen ermäßigt werden kann, so ist das nicht nur ein Vorteil für die Konsumenten, in weit höherem Maße ist das jetzt ein Vorteil für die landwirtschaftliche Bevölkerung, denn wir bekommen so wenig Devisen zur Einfuhr von ausländischem Schweinefett, daß wir von der Verbilligung, die durch die Zollermäßigung eintreten wird, sehr wenig haben. Aber die bäuerliche Bevölkerung wird dadurch imstande sein, die eigenen Fettschweine, die ja in sehr bescheidenem Maße in Österreich erzeugt werden, weit besser auszunutzen, als es möglich wäre, wenn diese Maßnahme nicht durchgeführt werden könnte, denn unter dem Titel Fleischschweine werden nun auch Fettschweine eingeführt, weil der hohe Fettpreis den Anreiz gibt. Sie sehen, es ist sehr wichtig, daß wir

hier von vornherein feststellen, daß, wenn der Fleischpreis zu hoch wird, jede Verhinderung der Einfuhr aufhören muß, denn wir müssen natürlich verlangen, der Konsument soll in diesem Gesetz soweit als möglich geschützt werden.

Ich möchte Sie nun noch darauf aufmerksam machen, wir finden in diesem Gesetz auch bestätigt, was wir bei den Verhandlungen über den Zollsatz und auch bei den Budgetverhandlungen über das Kapitel Landwirtschaft zu wiederholten Malen festgestellt haben, es war eine falsche Methode, daß Sie Ihr ganzes politisches Interesse, Ihre ganze wirtschaftliche Macht auf den Schutz und die Hebung der Getreidewirtschaft konzentriert und für die Viehwirtschaft niemals jenes Interesse an den Tag gelegt haben, das notwendig gewesen wäre, um auch die Viehwirtschaft zu fördern. Gewiß ist es viel leichter möglich, den Getreidebau zu entwickeln, als die Viehzucht zu steigern und die Ergiebigkeit dieser Zucht für den heimischen Markt zu verwenden.

Wir haben immer darauf hingewiesen, was wir vor allem brauchen, ist eine möglichst starke Entwicklung des Anbaues jener Futtermittel, die wir zur Aufzucht unseres heimischen Viehbestandes notwendig haben. Wir haben dabei immer darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß wir bei der Viehzucht nicht nur an die wirklichen Landwirte denken, sondern auch an die breiten Schichten der Bevölkerung, die auf dem Lande leben, an die Schichten der Kleintierzüchter, an die Häuslerleute, an die verschiedenen Bahnwächter und andere Gruppen der Bevölkerung, die nicht imstande sind, sich ein Rind oder eine Kuh zu halten, die aber doch ein sehr lebhaftes Interesse an der Schweinezucht haben. Wir haben gehört und begrüßen es, es ist in den letzten Wochen möglich gewesen, eine Aktion zur Einfuhr verbilligter Futtermittel durchzuführen. Wir möchten aber sehr energisch an das Landwirtschaftsministerium und auch an die bäuerlichen Vertreter appellieren, bei Verteilung dieser verbilligten Futtermittel nicht nur an die Landwirte zu denken, sondern auch auf die Kleintierzüchter und jene Gruppen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die durch ihre Kleintierzucht und Schweinezucht sehr viel dazu beitragen können, ihre eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. Ich bin vergangenen Samstag bei einer Konferenz in einem steirischen Industriort gewesen, bei der auch Frauen von der ganzen Umgebung anwesend waren. Es war mir nun sehr interessant, zu hören, wie diese Frauen erzählt haben, wenn man in diesen Industriedörfern heute überhaupt noch leben kann, wenn die Bevölkerung, die dort seit vielen Jahren arbeitslos ist, überhaupt noch zu existieren imstande ist, dies vor allem deshalb möglich wird, weil sie imstande ist, durch ihre Schrebergärten, ihre Kleintierzucht und ihre kleine landwirtschaftliche Produktivität, die sie entfalten,

ihre Lebenshaltung doch ein klein wenig zu sichern. Wir möchten darauf hinweisen, daß es sicher notwendig ist, auch diesen Kleintierzüchtern unser Interesse zuzuwenden, und wir hoffen, wenn verbilligte Futtermittel für die landwirtschaftliche Bevölkerung eingeführt werden — man spricht von sehr großen Mengen, man erzählt, daß 800 Waggons eingeführt werden —, von diesen Futtermitteln ein großer Teil, wenn es wirklich 800 Waggons sind, etwa 200 Waggons, für diese Kleintierzüchter bereitgestellt werden.

Die Frage des Fleischkonsums in den Städten ist eine Frage, die aufs engste mit dem Arbeitslosenmarkt zusammenhängt. Wir können zum Beispiel feststellen, in Wien sind 25 Prozent aller Fleischhauergehilfen arbeitslos. Diese Arbeitslosigkeit ist eingetreten, weil der Fleischkonsum sehr zurückgegangen ist. Wenn wir diesen Fleischkonsum durch eine Preiserhöhung noch weiter drosseln, werden wir natürlich eine zunehmende Arbeitslosigkeit in allen fleischverarbeitenden Gewerben und in allen jenen Industrien bekommen, die mit der Verwertung der Nebenprodukte beschäftigt sind. Wir müssen bei der Behandlung dieses Gesetzes auch auf diese Fragen Rücksicht nehmen.

Wir sind, wie das Gesetz heute beschaffen ist, nicht nur nicht imstande, für dieses Gesetz zu stimmen, sondern werden im Ausschuß einen sehr lebhaften Kampf um dieses Gesetz führen. Wenn Sie wünschen, dieses Gesetz soll sehr bald verwirklicht werden, dann werden Sie auf unsere Wünsche und Forderungen Rücksicht nehmen müssen. Es ist nicht möglich, daß wir eine Belastung der Konsumenten zulassen. Wir haben jetzt Verhältnisse in den Städten und Industriorten Österreichs, die viel schlechter sind als die Verhältnisse während des Krieges. Unser Zuckerkonsum ist so zurückgegangen, daß er nicht einmal mehr jene Quanten erreicht, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Zuckerkarte den einzelnen Familienmitgliedern zugebilligt hat. Unser Fleischkonsum geht ständig zurück. Der Brotkonsum ist in Wien um 56.000 Kilogramm täglich zurückgegangen. Die städtische Bevölkerung lebt heute tatsächlich mehr vom Hungern als vom Essen. Sie sagen, draußen auf dem Lande herrscht große Empörung. Ja, glauben Sie, in den Städten ist die Bevölkerung nicht empört? Glauben Sie, die Arbeitslosen, die ihren Kindern kein Frühstück und kein Mittagessen geben können, die bettelnd von Tür zu Tür gehen, um ihren Kindern irgend etwas als Nahrung bieten zu können, sind vielleicht zufriedener als die Bauern? Sie dürfen aber nicht glauben, wir können die Not der Bauern lindern, indem wir die Verzweiflung der Bevölkerung in den Städten ständig vermehren. Wir können heute nicht den einen Teil der Masse der Bevölkerung gegen den anderen ausspielen. Wir sind vollständig bereit, der bäuerlichen Bevölkerung

zu helfen, aber nicht um den Preis, daß die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung noch weiter verschlechtert wird, und wir warnen Sie sehr entschieden davor, den Bogen zu sehr zu überspannen. Es könnten sonst vielleicht die Versammlungen in den Städten noch stürmischer werden als die Versammlung in Windisch-Matrei, und es könnte vielleicht die Empörung der städtischen Bevölkerung für unsere österreichische Gesamtwirtschaft und für unseren österreichischen Staat gefährlicher sein als das, was Sie jetzt draußen erleben. Wir sind bereit, mitzuhelfen, daß auch die Not der Bauern gelindert werde, aber nicht um den Preis, den Sie mit diesem Gesetz von der konsumierenden Bevölkerung verlangen. Wir fordern Sie deshalb auf, mit uns ernstlich über eine Verbesserung dieses Gesetzes zu sprechen, damit wir in dieses Gesetz den notwendigen Konsumentenschutz einbauen, damit wir die verzweifelte, hungernde, zugrunde gehende Bevölkerung der Stadt schützen können. Bei uns gehen die Menschen in den Städten jetzt wirklich an Hunger zugrunde. Lesen Sie doch die Zeitungsberichte, wieviel Selbstmorde sich ereignen, wie viele Menschen sich vor vollende Tüte werfen, wie viele Kinder heute mit in den Tod genommen werden, weil die Eltern nicht mehr imstande sind, den Kindern einen Bissen Brot zu geben. In einer solchen Situation müssen wir hier im Hause versuchen, die Interessen der einzelnen Volksteile gerecht abzuwägen, und wir hoffen deshalb, daß auch Sie bereit sein werden, die Konsumenten so weit zu schützen, als es möglich ist. Dann wird auch die bäuerliche Bevölkerung den besten Erfolg von diesem Gesetz haben. *(Lebhafter Beifall links.)*

Blüchl: Hohes Haus! Vorige Woche hat die Regierung an dem Tage, wo in diesem Hause viel über die Not der verschiedenen Stände und insbesondere des Bauernstandes gesprochen wurde, ein Gesetz vorgelegt, von dem man hofft, daß es helfen soll, die Not der Bauernschaft zu lindern. Ich könnte Ihnen Bauerngestalten aus meiner Heimat vor Augen führen, die entweder die Faust ballen oder aber stummer Verzweiflung unterliegen. Ich will das nicht, denn die Bauern, die wir hier zu vertreten haben, wollen nicht mehr, daß man in diesem Hause viel über ihre Not redet, sondern daß hier gehandelt wird. *(Beifall rechts und in der Mitte.)*

Der Zweck, den dieses Gesetz verfolgen soll, ist erstens einmal der, die Belieferung der Märkte von besonderer Bedeutung, wobei ich erwähne, daß die Märkte, die besondere Bedeutung haben, die Bundesregierung mittels Verordnung bestimmt, in einem dem Bedarf angepaßten Ausmaß zu sichern, das heißt es soll einerseits die Überbelieferung vermieden werden. Man sagt zwar, Vorrat ist ein guter Mann; aber in dem Falle, wenn ein Teil Vieh nicht ver-

kaufte werden kann, ist das nicht gut, nicht gut für den Verkäufer und auch nicht gut für die Preisgestaltung des nächsten Marktes.

Andererseits sagt der § 3, daß eine ausreichende Marktbefriedigung gewährleistet werden muß, also eine planmäßige Belieferung des Marktes eintreten soll; zweitens besagt er, daß die Einfuhr vom Ausland zwar nicht auszuschalten, aber in dem Ausmaß — freilich mit Rücksicht auf die Handelsverträge — zurückzudrängen ist, in welchem die Inlandproduktion steigt, um so der heimischen Landwirtschaft den Markt zu sichern. Zu diesem Punkte möchte ich einige Zahlen bringen, die zeigen, daß nicht nur darin die Ursache des Überangebotes auf den Märkten zu suchen ist, weil, wie es ja ganz richtig ist, der Konsum zurückgeht, sondern diese Ziffern werden Ihnen auch zeigen, wie sehr die Inlandproduktion steigt und damit auch die Inlandanlieferung auf unsere Märkte.

Ich bringe hier vor allem nur jene Ziffern, die sich auf den Wiener Markt beziehen, und zwar bezüglich der Anlieferung von Vieh im Jahre 1931. Im Jänner war pro Markt die durchschnittliche Zahl, die aus dem Inland angeliefert wurde, 904 Stück, die Anlieferung aus dem Ausland betrug 1348 Stück. Im Juni desselben Jahres ist die Zahl der Inlandanlieferung schon auf 1265 Stück gestiegen, also bereits um 33 Prozent mehr, während die Anlieferung aus dem Ausland auf 1199 Stück zurückgegangen ist. Im September dieses Jahres ist die Inlandzufuhr auf durchschnittlich 1381 Stück pro Markt gestiegen. Im Oktober sind zwar die Ziffern noch nicht vollständig abgeschlossen, es dürfte aber nach aller Wahrscheinlichkeit die Inlandanlieferung 1500 Stück pro Markt betragen.

Was die Anlieferung von Schweinen, und zwar im lebenden und gestochenen Zustand, anbelangt, wurde im Jänner des Jahres 1931 die Inlandbelieferung mit 4891 Stück pro Markt beziffert, die Auslandanlieferung stellte sich auf 17.695 Stück. Im Mai ist die Inlandanlieferung von nicht ganz 5000 im Jänner auf 11.144 Stück gestiegen, während die Auslandzufuhr auf 13.815 Stück heruntergegangen ist. Im September — da möchte ich aber bemerken, daß August und September jene Monate sind, wo überhaupt in Wien infolge des Umstandes, daß ja viele Wiener auf das Land gehen, überhaupt ein geringerer Fleischverbrauch zu verzeichnen ist — hat die Inlandzufuhr 7435 Stück betragen, die Auslandzufuhr 8923 Stück, so daß sich also Inland- und Auslandzufuhr in diesem Monate bereits die Waage gehalten haben. Diese Ziffern sind um so beachtenswerter, als man ja bedenken muß, daß im Jahre 1929, also zwei Jahre vorher, der durchschnittliche Marktauftrieb aus dem Inlande 10 bis 50 Stück betrug und im Jahre 1931 auf eine Durchschnittsziffer von 3500 bis 6000 Stück pro

Markt und Woche gestiegen ist. Wenn man dazu noch in Erwägung zieht, daß ja die Inlandproduktion der Landwirtschaft auch die übrigen Märkte versorgt, die, wie früher zum Beispiel auch der Linzer Markt, aus Wien teilweise Schweine bezogen, so ist das ganz gewiß ein beträchtlicher Erfolg und berechtigt die Forderung der Bauernschaft, daß die Auslandszufuhr in dem Maße zurückgedrängt werde, als eben die Inlandzufuhr steigt.

Viertens hat das Gesetz den Zweck — und da spielen wir mit ganz offenen Karten, wir machen gar kein Geheimnis daraus —, den Preis auf eine den Gesteungskosten entsprechende Höhe zu bringen.

Wie stellt man sich nun die Durchführung dieses Gesetzes vor? Das sagt uns der § 1 (liest): „Der Auftrieb von Schlachttieren (Schlachtrindern, Schlachtschweinen, Schlachtkälbern und Schlachtpferden) auf Schlachtviehmärkte von Bedeutung sowie die Befriedigung von Märkten besonderer Bedeutung mit Fleisch der genannten Tiere und mit aus solchem Fleisch hergestellten Waren ist nur mit Bewilligung der Österreichischen Viehverkehrsstelle oder der von ihr hiezu ermächtigten Organe zulässig. Die Märkte von besonderer Bedeutung werden durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates bestimmt.“

Gegen dieses Gesetz gibt es nun allerhand Bedenken. Vor allem kommt man in die Versuchung, sich wieder einen großen und recht umfangreichen Apparat vorzustellen, der da notwendig sein werde, um dieses Gesetz durchzuführen. Das glauben wir nicht. Ich verweise darauf, daß wir ja schon eine ähnliche Einrichtung hatten, und zwar im heurigen Jahre, als diese Prämien gegeben wurden. Auch da hat sich jeder, der Vieh nach Wien geschickt hat, vorher um diesen Schein bewerben müssen, und er hat sich natürlich gerne darum beworben, weil er ja nur auf Grund dieses Scheines seine Prämie bekommen hat. Aber ein ganz besonders großer Apparat war dazu nicht notwendig, und ich glaube schon, daß wir im Ministerium für diese Zentralstelle ein paar Leute übrig haben, und so ist es, glaube ich, auch geplant. Draußen aber können die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften und die verschiedenen Interessentengruppen zusammenarbeiten, und dann wird es gar nicht notwendig sein, einen riesigen Apparat ins Leben zu rufen.

Es wird für diese Stelle auch die Bezeichnung „Zentrale“ gebraucht. Sie ist aber nur insoweit eine Zentrale, als sie eben diese Scheine ausgeben wird. Man darf das jedoch nicht mit der zentralen Bewirtschaftung verwechseln, die wir damals hatten, als von dieser Zentralstelle aus gekauft und verkauft wurde.

Ein weit wichtigerer Einwand gegen dieses Gesetz ist aber der, daß gesagt wird: Das ist ja der erste Schritt zur Planwirtschaft! Nun, hohes Haus, Plan-

wirtschaft ist ein sehr dehnbarer Begriff. Wenn man sich unter Planwirtschaft eine Zwangswirtschaft vorstellt, wie wir sie nach dem Kriege hatten, so weiß ich schon, daß sich der freie Bauer in einer Zwangsjacke, auch wenn sie nicht gar zu eng ist, nicht wohl fühlt. Ich möchte mich vom Standpunkte der Bauernschaft etwas mit der Planwirtschaft befassen, wenn es auch vielleicht zum Teil meine eigene Meinung ist, die ich vorbringe, aber so ganz allein stehe ich mit dieser Auffassung nicht. Meine Herren, ich weiß, daß der Bauer sehr hart um seine Existenz ringen muß, nicht nur jetzt in dieser Notzeit, sondern überhaupt, seine Werkstatt ist ja unter dem freien Himmel, er muß mit den Unbilden und Gefahren von Wetterkatastrophen rechnen, mit Unglück aller Art, seine Arbeit ist schwer und die Arbeitszeit lang usw. — aber eines hat er, worüber er sich freut, was er heilig hält, das ist seine Freiheit. Wenn heute ein Bauer hergeht und das junge Obstbäumchen, das er sich bestellt hat, mit den Ästen in die Erde einsetzt, daß die Wurzeln in die Höhe ragen, dann werden ihn die Nachbarn vielleicht schief anschauen, aber machen könnte er es. Nun aber ist die große Frage: Ist denn diese Freiheit, diese freie Wirtschaft in der heutigen Zeit wirklich noch eine Freiheit für den Bauer, wo rings um ihn Planwirtschaft betrieben wird? Oder ist das nicht Planwirtschaft, wenn die Industrie ihre Kartelle, wenn die Advokaten und Notare und Ärzte ihre Tarife, die Angestellten ihre Dienstpragmatik und die Arbeiter das Koalitionsrecht haben? Von dem Standpunkte der betreffenden Kreise kann ich diese Ihre Forderung voll und ganz verstehen. Da aber der Bauer nicht nur Produzent, sondern zu 80 Prozent auch Konsument ist und daher alles, was er braucht, was er kaufen muß, ihm im Preise vorgerechnet wird, während seine Produkte beim Verkauf der freien Willkür ausgesetzt sind, so kann er sich dieser seiner freien Wirtschaft heute nicht mehr erfreuen. (*Zustimmung rechts.*)

Man sagt hier: Warum organisiert sich dann der Bauer nicht? Warum macht er es nicht auch so wie die Industrie und sagt: Wir geben eben unser Produkt nicht billiger her? Theoretisch läßt sich das wohl, in der Praxis aber schwer durchführen, weil in der Bauernschaft vermeintliche Gegensätze bestehen, auf die ich noch zurückkommen werde, und weil, wenn der Bauer zu solchen Maßnahmen greift, es immer wieder Hecker gibt, die sie wieder hintertreiben. So ist zum Beispiel beim Milchausgleichsfonds an gar nichts anderes gedacht, als was sich verschiedene Industriefunktionen denken, wenn der Absatz nicht mehr da ist. Da gibt der eine Betrieb dem andern eine Prämie, damit der andere weniger erzeugt und der Markt für den ersten gesichert ist. Beim Milchausgleichsfonds ist es ähnlich gedacht. Der Landwirt, der frische Milch abgibt, möge etwas von dem

Preis ablassen — das ist allerdings in der heutigen schweren Zeit ein Opfer —, damit der andere Bauer, der nicht in der Lage ist, Frischmilch zu liefern, und der seine Milch zu Butter verarbeiten muß, die Butter an den Mann bringen kann, in dem Falle an das Ausland. Dadurch ist nicht nur demjenigen, der Butter erzeugt, geholfen, sondern der erste Bauer hilft sich auch selbst, indem der Milchmarkt dem Ruin entgeht. Da gibt es dann Leute, die glauben, sie tun dem Bauern weiß Gott welchen Gefallen, wenn sie solche Bestrebungen hintertreiben. Ich möchte dem betreffenden Abgeordneten, der in einer Versammlung gesagt hat, der Milchausgleichsfonds müsse fallen, nicht raten, in eine Bauernversammlung in meiner Heimat zu gehen, weil dort unsere Bauern schon sehr hart auf den Erlös aus dem Milchausgleichsfonds warten, damit sie die einzige Einnahme, die sie heute noch aus der Butter haben, nicht auch noch verlieren.

Ich möchte aber doch zwischen der Planwirtschaft, wie wir sie uns vorstellen, und der Planwirtschaft, wie die Opposition sie sich denkt, einen Unterschied machen. Hier gehen die Wege schon etwas auseinander. Sie wollen entweder, daß der Staat selbst oder eine staatliche Stelle, wenn Sie sie auch gemeinwirtschaftliche Anstalt nennen, den Kauf und Verkauf durchführt. Sie wollen das Monopol (*Freundlich: Das ist ja nicht wahr!*) Sie glauben daran, Sie glauben an die monopolistische Lösung, und in den meisten Versammlungen wird ja von Ihrer Seite gesagt: Ja, schaut Bauern, wir möchten euch gerne helfen; wenn ihr zum Monopol greifen würdet, dann wären wir sehr dafür! (*Freundlich: Handelsmonopol!*) Ich gebe zu, Sie tun das nicht aus agitatorischen Gründen, es ist Ihre Überzeugung; unsere Überzeugung ist halt eine etwas andere. Wir sagen, dadurch wäre die private Initiative ausgeschaltet, und wir legen Wert darauf, daß die private Initiative nicht ausgeschaltet wird, weil die Erfahrung zeigt, daß solche gemeinnützige Anstalten, besser gesagt, daß solche staatliche Anstalten, daß die staatliche Bewirtschaftung in den meisten Fällen sich nicht gerade so glänzend bewährt hat.

Ich möchte nun das Gesetz auch vom Standpunkt der fleischverarbeitenden Gewerbe etwas betrachten, und zwar so, wie ich als Bauer mir dazu meine Gedanken mache. Und da möchte ich zwischen dem fleischverarbeitenden Gewerbe in der Stadt und dem auf dem Lande unterscheiden. Es wurden hier Befürchtungen ausgesprochen, daß der Schleichhandel wieder einsetzen könnte. Diese Befürchtung habe ich nicht. Warum? Wenn nämlich das Gesetz seinen Zweck erfüllen soll, dann — das habe ich schon gesagt — muß auch der Produzent bessere Preise bekommen, und wenn das der Fall ist, dann wird niemand das Fleisch um billigere Preise im Rück-

sackverkehr verkaufen. Übrigens ist das Fleischhauergewerbe in der Stadt sehr an konstanten Einkaufspreisen interessiert. Es geht natürlich nicht an, daß der Fleischhauer Gefahr läuft — zum Beispiel jetzt infolge der Planwirtschaft beim Geldverkehr durch diese Devisenverordnung —, daß doch eines schönen Tages viel zu wenig Vieh am Markt ist und er daher vielleicht Preise im Einkauf zahlen muß, auf die seine Detailpreise nicht eingestellt sind. Andererseits wird er dann, wenn eine konstante Belieferung des Marktes ihm konstante Einkaufspreise sichert, auch die Möglichkeit haben, solche Detailpreise zu erstellen, daß ihm dann der Vorwurf — ob er jetzt gerechtfertigt ist oder nicht, will ich von dieser Stelle aus nicht untersuchen — nicht mehr treffen kann.

Und nun der Fleischhauer auf dem Lande. Ich weiß es sehr wohl, daß von den verschiedensten Berufsgruppen und aus den verschiedensten Parteilagern den Fleischhuern auf dem Lande schwere Vorwürfe gemacht werden und ihnen vorgerechnet wird, was der Bauer für das Kilo bekommt und was das Fleisch kostet. Ich weiß aber auch sehr wohl, daß es gerade den Fleischhuern auf dem Lande nicht gut geht, und zwar deshalb nicht, weil sie keinen Umsatz haben. Nun und warum nicht? Weil der Bauer selbst schlachtet. Die Hauschlachtungen sind eine Gefahr für das fleischverarbeitende Gewerbe auf dem Lande, und die Fleischhauer selbst müssen sehr daran interessiert sein, daß der Bauer wieder einen geregelten Absatz und demgemäß auch einen seinen Gesehungskosten entsprechenden Preis bekommt. Dann wird der Bauer nicht mehr schlachten, außer wenn eine Notchlachtung erforderlich ist, weil es ihm viel lieber ist, wenn er für sein Stück Vieh ein paar hundert Schilling bekommt, als wenn er sich das Geld schillingweise zusammensuchen muß.

Ich möchte dieses Gesetz auch vom Standpunkte der Viehzüchter beleuchten. Es ist sehr merkwürdig, daß der Nottschrei der Bauern besonders laut aus abgegrenzten Gebieten kommt. Es mag schon sein, daß auch andere Ursachen daran schuld sind, aber sicher ist, daß jene Bauern, jene Viehzucht treibenden Bauern, die Pinzgauer Rinder und Murbodner Rinder züchten, sich in besonders arger Notlage befinden. Wir brauchen uns nur den Export anzusehen, der sich seit dem vorigen Herbst um 6000 Stück Nutzvieh in das Zollaussland vermindert hat, weil eben im Zollaussland der Viehpreis zum Teil noch mehr gefallen ist als bei uns und weil zum anderen Teil auch die anderen Länder das Bestreben haben, ihre eigene Produktion zu schützen und die Einfuhr zu drosseln. Es wird oft gesagt, unsere Bauern erzeugen fast lauter oder zu viel Weinlvieh. Ich gebe schon zu, daß bei den derzeitigen Preisen die Qualität nicht besser werden kann. Ich kann Ihnen ein Beispiel von einem Bauern aus meiner Heimat anführen, der auf ein Paar Ochsen 300 Kilogramm hinauf-

gefüttert hat, aber beim Verkauf 400 S vom Einkaufspreis verloren hat. Ähnliche, vielleicht nicht gar so krasse, aber nicht viel mildere Fälle könnte ich Ihnen hunderte aufzählen. Solche Wurzen, die das Vieh mästen und nicht nur das dann verlieren, was sie für die Mästung an Geld, Getreide und Arbeit aufgewendet haben, sondern außerdem noch weniger einnehmen, als wenn sie das Vieh als Beinvieh vor zwei Monaten verkauft hätten, finden Sie auf die Dauer nicht einmal in den Urwäldern Afriens. (Beifall und Heiterkeit.) Daher wird es ein Schutzgesetz für die Viehzüchter sein, wenn das Gesetz in der Weise seinen Zweck erfüllt, daß das Fertigprodukt der Viehzucht, das Mastvieh, wieder zu einem Preise verkauft werden kann, daß sich das Mästen rentieren wird, so wird man naturgemäß auch wieder größere Mengen Nutzvieh aus den Bergen kaufen und zur Mast einstellen.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf eine Äußerung der Frau Nationalrat Freundlich zurückkommen, die gesagt hat, in Österreich wird der große Fehler gemacht, daß man viel zuviel auf den Getreidebau hält und viel zuwenig auf die Viehzucht. Ich behaupte das Gegenteil. Es ist nicht wahr, man darf keinen Keil zwischen Hörndlbauern und Rörndlbauern treiben. Ich behaupte im Gegenteil: weil der Getreidepreis in den letzten zwei Jahren so niedrig war, daß der Bauer, der Getreidewirtschaft trieb, das Getreide in Österreich nicht verkauft, sondern verfüttert hat, deshalb ist er zum gefährlichen Konkurrenten des Gebirgsbauern geworden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin der Ansicht, daß das ein Trugschluß ist und daß es nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen der Viehzucht treibenden Bauern im Gebirge sein wird, wenn der Flachlandbauer für das Getreide so viel einnimmt, daß er seine Gesehungskosten decken kann. Es besteht aber auch die Gefahr, daß die ganze Kulturförderung — und daß die österreichische Landwirtschaft alle Ratsschläge, die ihr in Wort und Schrift erteilt worden sind, gefördert von Bund und Land, sich sehr zumutze gemacht und die Produktion eine sehr starke Förderung erfahren hat, das wird von keiner Seite bestritten — wieder zerschlagen werden würde. Für einen Staat ist und kann das aber nicht gleichgültig sein, denn noch notwendiger als viel Gold ist es für einen Staat, daß die Bevölkerung genug zu essen hat und daß die Bauern die Menschen des Staates ernähren können. Darauf müssen wir doch, abgesehen von der Handelsbilanz, auch schauen.

Da muß ich wieder auf eine Äußerung zurückkommen, die Nationalrat Pölzer gemacht und die Frau Nationalrat Freundlich unterstrichen hat, indem sie gesagt hat, daß dafür gesorgt werden soll, daß an den ausländischen Kontingenten nicht gerüttelt werde. Es ist natürlich nicht meine Sache, sondern die der zuständigen Stellen, sich darüber

auseinanderzusetzen. Wenn man aber behauptet, daß man im Interesse der Industrie dagegen sein muß, an den Handelsverträgen irgendwelche Änderungen zu versuchen oder neue Handelsverträge abzuschließen — und das behauptet man schon jahrelang —, dann sage ich, daß in einem Lande, welches 700 oder 800 Millionen Schilling Handelsdefizit hat, noch immer genug Kompensationen für die Industrie übrigbleiben, auch wenn man der inländischen Landwirtschaft von diesem Handelsdefizit durch die Handelsverträge 200 oder 300 Millionen Schilling zugute kommen läßt, denn die Bauern werden mit diesen Geldern nicht ins Ausland flüchten, sondern diese Gelder werden hier im Lande bleiben. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Ich bin persönlich der Ansicht, daß dieses Gesetz nur dann zum vollen Erfolge führen wird, wenn man Hand in Hand damit die Handelsverträge nicht nach Summen, nicht nach Kontingenten, sondern nach Bedarfsprozenten erstellt. Wir hoffen, daß mit diesem Gesetz nicht etwa nur die lauten und unwilligen Stimmen, die man jetzt draußen in den Versammlungen hört, gedämpft werden — es ist ja nicht unsere Absicht und gewiß nicht die Absicht der Regierung, nur deswegen das Gesetz zu machen —, sondern daß dieses Gesetz dazu helfen wird, der Not der Bauern wirklich zu steuern. Stimmen Sie für dieses Gesetz, denn wir müssen endlich einmal davon überzeugt sein, daß wir dann, wenn wir dem Bauern aus seiner Not helfen, wirklich dem ganzen Volk aus seiner Not geholfen haben werden. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Thoma: Hohes Haus! Seit vier Jahren beschäftigen sich die Vertreter des Landbundes in diesem hohen Hause mit der Frage einer Regelung des Viehabsatzes. An sich ist es interessant, daß man in einem Staate, in welchem ein Mehrbedarf gegenüber der tatsächlichen Erzeugung besteht, an eine Absatzregelung denken muß. Die letzten Jahre und Monate haben jedoch gezeigt, daß eine Regelung des Absatzes dringend notwendig geworden ist. Wenn wir die Regelung des Viehabsatzes in den Vordergrund rücken, wirft man sofort die Frage auf, inwieweit die österreichische Landwirtschaft in der Lage ist, den Inlandbedarf an Vieh decken zu können. Wir sind heute noch nicht in der Lage, den Bedarf restlos zu befriedigen, aber wenn der Bauernschaft und der Landwirtschaft durch eine entsprechende Preisbildung die Möglichkeit geboten wird, ihre Erzeugung zu verdichten, so wird genau so, wie es in der Milchwirtschaft und Milchproduktion der Fall war, es auch in der Viehproduktion möglich sein, daß wir nicht nur den Bedarf zu decken, sondern darüber hinaus noch einen Überschuß zu erzeugen vermögen.

Die Viehwirtschaft ist für unseren Alpenbauern von einschneidendster Bedeutung. Das ganze Jahr

über, wenn Kapitalmangel im Hause ist, werden die Rechnungen zusammengelegt, um sie zu jenem Zeitpunkt zu honorieren, zu dem die paar Stück Vieh, die im Bestand zum Verkauf als einzige Einnahme zur Verfügung stehen, in Geld umgewertet werden können. Gerade die Herbstzeit ist es, in der nach dem Abtrieb der Landwirt in der heutigen Zeit vergeblich sucht, aus seinen Tieren jene Mittel zu schöpfen, die er braucht, um die Anstürme seiner Gläubiger befriedigen zu können. Die Abmelkwirte, die Händler, die Mäster kommen ins Gebirge, um ihren Bedarf einzudecken. Die jüngst vergangenen Wochen haben nach dieser Richtung hin unserer braven Bauernschaft eine furchterliche Enttäuschung gebracht. Es ist heute und auch in früheren Tagen schon zur Genüge hier in diesem hohen Hause ausgeführt worden, daß Absatzstokungen eingetreten sind, daß die Märkte kein befriedigendes Ergebnis gehabt haben, daß der Verkauf nicht bewerkstelligt werden konnte. Jeder Markt war eine neue Enttäuschung für die, die sich erhofft hatten, auch im heurigen Jahr wieder ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Wenn wir draußen in unseren Sprechtagen Woche um Woche die erschütterndsten Trauerbilder an uns herankommen und vorüberziehen sehen, so erleben wir Dinge, die wirklich ans Herz greifen. Denn wenn Leute, die hoffen, daß sie, wie in früheren Zeiten, mit einem Stück Vieh die Abgaben zu decken vermögen, nunmehr drei Stück Vieh verkaufen müssen und noch eine Restschuld gegenüber der öffentlichen Hand haben, so ist es wohl klar, daß ein solcher Bauer zur Verzweiflung getrieben wird. Nur zu oft erscheint auch der Steuerexekutor, und Kollege Tauschitz hat heute bereits ausgeführt, daß die Art der Exekutionen einfach als untragbar bezeichnet werden muß. Ich habe in den letzten Wochen festgestellt, daß ein Steuerexekutor auf dem Soziusfuß des Motorrades gleich den Käufer mitführt, um zu Unterpreisen dem Bauer das Vieh abzunehmen. *(Rufe: Hört! Hört! in der Mitte.)* Die Bauern und Händler des Gebietes sind so anständig, daß sie zu diesen Exekutionen nicht kommen. Es gibt aber gewissenlose Lumpen, kann man sagen, die die Not der Bauern ausnützen, um auf diese Art und Weise ein gutes Geschäft zu machen. Meine Forderung an den Herrn Finanzminister in dieser Richtung ist, daß dieser Unfug sofort und mit Entschiedenheit abgestellt wird. Es ist untragbar, diese Dinge noch weiter mit ansehen zu müssen oder noch weiter zu dulden. *(Sehr richtig! in der Mitte.)* So weit darf sich der Staat und seine Verwaltung nicht vergehen, daß sie auf diese Art und Weise Enteignung zu Unterpreisen betreiben. *(Sehr richtig! in der Mitte.)* Wenn die Finanzverwaltung auf diesem Wege etwa die Warenabgabe für die Steuerschuldigkeit erreichen will, so könnten wir sofort einverstanden sein, wenn die Preisbildung eine entsprechende

wäre. Wir sind ohne weiteres bereit, dem auf dem Sozialsitz mitgebrachten Käufer das Vieh zu normalen Marktpreisen zur Verfügung zu stellen. Die Preisbildung ist eben das Entscheidende und bleibt das Entscheidende, und wir werden immer wieder fordern, daß man der Arbeit des Bauern auch den entsprechenden Lohn gibt.

Es liegt uns nun ein Gesetz vor, das, wie ich schon ausgeführt habe, den Absatz und die Preisbildung regeln soll. Man hat uns nun vorgehalten, daß dieses Gesetz deswegen einen großen Mangel aufweist, weil die österreichische Landwirtschaft nicht in der Lage ist, dem Konsum die entsprechende Viehqualität zur Verfügung zu stellen. Ich bestreite die Richtigkeit dieser Behauptungen, weil ich mit anderen Tatsachen zu dienen vermag. Die Qualitätsware kommt deshalb nicht aus den Stallungen der Mäster, weil ihnen eine unmögliche Preisbildung den Umsatz ihrer Tiere nicht gestattet. Wenn wiederum einmal eine Preisbildung zustande kommt, bei der auch der Mäster seinen entsprechenden Lohn für die eingekaufte Ware und für den Mastaufwand erhält, dann wird im raschen Umsatz auch in diesem Staate gewiß die erste Qualität in derselben Menge vorhanden sein, die der Konsum erfordert. Und wenn nun etwa einige Monate hindurch diese Qualität, sagen wir, nicht 100prozentig beizustellen ist, die der vielleicht etwas verwöhnte Magen einzelner fordert, so könnten wir das doch damit rechtfertigen und dadurch ertragen, daß wir eben in einer Zeit der harten Not leben und daß wir uns in dieser Zeit der harten Not auch einmal mit etwas billigeren Forderungen begnügen müssen.

Tatsache aber ist und bleibt, daß die Frage der Qualitätsbeschickung unserer Märkte und der Qualitätsbefriedigung des Konsums einzig und allein von der Preisbildung abhängt. Der Preis soll nicht über einen Ersatz der Produktionskosten, einen bescheidenen bürgerlichen Gewinn eingeschlossen, hinausgehen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß dadurch, daß man dem Produzenten wieder einen entsprechenden Preis einräumt, schon automatisch der Konsumpreis erhöht werden muß. Wenn wir sehen, daß Schweine auf dem Markte um 90 g verkauft werden, wenn der Produzent 90 g für das Kilogramm Lebendgewicht erhält, der Fleischauger um 3 S 60 g das Fleisch weitergibt und letzten Endes der Schweinebraten in der Delikatessenhandlung 10 S pro Kilogramm kostet, so sind das Differenzen, die unserer Auffassung nach eine Regelung vertragen. Wenn man dem Urproduzenten, der Arbeit, Mühe, Sorge, Fleiß und Risiko trägt und einen großen Aufwand zu bestreiten hat, nicht einmal seine Kosten erheben will, dann würde sich mit der Zeit die Produktion aufhören. Das Hinaufschieben des Produzentenpreises auf eine Relation, wie wir sie etwa vor einem oder zwei Jahren

gehabt haben, würde noch lange nicht beinhalten, daß der Konsum hierdurch auch nur irgendwie eine außertourliche Belastung erfährt.

Aber auch auf einen anderen Umstand möge noch hingewiesen werden. Die Verarbeiter und die Weiterverarbeiter von Fleisch führen an, daß sie von drückenden Abgaben belastet werden. Könnte nicht auch in der Richtung eine Entlastung des Konsums Platz greifen? Ich werfe diese Frage in dem Bewußtsein auf, daß sie eine große Frage ist, aber auch in dem Bewußtsein, daß man hier Hand anlegen könnte, um die Befürchtungen zu beseitigen, die in der Richtung der Konsumpreiserhöhung immer und immer wieder ausgesprochen werden.

Ein weiteres Mittel, den Produzentenpreis zu heben, ohne den Konsumpreis zu erhöhen, wäre auch, uns dafür zu interessieren, wie die Futtermittel, die die Produktion von Qualitätsvieh erst ermöglichen, preislich liegen. Wir konnten in der letzten Zeit feststellen, daß mit dem Eintritt der Devisenbewirtschaftung die Futtermittelpreise automatisch in die Höhe geschossen sind, nicht etwa, weil die Futtermittel im Preise gestiegen sind, sondern weil eine Verknappung der zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel eingetreten ist und daher gewisse Kreise es für notwendig befunden haben, die Preise sofort hinaufzusetzen. Wir haben kein Interesse an hohen Futtermittelpreisen, und wenn wir alle zusammenhelfen, um jene Maßnahmen herbeizuführen, die ein Niederhalten dieser Preise ermöglichen, so werden wir damit auch die Grundlagen für eine billigere Produktion und damit die Grundlagen für einen auskömmlichen Produzentenpreis und einen gleichbleibenden Konsumentenpreis schaffen können.

Wir haben die Forderung nach Errichtung einer Viehwirtschaftungsstelle energisch erhoben und sind auch bereit, diese Forderung ebenso energisch bis zu ihrer Durchsetzung zu vertreten. Es ist gestern im Parlament ein Antrag angenommen worden, eingebracht von der sozialdemokratischen Partei, welcher ebenfalls in seinen Grundtendenzen darauf hinausgeht, Absatz und Preisbildung zu regeln. Die Grundtendenzen sind die gleichen, die Wege, die der vorliegende Antrag, und die, die der gestern beschlossene Antrag gehen, sind verschieden. Man wird sich durch Beratungen über den Weg jedenfalls einigen können. Dann werden die Ziele die gleichen bleiben, daß wir unserer Produktion einen auskömmlichen Preis geben, ohne dadurch den Konsum stärker zu belasten, dann werden wir vor allen Dingen, und das ist das Wesentliche, den Absatz für unsere Produkte, den Absatz für das Vieh unserer Gebirgsbauernschaft zu garantieren vermögen.

Der Herr Abg. Dr. Kneußl hat heute, wie ich in der „Reichspost“ lese, eine Äußerung gemacht, die auch schon einmal im hohen Hause zitiert wurde.

Er gibt der Meinung Ausdruck, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen zu spät kommen. Ich bin nicht dieser Ansicht, sondern ich bin der Meinung, wenn diese Maßnahmen im Wege eines Sofortprogramms, also morgen und übermorgen, hier im Hause zum Beschluß erhoben werden, daß sie für Tausende und aber Tausende von Bauern wenigstens zum Teil noch zurechtkommen und noch manches zu reparieren vermögen, was in der letztvergangenen Zeit verabsäumt worden ist.

Der Abg. Bölzer hat unter anderem erklärt, daß kein Bauernvertreter Verständnis für die Not der Arbeiterschaft aufbringe. Ich möchte diese Äußerung zurückweisen. Gerade die Bauern lassen ja draußen auf dem Lande Tag um Tag praktische und materielle Unterstützung jenen Arbeitslosen zuteil werden, die an ihre Türen klopfen und die nie umsonst angeklopft haben, die mit Nahrung und auch mit Kleidungsstücken versorgt weggehen (*Zustimmung*.) Die Leistungen, die hier vollführt werden, sind ungeschrieben, sie können auch nicht erhoben werden, aber sie sind sehr bedeutend. Ich kann davon aus meiner eigenen Wirtschaft ein Vieblein singen. Man möge diesen Angriff also nicht gegen die Bauern richten, die ohne Zweifel hier eine ständige Last, außerhalb ihrer offiziellen oder öffentlichen Lasten, übernommen haben.

Es wurde weiter erklärt, daß es den Bauern schlecht, den Arbeitslosen aber noch schlechter gehe. Nun, der Arbeitslose, der die Arbeitslosenunterstützung erhält, ist wesentlich besser gestellt als Tausende von Gebirgsbauern, die nicht einmal über dieses Mindesteinkommen verfügen. Unterkonsum und Überarbeit erhält diese Braven, sie arbeiten willig und freudig, aber nur in der Hoffnung, daß auch für sie in diesem Parlament entsprechend vorgesorgt wird. Tausende von Gebirgsbauern blicken in diesen Tagen auf die Arbeit des Parlaments, Tausende erhoffen sich von dem zur Verhandlung stehenden Gesetzentwurf, was ich schon wiederholt gesagt habe, was ich aber nie zu oft sagen kann, daß ihnen der Absatz und eine entsprechende Preisbildung für ihre Produkte gesichert werde. Trachten wir, ich bitte alle Parteien dieses hohen Hauses darum, daß wir den Glauben dieser Braven nicht enttäuschen. Stehen wir alle zusammen in dem einen Willen, daß wir als Volksvertreter und als Volksparlament auch die Rechte jener wahren und gewahrt wissen wollen, die draußen als brave Staatsbürger stets ihre Pflicht getan haben.

Aber nicht nur das Parlament hat eine Pflicht, auch die Regierung wird eine große Pflicht übernehmen, wenn sie an die Durchführung des Gesetzes geht, und meine Bitte und meine Forderung geht heute schon an die Regierung, bei der Handhabung des Gesetzes und der Verordnungen so vorzugehen, daß hieraus das entsteht, was wir haben

wollen: Die Sicherung der Zukunft des bravsten Teiles unserer Bevölkerung, unserer Gebirgsbauernschaft. (*Beifall bei den Parteigenossen*.)

Manhalter: Hohes Haus! Da ich selbst in diesem hohen Hause vor einigen Monaten der Antragsteller auf Einführung einer Vieheinfuhrstelle war, halte ich mich für verpflichtet und berechtigt, über dieses Gesetz hier einige Worte zu verlieren. Was wollen wir von dem Gesetz? Wir wollen mit dem Gesetz erreichen, daß der Markt — und wir haben hier in allererster Linie den Markt von Wien im Auge — aus seiner derzeitigen Anarchie, aus der Anarchie der Beschickung, erlöst und stabilen Verhältnissen zugeführt wird. Derzeit sind die Verhältnisse so, daß die Preisbildung ganz anarchisch vor sich geht. Ein Markt ist mit 2700, 2800 Stück überfüllt, der nächste Markt bringt wieder nur 1500 und 1700 Stück; es zeigen sich Preisschwankungen, von denen der Konsument nichts hat, während der Bauer der Leidtragende ist, weil immer nur die Preise jenes Marktes, der überfüllt ist, draußen auf dem Lande zur Auswirkung kommen.

Es sind im Laufe der Debatte von den verschiedenen Rednern Einwendungen erhoben, es sind Forderungen aufgestellt worden, die ja im Ausschuß dann jedenfalls zur Debatte kommen werden und deren Niederschlag sich ja dann bei der Fertigstellung des Gesetzes zeigen wird. Auf einige Einwendungen muß ich aber zurückkommen. Richtig ist, was der Kollege Bölzer gesagt hat, daß derzeit die Qualität des auf den Markt kommenden Viehes eine nicht entsprechende ist. Nämlich im großen Durchschnitt. Ich will hier nicht generalisieren, aber ich muß selbst als Fachmann sagen, daß der Großteil der auf den Wiener Markt gebrachten Tiere nicht jene Qualitäten aufweist, die der Wiener Einkäufer, der Verbraucher verlangt. Und es ist hier noch eine große Aufgabe der Landwirtschaft und ihrer Führer zu verrichten, nämlich unseren Leuten die Überzeugung beizubringen, daß es notwendig ist, Verbesserungen in den Qualitäten des anzuliefernden Viehes zu schaffen.

Es ist hier auch vom Herrn Kollegen Zarboch erwähnt worden, daß bei der Enquete der fleischverarbeitenden Gewerbe und bei der Enquete der Viehhändler und Kommissionäre, die gestern in diesem Hause getagt haben, darauf hingewiesen wurde, daß auch schon seitens jener Mäster, die die Aufgabe haben, das Vieh fertig zu mästen, Klagen vor kommen, daß schon das Einstellvieh nicht jene Qualitäten aufweist, wie es seinerzeit der Fall war. Ich möchte auch hier darauf erwidern, daß vielleicht heuer infolge der außergewöhnlichen Verhältnisse, infolge der Futternot, auch bei dem Einstellvieh ein Absinken der durchschnittlichen Qualität zu beobachten ist. Ich muß auch ganz offen und ehrlich sagen,

daß ein Teil gerade der in den Alpenländern gezüchteten Viehassen — ich habe hier das alpine Grauvieh im Auge — für diesen Zweck wenig geeignet ist und auch ungern genommen wird, daß sich also auch hier Tendenzen durchsetzen müssen, die eine Verbesserung in der Haltung und Herstellung der Rassen nach sich ziehen.

Es wurde auch die Frage angeschnitten, daß man dieses Gesetz dazu benutzen wird, um den Markt zu droffeln. Das ist bestimmt nicht beabsichtigt. Ich habe in meiner Rede im Parlament vor einigen Tagen gesagt, daß wir Agrarier mit vollkommen offenen Karten spielen. Wir leugnen gar nicht, daß wir in der Zukunft als Endziel dieses Gesetzes vor Augen haben, die Einfuhr von ausländischem Vieh vollständig unterbinden zu können, weil wir überzeugt sind, daß es uns möglich ist, den gesamten Bedarf an Schlachtvieh im eigenen Lande erzeugen zu können. Was das für die Handelsbilanz bedeutet, brauche ich niemanden, der sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse kümmert, zu erzählen. Ist es möglich, daß wir diese Anzahl erzeugen können? Ich habe hier den Ausweis der ersten sieben Monate dieses Jahres, aus dem hervorgeht, daß in den korrespondierenden ersten sieben Monaten des vorigen Jahres die Anlieferung aus dem Inlande auf den Wiener Markt 27 Prozent des Gesamtbedarfes ausgemacht hat, daß sie aber in den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres auf 44 Prozent des Gesamtbedarfes des Marktes gestiegen ist. In den letzten Wochen ist die Anzahl der Anlieferung noch weiter gestiegen, so daß wir am Schlusse des Jahres ganz sicher mit mehr als der Hälfte der Deckung des Bedarfes die Bilanz des Marktes für heuer werden abschließen können. Bei Schweinen betrug die Inlandbelieferung in den ersten sieben Monaten des Vorjahres 6,8 Prozent, sie ist auf 23 Prozent gestiegen, das ist, in Stückn ausdrückt, von 29.000 im vorigen Jahre auf 136.000 in den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres. Sie sehen, daß die Möglichkeit, den Markt mit heimischem Vieh ausreichend zu decken, gegeben ist. Dieses Gesetz soll uns dazu verhelfen, durch die Regelung der Zufuhren einen stabilen und wie wir auch nicht leugnen wollen, ausreichenden Preis zu erzielen, der es unseren Bauern ermöglicht, die Viehproduktion fortzusetzen.

Ein Redner — ich glaube, es war der Kollege Zarboch — hat die zeitliche Begrenzung dieses Gesetzes verlangt. Ich möchte zu diesem Verlangen folgendes sagen: Niemand in diesem Hause und in Österreich kann sagen, wann der Notstand in der Landwirtschaft aufhören wird. Wenn der Notstand in der Landwirtschaft aufhört, wenn es sich durchgesetzt hat, daß der österreichische Bauer allein der Belieferer des Wiener Marktes ist, wenn wir Zustände haben wie in der Schweiz und in Dänemark, dann ist die Zeit da, in der wir dieses Gesetz

entbehren können, in der uns an diesem Gesetz nichts weiter mehr liegen wird.

Die Bemerkung, daß die Regierung die sogenannte Kontingentüberschreitung verhindern soll, muß ich richtigstellen. Was sind denn Kontingente? Hat denn unsere Regierung Vieferungskontingente oder Zollkontingente abgeschlossen? Die Regierung hat Zollkontingente abgeschlossen, das heißt daß gewisse Rinderkontingente zu einem niedrigeren Zoll als andere Rinder eingeführt werden können. Aber die Einfuhr von Rindern zum autonomen Zoll kann nach dem bestehenden Gesetze niemanden verweigert werden. Wir müssen aber — und da möchte ich den betreffenden Herrn bitten, uns Gefolgschaft zu leisten, wir werden einen solchen Antrag sehr gerne einbringen — auf Grund der bestehenden Zollgesetze die autonomen Zollsätze für Vieh so erhöhen, daß eine Einfuhr über das begünstigte Kontingent hinaus wahrscheinlich nicht leicht stattfinden wird. Also ich bitte hier nur um Unterstützung.

Zum Schlusse meiner Rede möchte ich mich mit jenen Einwürfen oder Vorhalten befassen, die gegen den Wirtschaftsverband auf dem Wiener Markte vom Herrn Kollegen Zarboch erhoben wurden. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, diese Verhältnisse einmal zu schildern und klarzustellen. Der Wirtschaftsverband ist der Nachfolger der seinerzeit von Dr. Queger gegründeten Großschlachtereie und ist eine Aktiengesellschaft, die auf Grund der alten Statuten die ausreichende Belieferung Wiens mit Vieh und Fleisch bezweckt. Queger hat diese Vereinigung seinerzeit gegründet, um einen Druck auf Ungarn auszuüben und die ungarische Einfuhr zu droffeln. Diese Handelsvereinigung gehört zu 50 Prozent der Stadt Wien, also den Konsumenten, und zu 50 Prozent den Landeskulturräten und Kammern von Österreich. Beide Gruppen entsenden paritätisch ihre Vertreter in diese Gesellschaft, deren Vorsitzender zu sein ich momentan die Ehre habe. Wenn hier behauptet wird, daß in diesem Wirtschaftsverband die Direktoren der seinerzeitigen Kriegszentrale beschäftigt werden, so kann ich den Antragsteller beruhigen: Es ist auch nicht ein einziger Beamter oder Angestellter der seinerzeitigen Kriegszentrale beim Wirtschaftsverband angestellt oder beschäftigt. Die Bezahlung der Direktoren — wir haben nur drei, nämlich 1 Direktor und 2 Abteilungsleiter, die den Einkauf und den Verkauf leiten — erfolgt nicht in einer abgemessenen Summe, sondern sie sind mit Erfolgsbeteiligungen an dem Erfolg des Geschäftes beteiligt. Das Erträgnis des Wirtschaftsverbandes wird statutengemäß vom Verwaltungsrat für zwei Zwecke verwendet: Zur Verbilligung der Lebensmittel für die Konsumenten und zur Förderung der heimischen Landwirtschaft. Da die Durchführung einer Verbilligung der Lebensmittel in der letzten Zeit nicht notwendig war — es

sind aber einigemal seitens der Konsumentenvertreter solche Aktionen verlangt und auch durchgeführt worden —, erübrigt sich nurmehr die Förderung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produktion, und hier hat der Wirtschaftsverband seine statuten-gemäßen Aufgaben vollständig genau erfüllt. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß dem Wirtschaftsverband niemals auch nur ein Kreuzer von irgendeiner staatlichen, Landes- oder öffentlichen Körperschaft zur Verfügung gestellt worden ist. Wir haben aus den Erträgen die Schweinestützungsaktion durchgeführt, und die Organisation der Schweineaufbringung hat sehr viel Geld gekostet, das nur vom Wirtschaftsverband beigestellt wurde.

Die Erträge werden weiter dazu verwendet, Vieh anzukaufen und Mastkredite zu geben. Es wird Sie interessieren, zu erfahren, daß der Wirtschaftsverband derzeit einen Betrag von 400.000 S an Mastkrediten ausgegeben hat, die nur im Inlande stehen, daß er augenblicklich über 900 Ochsen in natura in Mast gegeben hat und daß durch den Einfluß der Agrarier — wir sitzen ja noch nicht ganz zwei Jahre darin — die Tätigkeit des Wirtschaftsverbandes, die sich früher tatsächlich zum großen Teil nur im Ausland abgespielt hat, jetzt zum allergrößten Teil ins Inland verlegt worden ist. Ich kann Ihnen da mit Ziffern dienen. Während früher kein einziges Rind vom Wirtschaftsverband aus dem Inland auf den Wiener Markt gebracht wurde, sind in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres 683 und heuer, wo wir uns schon durch-gesetzt haben, 3697 Rinder aus Innerösterreich auf den Wiener Markt gebracht worden. Bei den Schweinen beträgt die innerösterreichische Auftriebsmenge, die durch die Tätigkeit des Wirtschaftsverbandes auf den Markt gebracht worden ist, 39.083 in sieben Monaten. Während früher nur Auslandsware ge-liefert wurde, haben sich heute die Verhältnisse dank dem wirklich ruhigen Zusammenarbeiten der Produ-zenten- und Konsumentenvertreter, die in diesem Belangen tatsächlich für die Bevölkerung etwas leisten, so ge-bessert, daß man sagen kann, daß der Wirtschafts-verband als Organisation der österreichischen Land-wirte und der österreichischen Konsumenten diesen Zweck vollständig erfüllt.

Ich möchte, bevor ich mich von diesem Platze entferne, den Appell an alle Kollegen in diesem hohen Hause richten: Geben Sie der Bauernschaft mit diesem Gesetze, das die Viehzufuhr von Österreich nach den Wiener Märkten regelt, die Möglichkeit, daß sie wieder draußen aufatmen kann, daß sie wenigstens die Idee hat, daß jetzt geholfen wird und daß sie in eine bessere Zukunft schauen kann. Sie verrichten damit nicht nur einen Dienst an der Bauernschaft, sondern einen Dienst an dem ganzen Staate, an dem ganzen österreichischen Volke! *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Witternigg: Hohes Haus! Zu der Frage der Bauernnot einige Worte als Abgeordneter des Salz-burger Landes. Ich schicke voraus, daß wir Arbeiter keineswegs die Not, die die Gebirgsbauern betroffen hat, unterschätzen oder nicht würdigen. Wir sind die letzten, die diesen armen Teufeln, die eine schwere Existenz haben, nicht irgendwie beistehen wollen. Es war von jeher unsere Aufgabe, den Bedrängten Hilfe zu schaffen. Wenn wir aber als Arbeiter zu der Frage, die nun einige Male hier in ausführ-licher Weise erörtert wurde, Stellung nehmen, so möchte ich kurz folgendes dazu sagen: Wenn Sie den Gebirgsbauern, den salzburgischen, den tirolerischen und was halt in unserem westalpinen Gebiet lebt, helfen wollen, so wird ihnen dieses Gesetz, das jetzt in Beratung steht, allein nicht die Hilfe bringen. Ganz ausgeschlossen. In erster Linie müssen Sie den Gebirgsbauern, den kleinen Leuten, beistehen, indem Sie ihnen billige Hartfuttermittel verschaffen. Den Leuten fehlen zur Aufzucht ihres Viehes die notwendigen Futtermittel. Sie haben in den letzten Jahren sehr viel für die Getreidebauern gemacht, aber Sie haben auf die Gebirgsbauern tatsächlich vergessen. Sie wollten den Gebirgsbauern bei der Zollerhöhung helfen — die Zollerhöhung hat aber den Bauern nichts gebracht. Tatsache ist, daß die Bauern, die Viehzucht treiben, heute einen sehr schweren Stand haben. Sie müssen also über dieses Gesetz hinaus andere Methoden anwenden. Es hat heute hier ein Kollege aus Oberösterreich davon gesprochen, er lehne eine Planwirtschaft gar nicht ab, nur habe er eine andere Meinung darüber. Er sei der Meinung, es solle die Privatinitiative hier nicht ganz ausgeschaltet werden. Aber es nützt nichts, Sie müssen auf diesem Wege tatsächlich planmäßig die schwere Arbeit zur Hebung unseres Bauernstandes verrichten, und der zweite Weg, den Sie auch gehen müssen, führt zu den Konsumenten.

Damit, daß sie hier von Preisbildung reden, ist es nicht getan, Sie müssen auch fragen: Wie komme ich als Produzent mit meiner Ware zu dem Kon-sumenten?

Wenn der Herr Abg. Thoma sich heute hier da-gegen verwahrt hat, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagte, er habe noch keinen Bauern gefunden, der arbeiterfreundlich war, so hat das der betreffende Abgeordnete nicht in dem Sinne gemeint, wie es vielleicht der Abg. Thoma auf-gefaßt hat. Was wir Arbeiter aber wiederholt beob-achten konnten und was auch hier ausgeführt wurde, ist, daß Sie jede arbeiterfeindliche Forderung in den meisten Fällen unterstützt haben. Bei jeder Gelegenheit, sei es bei Gehalts- oder Lohnfragen, bei Forderungen, die die Industriellen ablehnen, oder wenn die Arbeiter in einem Lohnkampf stehen — in dieser schweren Zeit handelt es sich ohnehin nur um die Abwehr von Lohnreduktionen, aber auch

in den Zeiten, wo die Arbeiter eine Erhöhung ihres Lebensstandards erreichen wollen —, haben wir Sie immer an der Seite der Arbeiterfeinde gesehen und niemals in der Front der Arbeiter. (*Pick: Immer gegen die Arbeitslosen!*) Wir haben hunderttausende Arbeitslose in der Republik, die gerne Ihre Produkte konsumieren würden, aber sie können Ihre Produkte nicht kaufen, es fehlen ihnen dazu die Mittel. Und sooft wir an Sie herantreten und sagen: Schauen Sie, Sie müssen auch für diese Leute, die ausgesteuert und in eine furchtbare Not gekommen sind, Verständnis haben, denn wenn Sie denken, die Ihre Abnehmer sind, die Hilfe verweigern, so sägen Sie selbst den Ast ab, auf dem Sie sitzen — es nützt nichts. Sie müssen also, wie gesagt, das Gesetz in eine Form bringen, durch die der Produzent den Weg zum Konsumenten findet.

Es gibt auch andere Vorkommnisse bei Ihnen, die wir nicht verstehen können. Vor ungefähr 14 Tagen oder drei Wochen hat in St. Johann i. B. ein Bauerntag stattgefunden, auf welchem Forderungen, 14 Punkte, aufgestellt wurden, die auch auf andern Bauern tagungen eine Rolle gespielt haben. Darunter sind einige Punkte, die in gar keinem Zusammenhang mit der Bauernnot stehen, so die Forderung nach Abschaffung des Mieterschutzes. Ich frage Sie, meine geehrten Herren: Hat das mit der Bauernnot etwas zu tun, wenn Sie die Forderung aufstellen: Der Mieterschutz muß abgebaut werden? Damit wird doch dem Bauer nicht geholfen. Im Gegenteil. Es ist eben wiederum eine Forderung, die nicht aus der Not heraus geboren ist, sondern einen politischen Hintergrund hat. (*Pick: Höhere Miete, weniger Fleisch!*) Das haben wir Salzburger Arbeiter eben nicht verstanden, denn bei höherer Miete wird weniger Fleisch gekauft werden können. Sie wollen, daß der Absatz größer wird. Wenn Sie aber den Beamten und Arbeitern den Mietzins erhöhen, werden noch weniger Konsumenten Fleisch kaufen können. Das ist also eine Forderung, die aus politischen Gesichtspunkten gestellt wurde.

Eine andere Forderung, die erst recht politisch aufgepäuselt war, bezog sich auf die Freilassung aller Butschisten, die am 13. September Hochverrat getrieben und sich mit der Waffe in der Hand gegen die Demokratie erhoben haben. Was hat das mit der Not der Gebirgsbauern zu tun? (*Födermayr: Die Bauern wollen doch das gar nicht!*) Aber es waren doch 2000 Bauern dort beisammen. Ich bitte, ich nehme zur Kenntnis, daß ein großer Teil der Bauernschaft das nicht fordert, aber auf dieser Tagung . . . (*Födermayr: Der Vorhalt ist ungerecht!*) Aber ich habe dieses Dokument zugesandt bekommen, Herr Abg. Födermayr! (*Födermayr: Sie werden doch die Bauern nicht büßen lassen für die Dummheit vom 13. September!*) Aber die Forderung ist gedruckt, und das zeigt ganz klar,

daß es Leute gibt, die die Not der Bauern für politische Zwecke mißbrauchen. Das lehnen wir ab und sagen: Wenn ihr Bauern in Not seid, dann werdet ihr bei uns Verständnis finden, aber nicht mit solchen Mitteln und Methoden. Wir wissen ja, wer die Akteure sind, wer dahintersteckt! Der eine ist ein Wirt in St. Martin, der sich in den letzten Jahren übernommen hat und vor der Gant steht, der andere ist ein Viehhändler oder Holzhändler, der kein Geschäft macht, und der dritte ein Heimwehrmacher, der sich dort irgendwie betätigt und nun die wirkliche Not der Bauern für seine Zwecke ausnützt und die Leute in der unverantwortlichsten Weise aufhetzt.

Ich möchte noch eins erwähnen. Am Sonntag haben auch die Gewerbetreibenden einen solchen Notschrei erhoben, daß es ihnen auch schlecht gehe — nun, wem geht es nicht schlecht? Und dort hat einer gesagt: Jetzt, in der Zeit der Not, kommen sie zu uns und verlangen, wir sollen den Arbeitslosen Holz und Kohle zur Verfügung stellen. Nun hat der Betreffende in die Menge hinausgerufen, wir im schönen Alpenlande haben Wald und Holz genug, die sollen nur alle hinausgehen und es sich holen! Nur ein verantwortungsloser, gewissenloser Mensch kann diese Aufforderung an Tausende von Menschen richten. Stellen Sie sich vor, wenn jetzt wirklich die armen Teufel diesem Rufe folgen, dann würden sie sich nur strafbar machen.

Derartige verantwortungslose, gewissenlose Reden werden gehalten. Damit wird den Bauern nicht geholfen. Es wird ihnen nur dann geholfen, wenn sie planmäßig, zielbewußt ihre Aufbauarbeit leisten, wenn sie trachten, mit den Arbeitern planmäßig den Weg zum Konsum zu gehen, dann werden sie auch mit uns den schweren Weg zum Aufbau finden. Wenn Sie aber den Konsumenten den Brotkorb höher hängen, dann schaden sie sich nur selbst. (*Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.*)

Damit ist erste Lesung der Regierungsvorlage B. 219 beendet.

Über Vorschlag des Präsidenten wird beschlossen, zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, betr. die Regelung des Verkehrs mit Schlachttieren, Fleisch und Fleischwaren (B. 219), einen Sonderausschuß von 21 Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmännern einzusetzen.

Bei der sofort vorgenommenen Wahl dieses Sonderausschusses werden gewählt:

Als Mitglieder: Abram, Danneberg, Ellend, Födermayr, Freundlich, Gritschacher, Hainzl, Hasenauer, Horvatek, Kollmann, Manhalter, Müller, Pazelt, Pistor, Bölzer, Rintelen, Schmitz, Schneeberger, Stika, Thaler, Zarboch;

als Ersatzmänner: Bauer Otto, Brachmann, Schmidt, Blöchl, Gabriel, Winsauer, Ebner, Dufcher, Hareter, Sylvester, Mayrhofer, Hartmann, Köstler, Thoma, Müllner, Zingl, Leskovar, Plasser, Seitz, Kneußl, Hampel.

Die Regierungsvorlage B. 219 wird dem soeben gewählten Sonderausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

An Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglied und Hollersbacher, Streeruwitz und Brinnich sowie für Dr. Drexel als Ersatzmänner des Finanz- und Budgetausschusses werden Hollersbacher, beziehungsweise Wagner, Gierlinger, Winsauer und Streeruwitz, für Hirsch als Mitglied des Ausschusses für Erziehung und Unterricht Ertl, an Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglied und Zingl sowie für Kern als Ersatzmänner des Ausschusses für Handel Zingl, beziehungsweise Klug und Gierlinger, für Hirsch als Ersatzmann des Justizausschusses Burgstaller, für Birbaumer als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und

Forstwirtschaft Blöchl, an Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglied und Zingl als Ersatzmann des Rechnungshofausschusses Zingl, beziehungsweise Strohmaier, für Birbaumer und an Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglieder und an Stelle Markschlager als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung Leutgeb und Klug, beziehungsweise Blöchl, für Kern als Mitglied des Strafgesezsausschusses Burgstaller, für Hirsch und Dr. Drexel als Mitglieder des Verfassungsausschusses Leutgeb und Dr. Seipel, an Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglied des Verkehrsausschusses Roth, an Stelle Dr. Weidenhoffer als Mitglied und Zingl als Ersatzmann des Zollausschusses Zingl, beziehungsweise Roth gewählt.

Zugewiesen werden die Anträge Nr. 186 und 188 dem Finanz- und Budgetausschuß, Nr. 187, 189 und 190 dem Justizausschuß.

Nächste Sitzung: Freitag, den 30. Oktober, 12 Uhr mittags. Tagesordnung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 25 Min. nachm.